



Bundesverband e.V.

ehrenamtliches Engagement
professionell
nahe
Menschen
sozial gerechte Gesellschaft
Gleichheit Gerechtigkeit für
Solidarität
Toleranz
Zugehörigkeit
Teilhabe
Freiheit
professionelle Dienstleistung
praktizierte Solidarität
Gemeinschaft
Toleranz

Verbandsbericht 2012

Herausgeber: AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Verantwortlich: AWO Bundesvorstand, Wolfgang Stadler

Redaktion: Sabine Wolf

Telefon: 030/2 63 09-0

Fax: 030/2 63 09-3 25 99

Fotos: AWO, ansonsten entsprechend vermerkt
© AWO Bundesverband e. V. Berlin

E-Mail: info@awo.org

Internet: awo.org

Satz: HELDISCH.com

Juni 2013

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers.
Alle Rechte vorbehalten.

| Editorial



Wilhelm Schmidt,
Vorsitzender des
Präsidiums

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

2012 war für die AWO ein bedeutsames Jahr: Im November fand unter dem Motto „Werte leben – Geschichte bewegt Zukunft!“ die Bundeskonferenz statt. Im Mittelpunkt stand vor allem die Diskussion darüber, wie die AWO als Wohlfahrtsverband ihre grundlegenden Werte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der Praxis – insbesondere ihrer Unternehmen – weiter leben kann. Die AWO stellt sich damit der Herausforderung, die Balance zwischen ihrem Selbstverständnis als sozialpolitisch und bürgerschaftlich engagiertem Traditionsverband und den Herausforderungen eines modernen Anbieters von sozialen Dienstleistungen zu finden.

Zuvor wurden bei der 3. Sozialkonferenz mit der „Weimarer Erklärung der AWO zur Kinder- und Jugendhilfe“ grundlegende verbandliche Positionierungen zu jugend- und familienpolitischen Themen erarbeitet.

2012 war erneut geprägt durch vielfältige Veranstaltungen des AWO Bundesverbandes. Hinweisen möchte ich vor allem auf die Fachtagung zum Thema Altersarmut, den Workshop zur Stärkung der Mitgliederarbeit und die Fachtagung zum Thema Inklusion – eine Herausforderung in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe.

Nicht zuletzt möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bei Hans-Peter Niemeier für seinen Einsatz und seine Arbeit in der und für die AWO bedanken. Er war langjähriger stellvertretender Geschäftsführer und wurde 2008 in den Vorstand berufen.

Ich freue mich, dass wir mit Martina Arends eine kompetente Nachfolgerin gefunden haben und begrüße sie herzlich.

Ihr

Wilhelm Schmidt



Wolfgang Stadler,
Vorsitzender des
Vorstandes



Brigitte Döcker,
Vorstand



Martina Arends,
Vorstand

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

die AWO hat 2012 mit ihrem Beschluss zum Wertebundenen Unternehmen ein deutliches Signal nach innen und außen gesetzt. Die AWO ist mehr als ein Unternehmen, sie ist Mitgliederverband und sie ist sozialpolitische Stimme.

Die Bundesgeschäftsstelle arbeitet stetig daran, die Werte der AWO auch praktisch anzuwenden und umzusetzen. Dies wird 2012 bei dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders sichtbar: Der AWO Bundesverband hat ein Zertifikat über die erfolgreiche Durchführung des „audit berufundfamilie“ erhalten und mit der Eröffnung des betreuten Spielzimmers „Kinder(t)raum“ ein Angebot geschaffen, das AWO-Beschäftigte in ihren familiären Aufgaben entlastet.

Die AWO nimmt Stellung. So begleitete sie mit der Kampagne „Jetzt schlägt's 13 – wer zusagt, muss auch aufmachen“ frühzeitig die Umsetzung des ab August 2013 gültigen Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz. Die AWO benannte Ausbauhindernisse und formulierte neben dem quantitativen Ausbau auch Anforderungen an eine gute Qualität.

Mit einer eindrucksvollen Demonstration setzte die AWO ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung: Über 50.000 Mitglieder und Beschäftigte haben die Aktion „5 vor 12“ der Türkischen Gemeinde in Deutschland unterstützt. Die AWO baute ihre anwaltschaftliche Funktion weiter aus und hat Bündnisse mit Gewerkschaften, Verbraucherzentralen, Fach- und Sozialverbänden geschmiedet und schafft es, gehört zu werden: AWO-Vertreter/innen waren bei verschiedenen Anhörungen des Deutschen Bundestags als Expert/innen gefragt. Die Pressekonferenzen und die Medienarbeit der AWO sorgten für eine umfassende und positive Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.

Ihr/e

Wolfgang Stadler

Brigitte Döcker

Martina Arends

Inhalt

Der AWO Bundesverband	6
Das Jahr 2012 im Bundesverband	
Gesundheit, Alter, Behinderung	24
Migration	29
AWO Bundesakademie	33
AWO-QM, Geschäftsstellen-QM	36
Arbeit, Soziales, Europa	38
Kinder, Jugend, Frauen, Familie	44
Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft	50
Kommunikation	55
Justizariat/Personal	60
Zentraler Dienst	60
Fördermittelmanagement	61
Finanz- und Rechnungswesen	62
Das Jahr 2012 für die Fachverbände und Partner der AWO	
AWO International	68
Das Bundesjugendwerk der AWO	71
gos – Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH	73
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS)	75
Solidar	77
Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF)	79
Das Jahr 2012 der AWO in den Bundesländern	82
Mitglieder, Einrichtungen, Beteiligungen und Mitgliedschaften	114



Der AWO Bundesverband

| Die AWO

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gehört zu den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Auf der Grundlage ihrer Grundwerte von Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hat die AWO seit ihrer Gründung 1919 jene Menschen im Blick, die aus unterschiedlichen Gründen Unterstützung benötigen. Die AWO setzt sich u. a. ein für benachteiligte Kinder und Erwachsene, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Wohnungslose, Beschäftigungslose oder Kranke.

Trotz der Herausforderung, diese Grundwerte umzusetzen, schaffen es die ehrenamtlichen und

hauptamtlichen Mitarbeitenden der AWO gemeinsam mit den Betroffenen immer wieder, Teilhabe zu organisieren. Ziel ist dabei, sie nicht außen vor zu lassen, ihnen eine Stimme zu geben und bei der Bewältigung ihres Lebensalltags zu helfen. Helfen jedoch nicht im Sinne von Almosen. Ziel ist es vielmehr, betroffene Menschen so zu unterstützen, dass sie in den verschiedenen Lebensbereichen wieder selbst teilhaben können.

Mehr denn je geht es darum, die Stimme für Gerechtigkeit und Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu erheben. Dies tut die AWO in ihrem Wirken für und nahe am Menschen.

Die AWO gliedert sich bundesweit in:

30	Bezirks- und Landesverbände
480	Kreisverbände
3.800	Ortsvereine

Die AWO wird bundesweit getragen von rund:

372.000	Mitgliedern
71.500	ehrenamtlichen Mitarbeitenden (Helfer/innen)
179.000	hauptamtlichen Mitarbeitenden

Die AWO unterhält in allen Bundesländern:

über 14.000	Einrichtungen und Dienste mit insgesamt
über 330.000	Betten bzw. Plätzen

Die AWO ist Trägerin von:

über 2.100	Heimen, wie Heime für Kinder und Jugendliche, Altenheime, Fort- und Weiterbildungsstätten, Kurheime und Frauenhäuser
------------	--

Außerdem sind im Rahmen der AWO rund:

3.500	Selbsthilfe-, Helfer- und andere Gruppen bürgerschaftlichen Engagements tätig
-------	---

Über 800 selbstständige Einrichtungen, Initiativen und Organisationen haben sich der AWO auf allen Ebenen als korporative Mitglieder angeschlossen.

Die AWO hat ein eigenständiges Jugendwerk.

Mitglieder

Das Fundament der Arbeiterwohlfahrt sind ihre Mitglieder. Sie sind es, die Verantwortung übernehmen, sich in den Verband einbringen, ihn mit Leben füllen und auch mit ihren Beiträgen unterstützen.

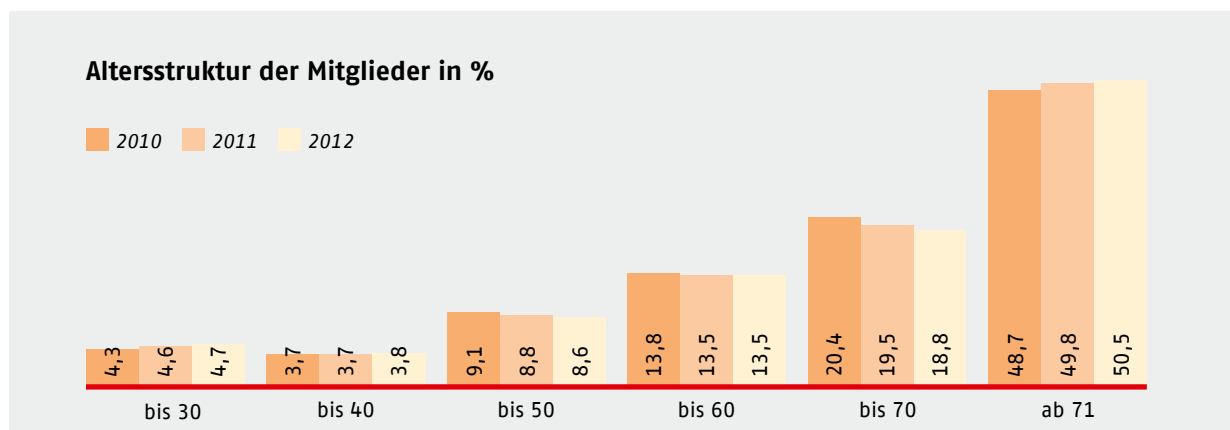
Seit 2011 legt der Bundesverband den „Bericht zur Mitgliederentwicklung der Arbeiterwohlfahrt“ vor. Den Gliederungen stehen damit nicht nur detaillierte Informationen zum Stand der Mitgliederzahl zur Verfügung, sondern auch weitere wichtige Informationen wie Ab- und Zugänge, Austrittsgründe oder Alterszusammensetzung.

Die Zahl der Mitglieder betrug Ende Dezember 2012: 371.665.

Der Mitgliederbericht offenbart im Bereich der Mitgliederentwicklung große regionale Unterschiede:

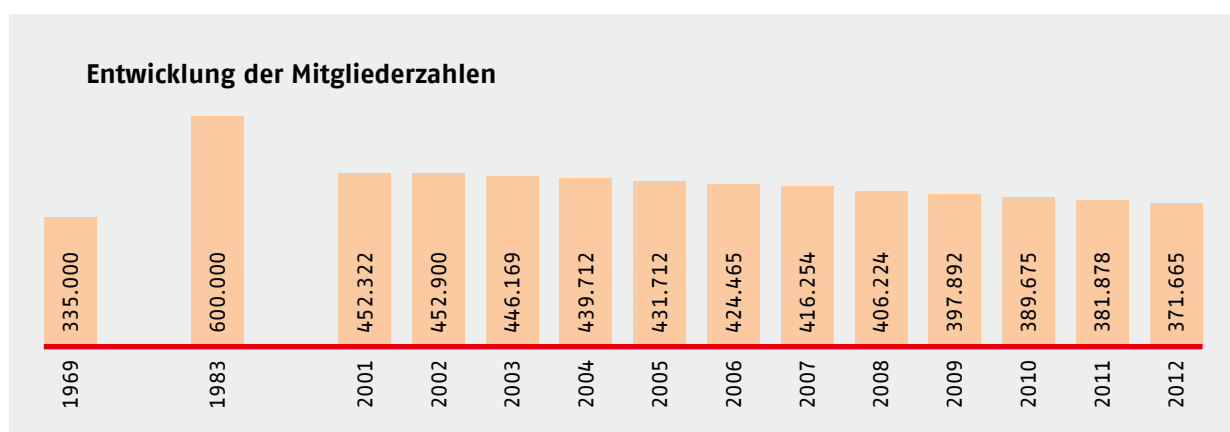
So ist es besonders erfreulich, dass es weiterhin sehr lebendige und wachsende Ortsvereine gab und gibt. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Ortsvereine, die von Überalterung oder Mitglieder-rückgang betroffen sind. Dem will der Bundesverband der AWO aktiv entgegenwirken. Das Ziel ist es, allen Ortsvereinen die nötige Unterstützung zukommen zu lassen, damit diese attraktive zielgruppengerechte Angebote anbieten können.

Der Mitgliederbericht der AWO offenbart zudem, dass sich auch die AWO den Folgen der bundesdeutschen demografischen Entwicklung nicht entziehen kann. Einer immer älter werdenden Mitgliederschaft stehen immer weniger junge Neumitglieder gegenüber.



Auch wenn die Mitgliederzahl bereits in der Vergangenheit größeren Schwankungen unterlag, kann und soll ihr Rückgang nicht nur als natürliche Entwicklung hingenommen werden: Die Menschen sind der AWO wichtig, und mit dem Wegfall

von AWO-Strukturen verlieren Menschen auch die ihnen wichtige AWO vor Ort. Deshalb wird sich die AWO zukünftig verstärkt mit den Fragen der Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung auseinandersetzen.



| Der AWO Bundesverband e.V.

Der Bundesverband der AWO vertritt die fachpolitischen Interessen des Gesamtverbandes auf der bundespolitischen und der europäischen Ebene. Er nimmt darüber hinaus Außenvertretungen in

Stiftungen, Hilfswerken, anderen Fachverbänden und Netzwerken auf der nationalen und europäischen Ebene wahr. Die AWO ist föderal organisiert.



**GEGEN
RASSISMUS!**

I Organe des AWO Bundesverbandes

Die Aufgaben und Dienstleistungen des AWO Bundesverbandes ergeben sich aus dem Statut, der Satzung des Bundesverbandes und dem Grundsatzzprogramm der AWO.

Die satzungsgemäßen Gremien und Organe des AWO Bundesverbandes und des Gesamtverbandes sind:

- die Bundeskonferenz (440 Delegierte)
- der Bundesausschuss (94 Mitglieder)
- das Präsidium (17 bzw. seit 11/2012 18 Mitglieder)
- der Vorstand (3 Mitglieder)

Die Bundeskonferenz

Die Bundeskonferenz ist das oberste Beschlussorgan des Verbandes und setzt sich nach einem festgelegten Schlüssel aus gewählten Vertreterinnen und Vertretern (Delegierten) des Gesamtverbandes, den Mitgliedern des Präsidiums, dem Vorstand, einem Mitglied des Bundesjugendwerkes und Beauftragten der korporativen Mitglieder zusammen. Die Bundeskonferenz tagt alle vier Jahre. Sie nimmt unter anderem Rechenschaftsberichte

entgegen, wählt das Präsidium, die Revisorinnen und Revisoren und das Schiedsgericht, beschließt die Mitgliedsbeiträge, verabschiedet fach- und verbandspolitische Anträge und legt Arbeitsschwerpunkte fest. Ihre Beschlüsse sind für den Gesamtverband bindend. Die letzte Bundeskonferenz fand vom 23. bis 25. November 2012 in Bonn statt.

Der Bundesausschuss

Der Bundesausschuss setzt sich zusammen aus den stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern aller Landes- und Bezirksverbände, der/dem Vorsitzenden des Präsidiums und ihren/seinen Stellvertretern und Stellvertreterinnen, dem/der Vorsitzenden des Vorstandes, einem/einer (ab 11/2012 zwei) Vertreter/in des Bundesjugendwerkes und je einer/einem bevollmächtigten Vertreter/in der korporativen Mitglieder.

Er unterstützt die Arbeit des Präsidiums und beschließt über Angelegenheiten des Gesamtverbandes, sofern nicht die Rechte der Bundeskonferenz tangiert sind. Der Bundesausschuss tagte im Jahr 2012 einmal im August.

Schwerpunkte der Sitzung 2012

- BUKO 2012
 - Statut, Satzung Bundesverband, Mustersatzungen, Schiedsordnung
 - Übersicht über die Anträge des Präsidiums
 - Organisatorisches
- Positionsbestimmung Bürgerschaftliches Engagement
- Änderung der Richtlinie zur Verleihung der Marie-Juchacz-Plakette
- verschiedene Stellungnahmen zu fachpolitischen Themen

Das Präsidium

Das Präsidium wird von der Bundeskonferenz für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Tätigkeit ist grundsätzlich ehrenamtlich.

Aufgaben sind u. a. die Zustimmung zu grundsätzlichen Fragen der Verbandsführung, der sozialpo-

litischen Leitlinien sowie der strategischen Steuerung der Unternehmen, die Beschlussfassung über die Grundsätze und Richtlinien zur Förderung des freiwilligen Engagements, die Berufung und Aberufung des Vorstandes.

| Präsidiumsmitglieder

Das Präsidium ist auf der Bundeskonferenz 2012 neu gewählt worden:



*Wilhelm Schmidt,
Vorsitzender*



*Dr. Thomas Beyer,
Stellvertreter*



*Rudi Frick,
Stellvertreter*



*Michael Scheffler,
Stellvertreter*



*Iris Spranger,
Stellvertreterin*



*Dr. Manfred Ragati,
Ehrevorsitzender*



Georg Förster



Petra Grimm-Benne



Karin Hirschbeck



Helga Kühn-Mengel



Eva-Maria Lemke-Schulte



Erika Lotz



Friedhelm Merkentrup



Horst Moser



Nils Opitz-Leifheit



Wilfried Pfeiffer



Christiane Reckmann



Michael Rosellen



Gerwin Stöcken



*Larissa Krümpfer,
Bundesjugendwerk*



*Sebastian Kunze,
Bundesjugendwerk*

Ausgeschieden sind 2012 aus dem Präsidium folgende Mitglieder:



*Bodo Champignon,
Stellvertreter*



*Maike Eckel,
Bundesjugendwerk
(bis 5/2012)*



Bärbel Fox



Dr. Harald Groth



Jutta Helm



Hansjörg Seeh



Ute Wedemeier

Sitzungen des Präsidiums

Das Präsidium traf sich von Januar 2012 bis zur Bundeskonferenz im November 2012 insgesamt sechs Mal zu ordentlichen Sitzungen sowie zu einer Sondersitzung. Wichtiger Bestandteil und zen-

trales Thema jeder Sitzung war die Vorbereitung der Bundeskonferenz 2012. Im Dezember 2012 fand die konstituierende Sitzung des auf der Bundeskonferenz 2012 gewählten Präsidiums statt.

Schwerpunkte der Sitzungen 2012**Februar 2012**

- Zusammenarbeit AWO/SPD
- Satzungsfragen (Änderungsvorschläge Satzung, Statut, Schiedsordnung)
- Allgemeinverbindlicher Entgelttarifvertrag Soziales
- Richtlinien Marie-Juchacz-Fonds
- Europäische Berufsankennungsrichtlinie
- Erklärung für eine solidarische Flüchtlingspolitik

April 2012

- Diskussionspapier zur Umsetzung der UN-BRK
- Kampagne zum Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung
- Eckpunkte Wertebundenes Unternehmen
- Entgelttarifvertrag Soziales
- Richtlinie zur Verleihung der Marie-Juchacz-Plakette
- Beitragsanteil für AWO International
- Historisches Archiv

Mai 2012

- Projekt „Teilhabe“ des ISS und der AWO
- Nachhaltiges Handeln der AWO
- Zuzüge von EU-Unionsbürgern mit Roma-Hintergrund aus Südosteuropa
- Gemeinsame Sitzung mit dem SPD-Parteivorstand

Juni 2012

- Anträge des Präsidiums zur BUKO 2012
- Positionspapier Bürgerschaftliches Engagement
- Mitgliederentwicklung

August 2012

- Berufung des Finanzvorstandes
- Jahresabschluss 2011
- Entlastung des Vorstandes für das Jahr 2011
- Bundeskonferenz 2012 (Anträge zu Verbands- und Engagementpolitik, Satzung, Statut, Schiedsordnung, Mustersatzungen sowie Fachpolitik)
- Positionsbestimmung Bürgerschaftliches Engagement
- Weimarer Erklärung
- Positionen und ethische Fragestellungen zu Sexualität, Familienplanung und Schwangerschaft
- Neuer Auftritt www.awo.org und Social Media
- Jahresmitgliederbericht

Oktober 2012

- Anträge zur Bundeskonferenz 2012
- Programm der Bundeskonferenz 2012

Dezember 2012

- Rückblick Bundeskonferenz 2012
- Planungen (Umsetzung der BUKO-Beschlüsse; Ausschüsse/Kommissionen/Außenvertretungen)

Der Vorstand

Der Vorstand gemäß § 26 BGB besteht aus drei hauptamtlichen Mitgliedern: einer/einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Sie werden jeweils für die Dauer von fünf Jahren berufen. Der Vorstand leitet den Verein eigenverantwortlich und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.



Wolfgang Stadler

Wolfgang Stadler

Der Bundesverband wird seit dem 1. Januar 2010 von Wolfgang Stadler geleitet, der zudem Geschäftsführer des ElternService ist, einem Unternehmen aller AWO Bezirks- und Landesverbände. Bevor der Bielefelder Diplom-Soziologe, der seit 1979 bei der AWO tätig ist, zum Bundesverband kam, leitete er als Geschäftsführer von 1993 bis 2009 den AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe.



Brigitte Döcker

Brigitte Döcker

Seit Mai 2010 ist die Diplom-Pädagogin Brigitte Döcker Mitglied des AWO Vorstandes. Brigitte Döcker war von 1987 bis 2004 beim AWO Landesverband Berlin tätig, bevor sie von 2003 bis 2010 bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) für die gemeinsame Qualitätspolitik der Freien Wohlfahrtspflege zuständig war.



Martina Arends

Martina Arends

In 2012 hat das Präsidium des AWO Bundesverbandes Martina Arends zum neuen Vorstandsmitglied mit dem Schwerpunkt Finanzen zum 1. Januar 2013 berufen. Die Diplom-Ökonomin Martina Arends war nach einer Ausbildung zur Industriekauffrau und einem Studium der Wirtschaftswissenschaften seit 1991 als Leiterin der Innenrevision beim Bezirksverband Weser-Ems der Arbeiterwohlfahrt tätig.



Hans-Peter Niemeier

Hans-Peter Niemeier

Hans-Peter Niemeier war von 1993 bis Ende 2012 beim AWO Bundesverband. Als auf der Bundeskonferenz von 2008 in Berlin das Präsidiumsmodell beschlossen wurde, wurde er zum Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes gewählt. Hans-Peter Niemeier beendete diese Tätigkeit zum Ende des Jahres 2012. Das Wirken von Hans-Peter Niemeier im und für den Bundesverband wurde in verschiedenen Abschiedsveranstaltungen Ende des Jahres 2012 sehr gewürdigt. Dank und Anerkennung wurden ihm von allen Seiten ausgesprochen.

I Gremien des AWO Bundesverbandes

Fachausschüsse

Das Präsidium beruft Fachausschüsse. Die Fachausschüsse erarbeiten Positionen zu Grundsatzfragen und setzen sich mit grundlegenden Fragestellungen auseinander. Sie arbeiten dem Präsidium zu.

Fachausschuss Soziales und Gesundheit

u. a. Sozialpolitik, Altersarmut- und Rentenpolitik, Gesundheits- und Behindertenpolitik, Altenhilfe- und Pflegepolitik, Arbeitsmarktpolitik, Migrations- und Integrationspolitik. Der Fachausschuss Soziales und Gesundheit hat 2012 drei Mal getagt.

Fachausschuss Jugendpolitik und Bildung

u. a. Bildungspolitik, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Der Bundesfachausschuss für Jugend- und Bildungspolitik hat 2012 zwei Mal getagt.

In der konstituierenden Sitzung des neuen Präsidiums im Dezember 2012 ist folgender neue Fachausschuss gebildet worden:

Fachausschuss Verbandspolitik

u. a. Mitgliederentwicklung, AWO-Werte, AWO-Grundsätze, Bürgerschaftliches Engagement, Strukturfragen, Verbandspolitik, Statut, Satzung.

Fachausschuss Finanzen

u. a. Sicherstellung der kaufmännischen Überwachung des Bundesverbandes. Der Fachausschuss Finanzen hat 2012 zwei Mal getagt.

Schwerpunkte der Sitzungen des Fachausschusses Soziales und Gesundheit 2012

- Diskussion über die Rolle der Tafeln im politischen Raum
- Erarbeitung eines Antrags zu den SGB-II-Regelbedarfen
- Diskussion zum Thema Altersarmut mit DIW-Forscher Dr. Markus Grabka
- Erörterung zum Thema Soziale Innovationen/Soziales Unternehmertum
- Verabschiedung des Vorsitzenden Herr Seeh

Schwerpunkte der Sitzungen des Fachausschusses Jugendpolitik und Bildung 2012

- Erarbeitung des Selbstverpflichtungs- und Forderungspapiers der AWO „Jugendpolitik stärken – AWO als Partnerin junger Menschen profilieren“
- Vorlage für den BUKO-Antrag „Bildung ist mehr – Schule als Lebensort gestalten!“
- Erarbeitung des Strategiekonzepts „AWO-Aktionsplan zur Implementierung des Leitprinzips der Inklusion in das Selbstverständnis der AWO“
- Erstellung des BUKO-Antrags „Den Deutschen Qualifikationsrahmen nutzen! Kompetenzorientierung in der Bildung umsetzen – Fachkräftepotenziale für den Verband erschließen“
- Konzept zur 3. Sozialkonferenz zur Zukunft der Sozialpolitik/Kinder- und Jugendhilfe sowie die Grundzüge der „Weimarer Erklärung“ – Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An-)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien

Schwerpunkte der Sitzungen des Fachausschusses Finanzen 2012

- Jahresabschluss 2011
- Berichte der Revision
- Richtlinien zur Korruptionsprävention

Geschäftsführerkonferenz

Die Geschäftsführerkonferenz (GeKo) setzt sich aus den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern

der Landes- und Bezirksverbände zusammen und trifft sich in der Regel vier Mal im Jahr.

Schwerpunkte der Geschäftsführerkonferenzen 2012

Februar 2011

- Freiwilligendienste
- Europäische Sozialpolitik
- Allgemeinverbindlicher Entgelttarifvertrag Soziales
- Statut und Satzungen
- Stellenbörse der Arbeiterwohlfahrt
- Verbandliches Markenrecht: Entwurf einer Neuregelung
- Rechtsextremismus
- Entschädigungen für ehemalige Heimkinder

Mai 2012

- Änderungen in Statut, Schiedsordnung, Satzung, Mustersatzungen
- Pflege
- Kampagne zum Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung 2013
- Aktion 5 vor 12 – AWO gegen Rassismus
- Eckpunkte Wertegebundenes Unternehmen
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Festlegung Anforderungskatalog und Fahrplan Entscheidungsfindung einer ZMAV-Revision

September 2012

- Pflegepolitik/Behinderung
- AWO-ISS-Armutstudie, Forderungen ehemaliger Heimkinder an die AWO – Beteiligung der AWO am „Heimkinderfonds 50/60er Jahre“
- Konsequenzen des Runden Tisches „Sexueller Missbrauch“ – Vereinbarung zur Beteiligung der AWO am „Ergänzenden Hilfesystem“
- Konzept AWO-Onlinedienste und AWO-Innovationsplattform
- Zwischenbericht zur Umsetzung des Konzepts zur Übergangsgestaltung der Zertifizierungsverpflichtung im Rahmen der Magdeburger Beschlüsse

Dezember 2012

- Rückblick auf die BUKO 2012
- Aktivitäten des Bündnisses für Gute Pflege
- Positionspapier „24-Stunden-Betreuung“
- AWO-Büro Leichte Sprache
- Fonds Heimerziehung
- ergänzendes Hilfesystem sexueller Missbrauch
- Die Rolle der AWO als Jugendhilfeträgerin in der Ganztagschule – Selbstverständnis und Erwartungen
- Gesamtstrategie zur Stärkung der Mitgliederarbeit – Menschen gewinnen für die AWO
- Positionsbestimmung Bürgerschaftliches Engagement

Arbeitskreise

Die Arbeitskreise sind Gremien der AWO Geschäftsführerkonferenz (GeKo). Sie arbeiten ihr zu und führen deren Aufträge aus.

Ziel der Arbeit der Arbeitskreise ist die Unterstützung der fachlichen und organisatorischen Abstimmung der AWO-Interessen, insbesondere bezüglich trägerrelevanter Entwicklungen in den

jeweiligen Handlungsfeldern. Die Beratungsergebnisse dienen als Grundlage für Verbandspositionen. Den Vorsitz hat ein/e Vertreter/in der GeKo inne. Die Mitglieder werden von den Landes- und Bezirksverbänden schriftlich benannt. Jeder Arbeitskreis tagt in der Regel zweimal jährlich und legt der GeKo seine Ergebnisse vor.

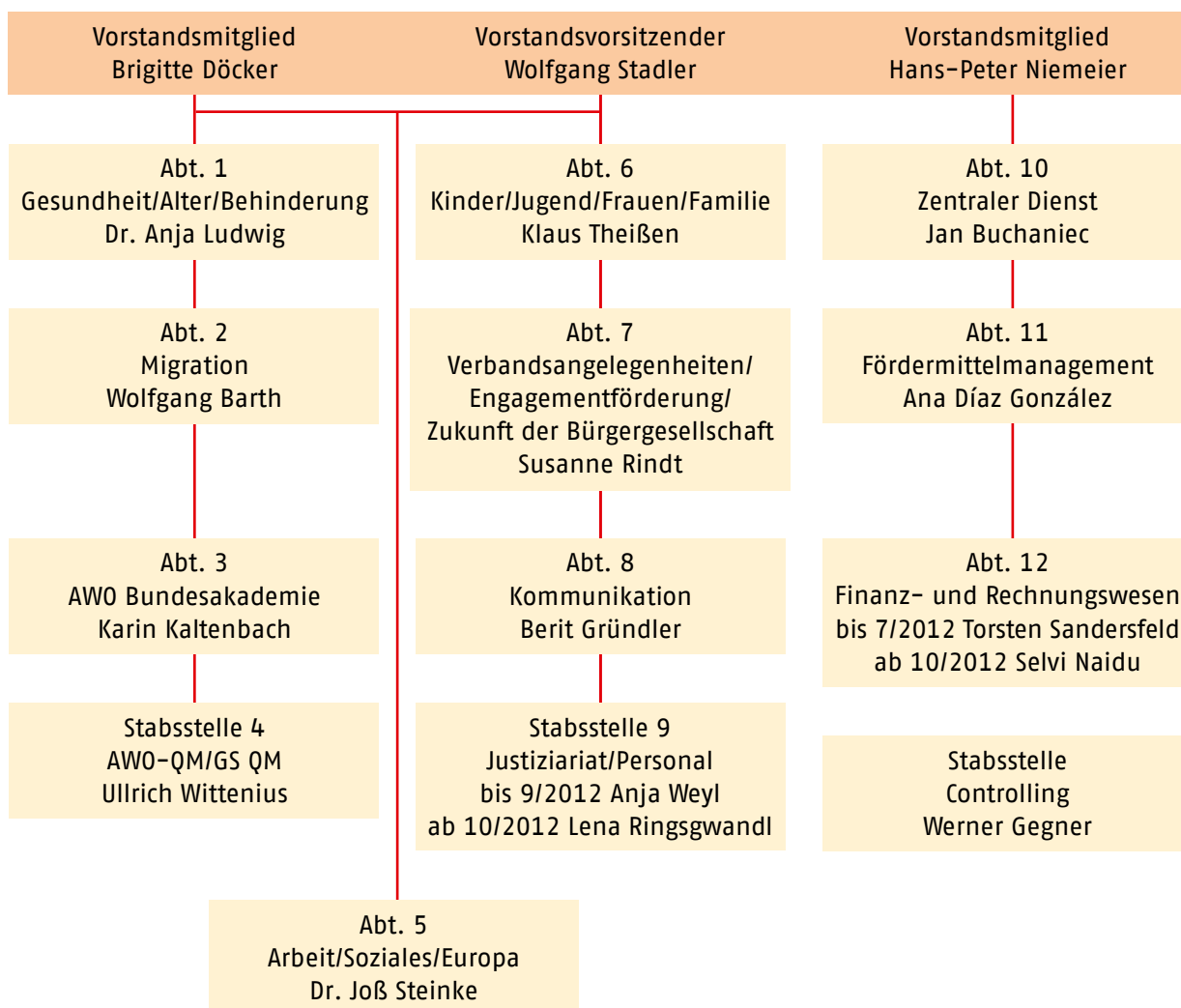
Arbeitskreise 2012

- » Kinder, Jugend, Familie, Frauen
- » Behindertenhilfe, Psychiatrie
- » Gesundheit, Vorsorge und Reha
- » Altenhilfe
- » Finanzen
- » Arbeitsmarkt
- » Europa
- » Migration
- » Engagementförderung und Mitglieder
- » Kommunikation
- » Recht
- » Personal
- » Qualitätsmanagement
- » Betreuungsvereine
- » Schuldnerberatung, Suchtberatung, Straffälligenhilfe, Wohnungslosenhilfe
- » Nachhaltigkeit

Bundesgeschäftsstelle

Um eine effiziente und transparente Arbeitsweise sicherzustellen, sind die verschiedenen Aufgaben

und Themenschwerpunkte der Bundesgeschäftsstelle in 13 Abteilungen bzw. Stabsstellen untergliedert.

Organigramm 2012

Werte leben – Geschichte bewegt Zukunft!**Die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 2012**

Die über 400 Delegierten der Bundeskonferenz haben vom 23. bis zum 25. November 2012 zukunftsweisende Entscheidungen für die Arbeit des Verbandes getroffen.

Das Konferenzmotto „Werte leben – Geschichte bewegt Zukunft!“ zeigt, dass sich die AWO der Herausforderung stellt, eine Balance zu finden zwischen ihrem Selbstverständnis als sozialpolitisch und bürgerschaftlich engagiertem Traditionsverband und den Herausforderungen eines modernen Anbieters von sozialen Dienstleistungen.

Vor dem Hintergrund externer Einflussfaktoren und ihrer eigenen AWO-Geschichte sowie ihrer Kultur und Werte diskutierten die Delegierten Fragen wie: „Wo sind die Grenzen der sozialwirtschaftlichen Betätigung?“ und „Welche unverwechselbaren Merkmale müssen die Angebote der AWO als Wohlfahrtsverband haben, um der ihr übertragenen Rolle gerecht zu werden?“. Damit war die Wertebindung der AWO-Unternehmen eines der prägenden Themen der Konferenz.

Darüber hinaus wurden auf der Bundeskonferenz weitere Themen und Anträge, wie die Stärkung des Mitgliederverbandes, die Förderung junger Menschen, die Sicherung der öffentlichen Refinanzierungsstrukturen für soziale Aufgaben, aber auch viele wichtige fachpolitische Fragestellungen, z. B. zum Thema Rente und Betreuungsgeld, diskutiert und beschlossen.

Begrüßt wurden die Delegierten und Gäste durch Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Präsidiums des AWO Bundesverbandes, Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Beate Ruland, Vorstandsvorsitzende AWO Bezirksverband Mittelrhein, und Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes NRW, und Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender, haben mit ihren couragierten und bewegenden Reden einen engagierten Einstieg in die sozial- und fachpolitischen Diskussionen der Konferenz geebnet.

Ein Schwerpunkt der Fachdiskussion waren die Forderungen zu Fragen der Altersarmut und Rente. Ein weiteres aktuelles Thema der Sozialpolitik betraf die ungerechte Verteilung der Kosten der Energiewende. Die Delegierten der AWO Bundeskonferenz haben deshalb einen Beschluss zum Thema Stromversorgung gefasst.

Weitere Themen u. a.: Pflege, Arbeit, Bildung, Kinder/Jugend, Migration, Inklusion

Weitere Themen der Konferenz waren u. a.: soziale und gesundheitliche Prävention, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die Weiterentwicklung des Pflegesystems, die Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege, der Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie die Unterstützung von pflegenden Angehörigen.

Zahlreiche Anträge wurden auch zu den Themen Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik beraten und beschlossen. Darunter u. a. ein umfassender Antrag „Für bessere Arbeitsbedingungen – auch in der Sozialwirtschaft“.

Die AWO bekräftigte im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik ihre Positionen zur Förderung von Kindern und zum chancengerechten Aufwachsen. Zentrale Forderung ist dabei der Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Abschaffung des Betreuungsgeldes. Aber auch Fragen wie Zeitpolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Elterngeld waren Gegenstand der Beratungen. Eine besonders engagierte Diskussion unter den Delegierten hat sich zu der Forderung der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ergeben.

Zu Gast auf der AWO Bundeskonferenz 2012: Hannelore Kraft, Sigmar Gabriel und Prof. Dr. Heribert Prantl.



Die AWO hat ebenfalls ihre Positionen zur Migrations- und Integrationspolitik in zentralen Forderungen bekräftigt: Inklusion statt Integration, Abschaffung der Optionspflicht für Kinder und Jugendliche, doppelte Staatsangehörigkeit ermöglichen, Anerkennung der Integrationsleistungen, Unteilbarkeit der Menschenrechte, Integration von Angehörigen der Roma-Völker in der Bundesrepublik sowie die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger/innen. Dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist eine der wichtigen Herausforderungen für die AWO in den nächsten Jahren. Dazu hat die Bundeskonferenz einen Beschluss gefasst, der sowohl die Veränderungen im Verband wie auch der Rahmenbedingungen in Blick nimmt.

Werte als Klammer zwischen Vergangenheit und Zukunft

„Wie viel AWO braucht das Land?“, fragte Prof. Dr. Heribert Prantl in seinen Ausführungen zur Bedeutung und Daseinsberechtigung der Wohlfahrtspflege sowie der Wertebindung der AWO. Er führte mit seinem beeindruckenden Vortrag unter dem großen Applaus der Delegierten in den Themenkomplex „Wertebindung der AWO-Unternehmen“ ein.

Diese Frage zieht sich durch die lange Geschichte der AWO wie ein roter Faden. Erfreulicherweise beschloss die Bundeskonferenz mit überwältigender Mehrheit den Leitantrag des AWO Präsidiums „Eckpunkte für ein wertebundenes Unternehmen“. Ziel des Beschlusses ist, dass die AWO ihre Glaubwürdigkeit wahrt und sich auch als Arbeitgeberin und Anbieterin sozialer Dienste an ihre Werte binden und sich daran messen lässt.

Die Eckpunkte beinhalten u. a. das Ziel der vollständigen Umsetzung des Grundsatzes der Tarifgebundenheit aller Beschäftigten, die Einhaltung von Mindestlöhnen als Lohnuntergrenze und einen streng reglementierten Einsatz von Leiharbeitenden, die aber nur nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beschäftigt werden dürfen.

Die AWO setzt sich außerdem für bessere Rahmenbedingungen in der Sozialen Arbeit ein und will die Attraktivität sozialer Berufe verbessern. Deshalb hat sie einen Beschluss für einen Entgelttarifvertrag Soziales, der die gesamten Tätigkeitsfelder der Wohlfahrtspflege einschließt, gefasst.

Auch mit Beschlüssen u. a. zu Fragen der Nachhaltigkeit und der Engagementpolitik und Mitgliederentwicklung wendet die AWO sich nicht nur nach außen, sondern bestimmt auch für sich selbst Maßstäbe des Handelns.

Wahlen/Ehrungen

Die Bundeskonferenz hat auch ihre Funktionsträgerinnen und Funktionsträger gewählt:

Wilhelm Schmidt ist mit einem eindeutigen und überzeugenden Votum von 92 Prozent aller Delegiertenstimmen als Vorsitzender des Präsidiums wiedergewählt worden. Zu seinen Stellvertretern wurden Dr. Thomas Beyer, Rudi Frick, Iris Spranger und Michael Scheffler gewählt. Weitere 13 Beisitzerinnen und Beisitzer sind gewählt worden.

Auf der Bundeskonferenz werden aber auch diejenigen geehrt, die sich über lange Jahre in ganz besonderem Maße um die AWO verdient gemacht haben. Die Arbeiterwohlfahrt hat deshalb die Marie-Juchacz-Plakette an ihre langjährigen und hochverdienten Mitglieder Bodo Champignon, Seban Dönhuber, Dr. Harald Groth und Ute Wedemeier verliehen. „Alle Preisträger zeichnen sich durch ihre langjährigen großen Verdienste um unser soziales Gemeinwesen und um die AWO aus“, erklärt der Präsident der Arbeiterwohlfahrt Wilhelm Schmidt. Die Marie-Juchacz-Plakette wird bereits seit 1969 vom Präsidium der Arbeiterwohlfahrt als Ehrung an Persönlichkeiten vergeben, die sich um die gesellschaftspolitischen Ziele der Arbeiterwohlfahrt und um ihre Aufgaben in besonderer Weise verdient gemacht haben.

Historischer Raum Marie Juchacz im Heinrich-Albertz-Haus eröffnet

Am 14. Dezember 2012 wurde feierlich der Historische Raum Marie Juchacz eröffnet. Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Präsidiums der Arbeiterwohlfahrt und Vorsitzender der Historischen Kommission, eröffnete den Raum gemeinsam mit Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstands, indem er das rote Band zur Eingangstür des Raumes durchtrennte. Die Eröffnung erfolgte unter Teilnahme des Präsidiums, der Historischen Kommission sowie des AWO Landesverbandes Berlin, vertreten durch Hans-Wilhelm Pollmann. C. Wolfgang Müller referierte im Anschluss an das Grußwort Wilhelm Schmidts aus der kürzlich veröffentlichten Publikation „Mit uns zog die neue Zeit – Erinnerungen an wegweisende Werte der Arbeiterwohlfahrt.“

Der Historische Raum bietet einen inhaltlichen Querschnitt durch die Historie der Arbeiterwohlfahrt. Zu den zentralen Exponaten zählen Dokumente zur Gründerin der AWO und Namensgeberin des Raumes, Marie Juchacz. Historische Publikationen, Dokumente, Fotos und dreidimensionale Objekte ermöglichen einen Einblick in die unterschiedlichen Epochen der Verbandsgeschichte. Perspektivisch sollen die Ausstellungsinhalte im

Raum wechseln, Anregungen dazu werden gerne entgegengenommen. Der Historische Raum Marie Juchacz wird zukünftig vor allem für Gremiensitzungen und den Empfang von Besuchergruppen genutzt werden. Die Möglichkeit zur Recherche in den Publikationen und dem Historischen Archiv wird ab 2013 zu einer regelmäßigen wöchentlichen Öffnungszeit des Raumes gegeben sein.

Neue AWO-Innovationsdatenbank

Die AWO hat eine Datenbank, auf der neue und innovative Projekte zu finden sind.

Unter www.innovative-projekte.awo.org kann sich jede/r Interessierte einen Überblick über gute AWO-Projekte verschaffen. Die Einträge in der Datenbank werden von den jeweiligen Projektverantwortlichen vorgenommen. Enthalten sind die wichtigsten Daten inklusive einer kurzen Beschreibung. Die neue Datenbank soll dazu beitragen, dass sich gute Ideen und Ansätze verbreiten. Die Innovationsdatenbank soll auch dazu dienen, besonders gute AWO-Projekte auf politischer Ebene zu präsentieren.

Vereinbarkeit Familie und Beruf



Für den AWO Bundesverband hat das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf oberste Priorität. Damit sich das für die Beschäftigten auch in der täglichen Arbeitspraxis widerspiegelt, durchlief der Bundesverband 2012 einen Auditierungsprozess „audit berufundfamilie“, um eine entsprechende Zielvereinbarung zu entwickeln und natürlich auch umzusetzen. Dazu wurden ein Strategie- sowie ein Auditierungsworkshop durchgeführt und am 23. Mai 2012 eine Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats zum au-

dit berufundfamilie geschlossen. Am 30. August 2012 erhielt der AWO Bundesverband damit das Zertifikat über die erfolgreiche Durchführung des audit berufundfamilie. Die in der Vereinbarung festgelegten Ziele und Maßnahmen beziehen sich auf die Handlungsfelder Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Information, Kommunikation, Personalentwicklung und Service für Familien. Es hat sich eine Steuerungsgruppe gebildet, die die Umsetzung der Zielvereinbarung koordiniert.

Eröffnung „Kinder(t)raum“ in der Bundesgeschäftsstelle

Ein weiterer Schritt zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde im September 2012 mit der Eröffnung des betreuten Spielzimmers „Kinder(t)raum“ in der Bundesgeschäftsstelle der AWO in Berlin genommen. Mit dem „Kinder(t)raum“ wurde ein Angebot geschaffen, das AWO-Beschäftigte, aber auch Beschäftigte anderer Unternehmen aus der Umgebung von Familienaufgaben entlastet, wenn z. B. die Regelbetreuung der Kinder ausfällt. Hier finden bis zu zehn Kinder im Alter von null bis zwölf Jahren eine kindgerechte Umgebung und liebevolle Betreuung, während die Eltern ungestört und konzentriert arbeiten können. Auch die Teilnehmenden an den Veranstaltungen, Fortbildungen und Tagungen können ihren Bedarf anmelden und die Betreuung stunden- oder tageweise in Anspruch nehmen. Organisiert wird der „Kinder(t)raum“ in kindgerecht ausgestatteten Räumen durch die qualifizierten Mitarbeitenden des ElternService AWO. Für den AWO Bundesverband ist das betreute Spielzimmer ein weiterer Meilenstein der familienbewussten Personalpolitik und der Sicherstellung von verlässlichen Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Betreuungsaufgabe und beruflichen Pflichten.

Gebundene Ausgabe der Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt. Fachzeitschrift für soziale Arbeit“, die von 1926–1933 erschien.



Geschlechtergerechtigkeit

Zum 31.12.2012 lagen 53,3 Prozent aller Führungspositionen beim AWO Bundesverband in weiblicher Hand. Seit 2013 ist diese Quote auf über 60 Prozent gestiegen. Das zeigt die hohe Bedeutung der Geschlechtergerechtigkeit für den

Bundesverband. Hier bleibt die Gleichstellung von Mann und Frau nicht nur ein politisches Lippenbekenntnis, sondern sie wird gelebt und durch familienfreundliche Arbeitsbedingungen gefördert.

AWO-Fanprojekt erhält Julius-Hirsch-Preis des DFB

Das AWO-Fanprojekt Kaiserslautern wurde 2011 mit dem Julius-Hirsch-Preis des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ausgezeichnet. Eine hochrangig besetzte Jury, die neben DFB-Präsident Wolfgang Niersbach, Liga-Präsident Reinhard Rauball und DOSB-Präsident Thomas Bach auch aus Charlotte Knobloch, der ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, besteht, entschied sich, das AWO-Fanprojekt Kaiserslautern mit dem 1. Preis des diesjährigen Julius-Hirsch-Preises zu ehren. Das Lauterer Fanprojekt erhielt die Auszeichnung, weil es nach antisemitischen Anfeindungen gegen den israelischen Profi Itay Shechter mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm und einer Stadion-Choreografie reagiert hatte.

„Soziale Fanprojektarbeit erreicht eine Vielzahl von Jugendlichen und ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendhilfe und Jugendarbeit“, erklärte der AWO Präsident Wilhelm Schmidt am Rande der Preisverleihung, die am 16. Oktober in Berlin stattfand. „Mit unserer Fanarbeit wollen wir auch ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen“, ergänzte Peter Barrois, Geschäftsführer der AWO Südwest. Und der Laudator, FCK-Legende Otto Rehhagel, erklärte bei der Zeremonie im Bärensaal des Alten Stadthauses der Hauptstadt: „Das Fanprojekt hat weit mehr getan als das Übliche. Es hat gehandelt. Es ist ein würdiger Preisträger.“

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist mit ihren elf Fanprojekten die stärkste Trägerin von Fanprojekten in Deutschland. „Wir sind davon überzeugt, dass die Überreichung des Julius-Hirsch-Preises kein Abschiedsgeschenk sein wird, sondern der Anstoß zum Fortbestand des Fanprojektstandortes Kaiserslautern!“, betonte Schmidt abschließend.

Mit der Stiftung des Julius-Hirsch-Preises fordert der DFB seine Mitgliedsverbände und Vereine, seine mehr als sechs Millionen Spieler, Trainer, Funktionäre und besonders die Jugend in seinen Reihen auf, sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen auf dem Fußballplatz, im Stadion und in der Gesellschaft zu stellen. Der Preis unterstützt und fördert das Engagement von Vereinsmitgliedern, Fans, Freunden und Anhängern für den Frieden in der Gesellschaft.



WOHLFAHRTSMARKEN
HILFE, DIE ANKOMMT.

www.awo.org



PFLEGE BEDÜRFTIGE MENSCHEN BRAUCHEN MASSGESCHNEIDERTER PFLEGE



WIR FORDERN

- Umfassende unabhängige Beratung und Hilfestellung
- Präventionsangebote
- Selbstbestimmte und qualitativ hochwertige Pflege in allen Bereichen
- Stärkung der häuslichen Pflege
- Mehr Leistungen für Demenzkranke

Mehr Informationen:

www.buendnis-fuer-gute-pflege.de



WWW.BUENDNIS-FUER-GUTE-PFLEGE.DE



© 2012 BfP, ver.di - Versus: Gesundheitspolitik, Bundesverband, Bereich Sozialberufe, Köln, Straße der 18., 10179 Berlin, Stand März 2012, Nr. 10, 1012, 1.012

| Gesundheit, Alter, Behinderung

Die Schwerpunktthemen der Abteilung Gesundheit, Alter, Behinderung sind Altenhilfe, Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen,

Gesundheit und die Themen Suchthilfe und besondere Lebenslagen.

| Bereich: Gesundheit

Elly Heuss-Knapp-Stiftung Müttergenesungswerk (MGW)

Das Jahr 2012 stand wesentlich im Zeichen der neuen Begutachtungsrichtlinie für Vorsorge und Reha sowie der Umsetzungsempfehlungen, die im Februar beschlossen wurden. Sie waren das Ergebnis intensiver Beratungen zwischen dem Müttergenesungswerk, dem Bundesverband der Deutschen Privatkliniken und dem Medizinischen Dienst des GKV-Spitzenverbandes. Die fachliche Schulung von Beratungsstellen und die Beobachtung der Umsetzung der neuen Richtlinien stellten somit Schwerpunkte der Arbeit 2012 dar.

Allgemein konnte ein positiver Trend bei der Bewilligung von Anträgen durch die Krankenkassen festgestellt werden. Auch auf die Kliniken hatte die neue Begutachtungsrichtlinie – und die in der Folge weitgehend veränderte Bewilligungspraxis –

Auswirkungen. Erstmals mussten antragstellende Mütter längere Zeit auf einen Kurplatz warten. Der Anteil an hoch belasteten Frauen aus sozial benachteiligten Familien stieg merklich an.

Eine zweite Entwicklung von besonderer Bedeutung für den MGW-Verband war die Verabschiedung des Pflegeneuausrichtungsgesetzes im Oktober des Jahres. Nach §§ 23 und 40 SGB V können auch pflegende Angehörige Entlastungsangebote in Einrichtungen des Müttergenesungswerkes wahrnehmen. Bei der konzeptionellen Entwicklung bedarfsgerechter Angebote konnten die Kliniken auf ihrer langjährigen Erfahrung mit Müttern aufbauen, die auch durch die Pflege von Angehörigen belastet sind.

Prägend für die Kuratoriumsarbeit des Jahres 2012 war auch die Übernahme der Schirmherrschaft durch Daniela Schadt.

| 01 Die neue Schirmherrin Daniela Schadt beim Besuch der AW0-Mutter-Kind-Klinik Gunzenhausen.

| 02 Die Vorsitzende des Müttergenesungswerkes Marlene Rupprecht, flankiert von Schirmherrin Daniela Schadt und Klinikleiterin Anna Dörrfuß.



| Bereich: Alter



Gemeinsam mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ist es der AWO gelungen, aus der Initiative des gemeinsamen Memorandums zur

Pflege älterer Menschen in Deutschland heraus ein breites Bündnis für Gute Pflege zu initiieren. Am 14. Februar 2012 wurden im Haus der Bundespressekonferenz die Gründung des Bündnisses mit zunächst zehn Partnerorganisationen bekannt gegeben und die zentralen Forderungen präsentiert:

- Maßgeschneiderte Leistungen für Pflegebedürftige
- Unterstützung und Anerkennung für Angehörige
- Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen
- Gerechte Finanzierung von Pflege

Im Laufe des Jahres konnten weitere Partner gewonnen werden, sodass das Bündnis 2012 auf insgesamt 21 Partner aus bundesweit handelnden Selbsthilfe- und Verbrauchervertretungen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie weiteren 12 regionalen Unterstützern angewachsen ist. Im Mai fand in Berlin eine erste, gut besuchte Veranstaltung des Bündnisses mit einer Podiumsdiskussion mit den pflegepolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Bundestag vertretenen Parteien statt. Auf weiteren Veranstaltungen der Mitgliedsorganisationen erhielt das Bündnis die Gelegenheit, sich und seine Forderungen vorzustellen. Beim Bundesparteitag der SPD im Dezember war das Bündnis mit einem Stand vertreten und konnte dort ebenfalls über die Forderungen des Bündnisses informieren. Weitere Informationen und Material zum Bündnis unter www.buendnis-fuer-gute-pflege.de.

Weiterentwicklung der Altenhilfe

2012 war in der Altenhilfe weiterhin geprägt von Umsetzungsfragen des bereits im Juli 2008 in Kraft getretenen Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes (PfWG). Neben Verhandlungen zu den Maßstäben und Grundsätzen der Qualität und Qualitätssicherung in der Tagespflege stand insbesondere die vor allem von den Pflegekassen geforderte Überarbeitung der Pflege-Transparenzvereinbarungen für die stationäre Pflege (PTVS) im Mittelpunkt. Trotz intensiver Verhandlungen konnte jedoch mit den Pflegekassen kein Kompromiss bzgl. einer Überarbeitung der PTVS gefunden werden, sodass die AWO mit weiteren Verbänden die Schiedsstelle eingeschaltet hat. Parallel dazu hat die AWO gemeinsam mit allen in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) koope-

rierenden Verbänden weiter an einem alternativen Modell der Qualitätsberichterstattung auf Basis der Ergebnisse des Modellprojekts „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“ gearbeitet und entsprechende Vorschläge entwickelt (www.bagfw-qualitaet.de/?id=2072). Im Sommer 2012 konnte dazu der deutsche Pflegerat (DPR) als Partner sowie zur fachlichen Unterstützung gewonnen werden.

Neben der Beschäftigung mit den Umsetzungsfragen der Pflegereform von 2008 (PfWG) stand 2012 bereits die nächste Pflegereform, das Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG), auf der Agenda. Der Gesetzgebungsprozess wurde von der AWO gemeinsam mit den anderen BAGFW-Verbänden zu Themen wie der Qualitätssicherung in der Pflege durch Stellungnahmen und Lobbyarbeit begleitet. In der Anhörung zum PNG im Mai 2012 wurde der Vertreter der AWO daraufhin als Sachverständiger von den Oppositionsparteien SPD und Bündnis90/Die Grünen entsprechend befragt. Der zentrale Kritikpunkt der AWO zum PNG war, dass mit dem PNG die dringend notwendigen Strukturreformen bzgl. eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und der Finanzierung nicht angegangen wurden. Gemeinsam mit den anderen Verbänden der BAGFW hat sich die AWO darüber hinaus gegen die geplanten Änderungen zur ärztlichen Versorgung im Heim ausgesprochen und diese Position durch ein juristisches Gutachten bestätigen lassen. Das Inkrafttreten der Neuregelung wurde im PNG jedoch nur um ein Jahr, auf 2014, verschoben. Erfolgreicher war die Initiative der BAGFW, das SGB XI im Hinblick auf die Urteile des Bundessozialgerichts zu den Investitionskosten in der stationären Pflege anzupassen. Hier konnte eine Änderung erwirkt werden, die die bestehenden Länderregelungen schützt und weiterhin pauschalierte Regelungen zulässt.

Fachkräftebedarf

In der Altenhilfe ist der Fachkräftemangel bereits Realität. Allen Prognosen zufolge ist trotzdem mit einem weiteren Anstieg des Personalbedarfs in der Altenhilfe zu rechnen. Personalbindung und Personalentwicklung kommt angesichts dieser Fakten eine besondere Bedeutung zu. Der AWO Bundesverband hat gemeinsam mit den AWO Bezirksverbänden Braunschweig und Oberbayern ein Modellprojekt gestartet, in dem Instrumente und Maßnahmen der Personalbindung und -entwicklung gegen den Fachkräftemangel erarbeitet und für den gesamten Verband nutzbar gemacht werden sollen. Das Projekt „Lernnetzwerk: Personal-

bindungskonzepte in der stationären Altenpflege“ wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des „rückenwind“-Programmes der Freien Wohlfahrtspflege gefördert und ist zum 1. Mai 2012 gestartet.

Fachtagung Altersarmut

Zum Thema „Altersarmut“ hat die AWO gemeinsam mit dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen am 24. Oktober 2012 eine erfolgreiche Fachtagung durchgeführt. Im Bundesverband waren daran die Abteilung 5 (Arbeit/Soziales/Europa) sowie die Abteilung 1 (Gesundheit/Alter/Behinderung) beteiligt, die u. a. die Themen „Altersarmut durch Krankheit und Pflegebedürftigkeit“ sowie „Gesundheitsförderung als Strategie gegen Altersarmut“ beigesteuert hat.

Beirat Pflegebedürftigkeitsbegriff

Die AWO beteiligt sich seit Anfang 2012 an der Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Der neu formierte Beirat bildete den Rahmen für ein breites Arbeitsbündnis. Es wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den noch offenen Fragen bspw. zu Übergangs- und Bestandsschutzregelungen befassten, mit der weiteren wissenschaftlichen Fundierung des Begutachtungsinstrumentes, mit Fragen neuer Leistungsinhalte und Leistungshöhen oder mit Schnittstellen zu anderen Leistungssystemen.

Trotz der Mitwirkung im Beirat steht die AWO der dortigen Arbeit nicht unkritisch gegenüber. So haben wir bspw. von Beginn an problematisiert, dass keine Aussagen zu dem zur Verfügung stehenden Finanzrahmen für die Etablierung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs getroffen wurden. Dies schränkt aus unserer Sicht die Möglichkeiten zur Umsetzung eines wirklichen Paradigmenwechsels, der mit einem neuen Begriff eingeläutet werden soll, ein. Auch ist aus unserer Sicht die Schnittstelle zwischen der Eingliederungshilfe und der Pflegeversicherung noch nicht hinreichend besprochen und geklärt.

Online-Pflege- und Seniorenberatung



Die Online-Pflege- und Seniorenberatung entstand im Rahmen des Projektes (Online-)Pflege- und Seniorenberatung (OPuS), welches am 31. Juli 2012 nach 3 Jahren Laufzeit äußerst erfolgreich endete. Hauptinhalt des Projektes war die Entwicklung und Umsetzung einer Qualifizierung für die Pflege- und Seniorenberatung im Blended-

Learning-Konzept. Mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO wurden geschult. Die Online-Beratung und die Qualifizierung wurden nach dem Projektende in ein Regelangebot des AWO Bundesverbandes überführt.



Die virtuelle Beratungsstelle wird seit August 2012 vom Gesamtverband getragen.

Das Beratungsportal www.awo-pflegeberatung-online.de informiert und berät pflegende Angehörige, Pflegebedürftige, Seniorinnen und Senioren wie auch weitere Interessierte rund um das Thema Pflege und Alter(n) in folgenden Bereichen:

- Leistungsansprüche aus der Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Sozialhilfe
- Pflegerische Dienstleistungsangebote
- Möglichkeiten der aktiven Lebensgestaltung im Alter
- Sonstige Fachthemen wie Demenz oder Vorsorge

Auf der Internetseite kann eine vertrauliche Anfrage an die Beraterinnen und Berater der AWO gestellt werden. Dies erfolgt als verschlüsselte Mailberatung und bietet so maximale Sicherheit und Anonymität. Eine erste Reaktion auf die Anfrage erhält die ratsuchende Person innerhalb von 48 Stunden.



| Bereich: Behinderung

Kritische Begleitung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit dem 26. März 2009 in Deutschland geltendes Recht. Gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen wirkte die AWO auch 2012 aktiv an der Umsetzung und Überwachung der Einhaltung dieser Konvention mit. So legte die Arbeiterwohlfahrt ein Positionspapier vor, das zu wichtigen Handlungsfeldern wie umfassende Barrierefreiheit, Frauen und Kinder mit Behinderung, inklusive Bildung, volle Anerkennung von Menschen mit Behinderung vor dem Recht, Achtung der Wohnung und Familie, uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung und volle Teilhabe am Arbeitsleben Stellung bezieht. Dabei nimmt das Positionspapier die Arbeiterwohlfahrt in die Pflicht, auch sich selbst als Verband und alle Dienste und Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt im Sinne der Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln.

Auch im Jahr 2012 beteiligte sich die AWO an der „Allianz zur UN-Behindertenrechtskonvention“. In dieser Allianz wirken u. a. Verbände der Behindertensebsthilfe, Sozialverbände, Wohlfahrtsverbände, die Fachverbände der Behindertenhilfe und der Psychiatrie sowie Elternverbände und Gewerkschaften mit. Ziel der Allianz ist die Erstellung eines Parallelberichts zur offiziellen Berichterstattung der Bundesregierung über die Umsetzung der UN-BRK. Der erste Staatenbericht wurde im August 2011 vom Bundeskabinett verabschiedet. Der fertige Parallelbericht der Allianz wird Anfang 2013 vorgelegt und anschließend an den zuständigen Überwachungsausschuss der Vereinten Nationen weitergeleitet.

Das Büro Leichte Sprache



Ziel und Aufgabe des Büros Leichte Sprache ist es, komplizierte Sachverhalte so darzustellen, dass sie für Menschen mit geringeren Lesekompetenzen einfacher zu verstehen sind. Erst durch den gleichberechtigten Zugang zu Informationen sind eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Mit Informationen in Leichter Sprache wird das Recht auf kommunikative Barrierefreiheit, wie es auch in der UN-Behindertenrechtskonvention beschrieben ist, umgesetzt.

Insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten profitieren von Texten in Leichter Sprache; darüber hinaus sind sie ein zusätzliches Angebot für Menschen mit geringeren Deutschkenntnissen oder funktionale Analphabeten.

Auch im zweiten Projektjahr hat das Büro Leichte Sprache vielfältige Informationstexte für AWO-Einrichtungen und -Gliederungen sowie für externe Auftraggeber/innen erstellt. Zahlreiche Faltblätter, Formulare, Merkblätter, Tagungsberichte, Fragebogen und Informationstexte für Internetseiten wurden in eine klare und verständliche Sprache gebracht und gestaltet.

Des Weiteren wurden zehn Schulungen zum Konzept Leichte Sprache durchgeführt. Eine zweitägige Schulung richtete sich ausschließlich an Menschen mit Lernschwierigkeiten. In der Schulung wurden sie über die Tätigkeit eines Prüfers/einer Prüferin für Leichte Sprache informiert.

Das Büro Leichte Sprache erfüllt alle Qualitätsstandards des „Netzwerks Leichte Sprache“ sowie der europäischen Organisation „inclusion europe“. Das setzt unter anderem eine inklusive Zusammenarbeit mit Menschen mit Lernschwierigkeiten voraus. Alle Übersetzungen des Büros werden von ihnen geprüft. Die Zusammenarbeit mit Menschen mit Lernschwierigkeiten wurde im zweiten Projektjahr intensiviert. Die Teilnehmenden der Prüfgruppe haben sich in Schulungen weiterqualifiziert. Zudem wurde ein Praktikum für eine/n Prüfer/in für Leichte Sprache im Büro angeboten.

Das AWO-Büro Leichte Sprache hat an der Entwicklung von Standards für Leichte Sprache aktiv mitgewirkt und das Konzept in Gremien und Arbeitskreisen bekannt gemacht. Das Büro Leichte Sprache wird gefördert von der Aktion Mensch.

Aktion Mensch

Das Ziel der Aktion Mensch ist es, die Lebensqualität von Menschen mit Behinderung, Menschen mit sozialen Schwierigkeiten und von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Im Jahr 2012 wurden 355 Anträge der Arbeiterwohlfahrt für Projekte, Investitionsmaßnahmen, Fahrzeugförderung, Ferien- und Bildungsmaßnahmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung gestellt und mit 6,6 Millionen Euro von der Aktion Mensch gefördert (siehe Grafik). Erstmals gelang es 2012, das neue Förderprogramm Inklusion für ein dreijähriges Projekt zur Vernetzung von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vor Ort mit dem Ziel in Anspruch zu nehmen, Inklusion in einer Region gezielt vorantreiben zu können.

Die Arbeit in der Behindertenhilfe, Psychiatrie und Jugendhilfe wäre an vielen Stellen ohne die Förderung und Bezuschussung von sozialen Projekten durch die Aktion Mensch weder finanzier- noch durchführbar. Auch 2012 war Aktion Mensch ein

verlässlicher Partner für innovative Projekte und Veranstaltungen.

Fachtagung Inklusion: eine Herausforderung in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe

Inklusion bedeutet, die Gesellschaft von Anfang an so zu gestalten, dass jeder Mensch gleichberechtigt teilhaben und sie mitgestalten kann – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Am 4. Dezember 2012 lud die AWO zur Fachtagung „Inklusion – eine Herausforderung in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe“ ein. Aus ganz Deutschland reisten 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Einrichtungen und Diensten an, um sich im Tagungsverlauf über bestehende inklusive Arbeitsansätze und Strukturen zu informieren, diese zu diskutieren und um anregende Impulse zurück in ihre Praxis zu nehmen.

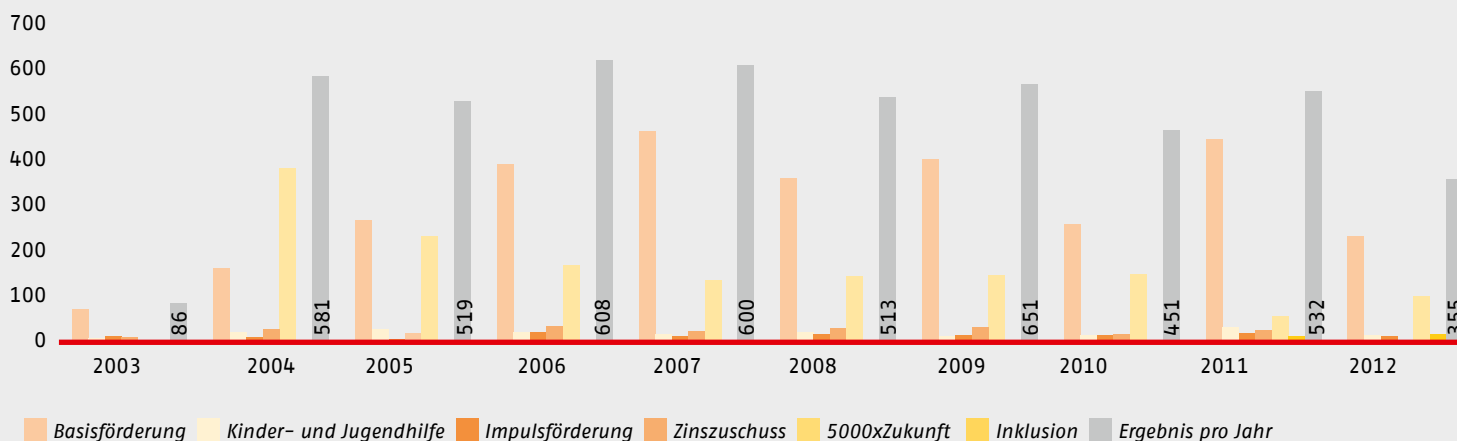
Im Verlauf der Fachtagung wurden neben theoretisch-konzeptionellen Ansätzen diverse inklusive Leuchtturmprojekte aus dem Bereich der Kindertagesstätten, der Schule, der Jugendarbeit sowie aus dem Übergang Schule-Beruf vorgestellt. Die Teilnehmenden diskutierten außerdem aus der eigenen Praxis erfahrene Barrieren, die im Alltag inklusive Prozesse behindern.

Zum Abschluss der Fachtagung sammelten die Teilnehmenden Ideen, wie die Kinder- und Jugendhilfe inklusiver gestaltet werden könnte. Im Folgenden werden die vielfältigen Erkenntnisse zusammengefasst vorgestellt:

- Inklusion bewegt Menschen! Deswegen sind an diesem Tage alle Anwesenden im Bundesverband zusammengekommen. Das macht Mut!
- Bewusstsein für Chancen, aber auch für Ungerechtigkeiten und Barrieren ist eine Basis für inklusives Handeln. Daher muss individuelle und kollektive Bewusstseinsbildung gefördert werden. Inklusion fängt bei einem selber an. Jeder/

jede muss eigene Widerstände erkennen, diese reflektieren und lernen, diese zu überwinden.

- Es gilt, das Interesse von „Nicht-Behinderten“ oder „Nicht-Benachteiligten“ für die Vision einer inklusiven Gesellschaft zu wecken. Viele Teilnehmende haben erlebt, dass diese Gruppe erst überzeugt werden muss.
- Inklusion kann gelingen, wenn „von Anfang an“ damit begonnen wird. Projektverantwortliche sollten in „Bildungsketten“ denken.
- Inklusion beinhaltet verschiedene, miteinander vernetzte Perspektiven – wie z. B. die der Zielgruppe, die interkulturelle oder die sozial-räumliche – und erfordert daher Kooperationen aller Beteiligten vor Ort!
- Auch Jugend und die ältere Generation müssen aktiviert werden. Jugendverbände können dabei eine wichtige Rolle spielen!
- Inklusion braucht Zeit! Projekte entwickeln sich von der Teilnahme zur Teilhabe und dann zur Teilgabe. Ein inklusives Projekt ermöglicht individuelle Teilgabe – von Anfang an.
- Es müssen viel mehr „Momente der Inklusion“, die menschliche Vielfalt wertschätzen, ermöglicht werden. Dies könnte beispielsweise im Rahmen der Freizeit geschehen.
- Es wird viel geredet und wenig gehandelt! Daher ist eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit festzustellen. Es wird vorgeschlagen, hochtrabende Ansprüche in kleinste, handelbare Aktivitäten zu übersetzen.
- Die Teilnehmenden interessieren sich dafür, wie inklusive Projekte entwickelt werden, aber auch, wodurch diese gefördert werden könnten. Ein Teilnehmer hat erfahren, dass manche Förderkriterien nicht inklusiv gedacht sind, und wünscht sich weniger Barrieren in der Antragsstellung. Eine Teilnehmerin informierte daraufhin über verschiedene Fördermöglichkeiten und wies auf Unterstützung bei der Antragsstellung hin.



| Migration

Die Abteilung Migration hat die Aufgabe, die Integrationsprogramme des Bundes zu steuern und zu koordinieren. Der Schwerpunkt der Programme liegt in der Migrationsberatung. Dabei soll ein bedarfsorientiertes und individuelles Beratungsangebot für Migrantinnen und Migranten entwickelt werden, um deren individuellen Integrationspro-

zess zu initiieren, zu begleiten und zu steuern. Die Beratung erfolgt vor, während und nach Integrationskursen. Eine weitere Aufgabe der Abteilung besteht darin, Konzepte und Umsetzungsvorschläge für die Interkulturelle Öffnung in den einzelnen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit zu entwickeln.

50 Jahre Beratungsarbeit – Von der Ausländer-sozialberatung zur Migrationssozialarbeit

Am 25. Oktober 2012 fand in Koblenz die Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre Beratungsarbeit – Von der Ausländersozialberatung zur Migrationssozialarbeit“ statt. Am 30. Oktober 1961 unterzeichneten die Bundesrepublik und die Türkei einen Vertrag über die Anwerbung türkischer Arbeitskräfte. Ein Jahr später, im Oktober 1962, hat die AWO ihre erste Beratungsstelle „Sozialberatung für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen aus der Türkei“ in Bonn eröffnet. Nach 50 Jahren Beratungsarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt zogen wir im Rahmen der oben genannten Veranstaltung Bilanz und diskutierten mit Zeitzeugen sowie Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft, der Politik, der Verwaltung und der AWO-Praxis über Herausforderungen des Zusammenlebens in einer Einwanderungsgesellschaft und über Perspektiven der Sozialen Arbeit mit Blick auf Inklusion und Migration.

Quintessenz der Veranstaltung: Die vor nunmehr gut fünfzig Jahren angeworbenen Arbeitnehmer/innen haben einen bedeutenden Beitrag zum Aufbau der Bundesrepublik geleistet. Die Lebensrealität der meisten Einwanderer und Einwanderinnen ist allerdings in besonderem Maße durch soziale Ungleichheit und Benachteiligung gekennzeichnet.

Eine gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund ist nicht in allen Lebensbereichen erreicht. Sie werden immer noch sehr stark als Hilfsbedürftige und immer noch zu wenig als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Gesellschaft betrachtet.

Aufgabe und Auftrag Sozialer Arbeit im Einwanderungsland ist es, einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit zu leisten sowie Einwanderern und Einwanderinnen die sozialen Dienstleistungen zu bieten, derer sie bedürfen. Dabei muss immer die individuelle Lebenslage in den Mittelpunkt gestellt werden.

Die Forderung, Menschen mit Migrationshintergrund als selbstbestimmte Bürger/innen unserer Gesellschaft anzuerkennen, beinhaltet jedoch viele Optionen auch für unsere Verbandsarbeit. Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sind hier ein Schatz, den wir in großen Teilen noch zu heben haben. Die Arbeiterwohlfahrt ist aufgrund der Geschichte der Migrationssozialarbeit in Migranten-Communities sehr bekannt. Die AWO könnte hier anknüpfen.

Kommission gegen Rechtsextremismus

Das Präsidium der Arbeiterwohlfahrt hat 2012 die Kommission gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Wilhelm Schmidt, Präsident der AWO,

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre Beratungsarbeit.



betonte bei der konstituierenden Sitzung im Juni 2012 die Notwendigkeit, sich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Sowohl die Geschichte der AWO als auch ihr politisches und soziales Selbstverständnis machen den Kampf gegen Rechtsextremismus zu einem wichtigen Thema für den Verband.

Die Kommission hat die Aufgabe, sich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen zum Thema Rechtsextremismus und dessen Auswirkungen und Konsequenzen für die Arbeiterwohlfahrt als Verband und als Arbeitgeber auseinanderzusetzen und Ideen und Vorschläge zu entwickeln, die im Kampf gegen Rechtsextremismus als gesellschaftliches Phänomen eingesetzt werden können.

Modellprojekt Integrationsvereinbarungen

Im Rahmen des Modellprojekts der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung „Integration verbindlicher machen, Integrationsvereinbarungen erproben“ wurden seit dem 1. April 2011 an bundesweit 18 Standorten der Erwachsenen- und Jugendmigrationsdienste der Einsatz von individuellen Integrationsvereinbarungen sowie die Effekte auf lokale Kooperationen und Netzwerkarbeit wissenschaftlich evaluiert. An 16 Standorten waren Migrationsfachdienste der AWO beteiligt. Nach gut zwei Jahren ist das Projekt nun abgeschlossen und der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung liegt vor. Darin wird festgehalten, dass der Kenntnisstand der Migrationsberater/innen zum Case Management sehr hoch ist und dem Fachstandard der Deutschen Gesellschaft für Care und Case Management entspricht. Weiterhin zeigt sich, dass für die überwiegende Mehrheit der untersuchten Beratungsdienste die systematische Förderplanung sowie die Formulierung differenzierter Ziele zum Standard im Case-Management-Verfahren gehören. Die von den wissenschaftlichen Evaluatoren entwickelte Muster-Integrationsvereinbarung greift die bereits praktizierten Verfahren auf. Während die individuelle Arbeit mit den Ratsuchenden bereits nach hohen fachlichen Standards erfolgt, hat sich im Laufe des Projekts der zweite Untersuchungsaspekt als entscheidender Ansatzpunkt zur Verbesserung des Integrationsprozesses herausgestellt: die Qualität der Kooperations- und Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene, die sich als förderlich oder hinderlich für die Durchführung eines verbindlichen und damit für die Ratsuchenden erfolgreichen Case Managements erweist. Durch gute Zusammenarbeit der beteiligten Dienstleister und Behörden wird eine verlässliche Beratungsleistung möglich.

Aus Rückmeldungen der beteiligten Migrationsdienste zeigt sich, dass Netzwerkarbeit und Koope-

rationen an vielen Standorten entscheidende Impulse und Verstärkungen durch das Modellprojekt erhalten haben. Auf Wunsch vieler Beteiligter sollen diese Entwicklungen auch nach Abschluss des Vorhabens weiter verfolgt und bestärkt werden.

Die vor Projektbeginn hoch umstrittene Frage der Unterschrift unter die Integrationsvereinbarungen bzw. Förderpläne erwies sich in der Praxis als wenig relevant, da in erster Linie verlässliche Kooperationen sowie eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Berater/in und Klient/in entscheidend zum Erfolg des Beratungsprozesses beitragen. Konsequenz des Evaluationsprojekts muss es daher sein, die Netzwerk- und Kooperationsstrukturen zu stärken und zu verbessern, um Migrantinnen und Migranten zu unterstützen.

Interkulturelle Öffnung in der AWO-Schuldnerberatung

In der Schriftenreihe Theorie und Praxis 2012 ist das Heft „Interkulturelle Öffnung in der Schuldnerberatung“ erschienen. Die Handreichung stellt eine Hilfe zur Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Schuldnerberatungsstellen dar und basiert auf Erfahrungen aus diesem Handlungsbereich. Sie gibt Impulse und Anregungen, wie eine Interkulturelle Öffnung in der Schuldnerberatung erreicht werden kann, und versucht, für unterschiedliche kulturelle und soziale Hintergründe zu sensibilisieren und Anregungen zu geben, wie (scheinbare) Probleme im Beratungsprozess überwunden werden können.

Interkulturelle Kommunikation bildet zwar den Schwerpunkt der Broschüre, da jedoch soziokulturelle Unterschiede auch innerhalb der deutschen Bevölkerung existieren, werden auch Hinweise zur Kommunikation im Allgemeinen gegeben.

Die Handreichung ist Teil des Gesamtkonzeptes der Arbeiterwohlfahrt zur Interkulturellen Öffnung der sozialen Dienste und richtet sich an Träger, Leiter/innen, Berater/innen und Mitarbeiter/innen in Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen.

Arbeitshilfe zur Interkulturellen Öffnung in der Jugendberufshilfe

Einrichtungen der Jugendberufshilfe betreuen selbstverständlich seit Jahren junge Menschen mit Migrationshintergrund. So selbstverständlich, dass die Notwendigkeit für eine Interkulturelle Öffnung oft gar nicht gesehen wird. Der Bedarf wird häufig erst erkannt, wenn die Kommunikation nicht richtig funktioniert oder es zu irritierenden Situationen kommt, die man sich nicht erklären kann. Was bedeutet nun Interkulturelle Öffnung für die Fach- und Leitungskräfte und wie kann die interkulturelle Praxis weiter verbessert werden? Das

sind die Fragestellungen, die mit der Arbeitshilfe „Interkulturelle Öffnung in der Jugendberufshilfe – eine Arbeitshilfe für die Praxis“ bearbeitet werden. Dabei geht es neben dem Erklären von Konzepten auch um praktische Handlungsanweisungen, Beispiele und Reflexionsfragen.

Neben den Einrichtungen der Jugendberufshilfe sind auch die Jugendmigrationsdienste mit der beruflichen Integration junger Menschen beschäftigt. Häufig sind die Anliegen und Instrumente ähnlich, dennoch fehlen oft noch die notwendigen Vernetzungen vor Ort. Die Arbeitshilfe hat auch das Ziel, diese beiden wichtigen Aufgabenfelder einander näherzubringen. Darüber hinaus wird für die spezifischen Problemlagen von jungen Flüchtlingen sensibilisiert und es wird ein Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben.

Die Arbeitshilfe nähert sich dem Thema aber nicht nur theoretisch, so wurden die Jugendlichen in AWO-Einrichtungen der Jugendberufshilfe zu ihrer persönlichen Verortung am Übergang Schule und Ausbildung und der Rolle ihres Migrationshintergrundes selbst befragt.

Fachsprache Deutsch in der Altenpflege – erfolgreiche Erprobung der Schulung

2012 wurde die im Rahmen des Projektes „FaDA – Fachsprache Deutsch in der Altenpflege“ entwickelte Schulung in jeweils zwei Einrichtungen der AWO in Nürnberg und Bielefeld mit insgesamt 30 Teilnehmenden erfolgreich erprobt.

Im Durchschnitt waren die Teilnehmenden 44,8 Jahre alt. Fast ein Drittel sind Pflegefachkräfte und über zwei Drittel Pflegehilfskräfte. Der überwiegende Teil der Teilnehmenden kommt aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Russland, Ukraine, Usbekistan, Kasachstan, Litauen), einige aus Ost- und Südeuropa (Polen, Rumänien, Bosnien) sowie Asien und Afrika. Sechs der teilnehmenden Pflegekräfte äußerten konkrete Pläne für eine berufliche Weiterentwicklung, z. B. als Wohnbereichsleitung oder Ausbildung zur Pflegefachkraft.

Die Schulung umfasst insgesamt 100 Stunden und wird in Kleingruppen direkt in den Einrichtungen innerhalb der Arbeitszeit durchgeführt. Zum Abschluss erhalten die Teilnehmenden ein Zertifikat. Das Besondere der Schulung FaDA ist die starke Teilnehmer-, Bedarfs- und Handlungsorientierung. Das heißt, dass die Auswahl der Schwerpunktthemen der Schulung von den Einrichtungsleitungen und den Teilnehmenden getroffen werden. Der konkrete Praxisbezug wird durch die Bearbeitung aktueller Themen und Inhalte sowie authentischer Situationen und Dokumente hergestellt. Dadurch erhalten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich über Arbeitsprozesse und Arbeitsthemen auszu-

tauschen. Das Ziel ist die Förderung der Fachsprache und der kommunikativen Kompetenzen bei Pflegekräften mit Migrationshintergrund in der stationären Altenpflege.

Die Evaluation der Erprobungsphase konnte folgende Erfolge und Wirkungen der Schulung nachweisen:

- Pflegekräfte sind selbstsicherer und offener, sie fragen mehr nach, wenn sie etwas nicht verstanden haben, sie trauen sich mehr zu sprechen, statt Kommunikation zu vermeiden
- Fachsprache und Fachwortschatz wurden weiterentwickelt
- Pflegekräfte wurden für den Gesamtprozess bzw. die Betriebsabläufe sensibilisiert
- Teamentwicklung und Teamgeist wurden wohnbereichsübergreifend gestärkt
- Kompetenzen in der Nutzung des Computers wurden erweitert
- Bewusstsein und Sensibilität für Sprache wurden entwickelt
- Lernmotivation und Lernfähigkeit wurden gestärkt

Der große Bedarf an solchen Schulungen schlägt sich in der hohen Nachfrage nieder. 2013 wird FaDA in weiteren Standorten in Stuttgart, Düsseldorf, Karlsruhe, Suhl und Saarbrücken durchgeführt. Die Einrichtungen und Träger erkennen die Potenziale und Ressourcen ihrer Mitarbeitenden insbesondere mit Migrationshintergrund und setzen FaDA als Instrument zur Mitarbeiterförderung und -bindung ein.

Das Projekt wird im Rahmen des Programms „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und durch den Europäischen Sozialfonds gefördert.

Die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)

Die Bundesregierung hat am 4. Dezember 2012 einen Referentenentwurf für die längst überfällige Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes veröffentlicht. Der Entwurf enthält lediglich die zwingend erforderlichen Anpassungen, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 unumgänglich geworden sind. Ansonsten hält auch die geplante Neufassung des AsylbLG an den bereits bislang bestehenden integrationspolitisch kontraproduktiven, unnötig bürokratischen und einseitig die Länder und Kommunen belastenden Regelungen fest. Zudem stehen auch künftig

zentrale Regelungen offensichtlich in Widerspruch zur Verfassung, zu europäischen Rechtsgrundlagen und zu völkerrechtlichen Verpflichtungen.

Die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes hält unverändert am Sachleistungsvorrang für Grundleistungsberechtigte fest. Dies erscheint unverständlich, da diese Form der Leistungsgewährung nicht nur als stigmatisierend und schikanös wahrgenommen wird, sondern zudem zu einem unnötigen Verwaltungsaufwand und damit zu vermeidbaren Mehrkosten führt.

Auch bei der eingeschränkten medizinischen Versorgung gem. § 4 AsylbLG ist eine Änderung nicht geplant. Es soll dabei bleiben, dass die Übernahme von Krankenbehandlungskosten nur bei schmerzhaften oder chronischen Erkrankungen erfolgt. Ganz abgesehen von der Frage, ob eine angemessene Krankenversorgung nicht auch zum verfassungsgemäß zu garantierenden Existenzminimum zählt, ist festzuhalten, dass die Regelung des § 4 AsylbLG auch schon in der Vergangenheit der Aufnahmeleitlinie und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte widersprochen hat.

Insgesamt ist das Ergebnis der mehrmonatigen regierungsinternen Beratungen enttäuschend und bringt nur rudimentäre Verbesserungen gegenüber der jetzt geltenden Übergangsregelung mit sich. Somit ist an der Forderung der AWO und anderer Verbände nach einer ersatzlosen Streichung des AsylbLG eindeutig festzuhalten.

Standpunkte 2012

Der Bundesverband hat im Berichtszeitraum die „Standpunkte 2012 – AWO-Positionen und –Emp-

fehlungen zur Unterbringung von Flüchtlingen“ publiziert.

Die Arbeiterwohlfahrt ist Trägerin von entsprechenden kommunalen und landesweiten Strukturen (Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte). Für Flüchtlinge, die kurz zuvor in der deutschen Gesellschaft angekommen sind, sind die direkten Lebensumstände von herausragender Bedeutung für ihre weitere Entwicklung, ihre Möglichkeiten und ihre Bereitschaft zum Aufbau einer realistischen Zukunftsperspektive.

In dieser Situation ist es besonders wichtig, ein Wohnumfeld zu schaffen, das die Asylsuchenden dabei unterstützt, sich in der neuen Umgebung einzuleben und Verlust und Fluchterfahrungen zu verarbeiten. Die mit dieser Publikation vorgelegten Empfehlungen sollen eine Richtschnur bieten, an der sich Träger von Unterkünften in den AWO-Gliederungen sowohl bezüglich der Qualitätsstandards als auch in Verhandlungen mit den Kommunen orientieren können.

AWO gegen Rassismus – Aktion „5 vor 12“

Über 50.000 Mitglieder und Beschäftigte der AWO gingen am 21. März 2012 um fünf vor zwölf mit Plakaten, Trillerpfeifen und Trommeln vor die Türen ihrer Einrichtungen und Geschäftsstellen und demonstrierten gegen Rassismus. Damit hat die AWO öffentlich ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung gesetzt und ihrer Position für eine offene und tolerante Gesellschaft Nachdruck verliehen. Weitere Informationen zur Aktion „5 vor 12“ auch unter dem Bericht der Abteilung Kommunikation (S. 55).

| 01 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der FaDA-Schulung aus Bielefeld und Kirchlengern, AWO Bezirksverband OWL, bei der Zertifikatsübergabe am 30. November 2012 (Foto: Erwin Tälkers).

| 02 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des AWO Bundesverbandes demonstrieren gegen Rassismus.



| AWO Bundesakademie



Bundesakademie

Die AWO Bundesakademie plant, organisiert und führt bundesweite Qualifizierungsmaßnahmen für haupt- und

ehrenamtliche Mitarbeiter/innen der AWO durch. Die Fort- und Weiterbildungen richten sich insbesondere an Fach- und Führungskräfte unseres Verbandes und sind zum Großteil auch offen für Teilnehmer/innen aus anderen sozialwirtschaftlichen Organisationen.

Neues Akademie-Team

2012 stellte für die AWO Bundesakademie ein Umbruchjahr dar: Michael Kriegel, langjähriger Leiter der Akademie, verließ die AWO im Dezember 2011 und übernahm eine neue Herausforderung in der Freien Wohlfahrtspflege. Seine Nachfolgerin ist Karin Kaltenbach, ehemalige Referentin für Sozialmanagement und seit 2009 Leiterin des ESF-Projektes Kompetenzzentrum für Kinderförderung.

Auch in der fachlichen Arbeit gab es 2012 Veränderungen: Mit dem rückenwind-Projekt „Lernnetzwerk Personalbindung in der stationären Altenpflege“ wird das Thema Fachkräftebedarf mit Katharina Wiegmann als Projektleiterin und Christiane Bieck als Projektassistentin personell und inhaltlich in der Akademie verankert. Neu zum Akademie-Team kamen im Sommer 2012 die Mitarbeiterinnen Janine Haße als Seminarverwaltungskraft und Dorina Kunzweiler-Holzer als Bildungsreferentin.

Fachkräftebedarf

Das Thema Fachkräftebedarf hat die AWO Bundesakademie bereits im Dezember 2010 im Rahmen eines Workshops vertieft behandelt, in dem u. a. der entscheidende Impuls zur Gründung der bundesweiten AWO-Stellenbörse gegeben wurde. Durch den Bundeskonferenzbeschluss im November

2012 wird die Akademie weiter beauftragt, signifikante Merkmale zu erfassen, die für die Attraktivität sozialwirtschaftlicher und wertegebender Unternehmen ausschlaggebend sind. Maßnahmen, Strategien und Handlungsansätze für eine gelingende Personalbindung und -entwicklung werden in der Abteilung gebündelt und dem Verband zur Verfügung gestellt. Dazu zählt auch, die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch innerhalb der AWO zu fördern.

Lernnetzwerk – Personalbindungskonzepte in der stationären Altenpflege

Am 1. März 2012 startete das vom ESF geförderte Verbundprojekt aus dem Programm „rückenwind“. Neben dem AWO Bundesverband sind die Bezirksverbände Oberbayern und Braunschweig weitere Projektpartner. Mit der Schaffung eines (über-)verbandlichen Lernnetzwerks zu Personalbindungskonzepten in der Altenpflege möchte die AWO aktiv dem Fachkräftemangel in der Pflege begegnen. Das Verbundprojekt soll langfristig dazu beitragen, die Beschäftigung von arbeitsfähigen, kompetenten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen AWO-Einrichtungen zu sichern. In dem Projekt werden Strategien und Maßnahmen zur Personalbindung in der stationären Altenpflege durch den Bundesverband recherchiert,

Das neue Akademie-Team (v.l.n.r.): Stephanie Winkler (Verwaltung), Janine Haße (Verwaltung), Karin Kunert (Referentin Sozialmanagement), Christiane Bieck (Projektassistentin Lernnetzwerk), Karin Kaltenbach (Akademieleiterin), Katharina Wiegmann (Projektleiterin Lernnetzwerk), Lydia Zimmermann (Verwaltung), Dorina Kunzweiler-Holzer (Bildungsreferentin).

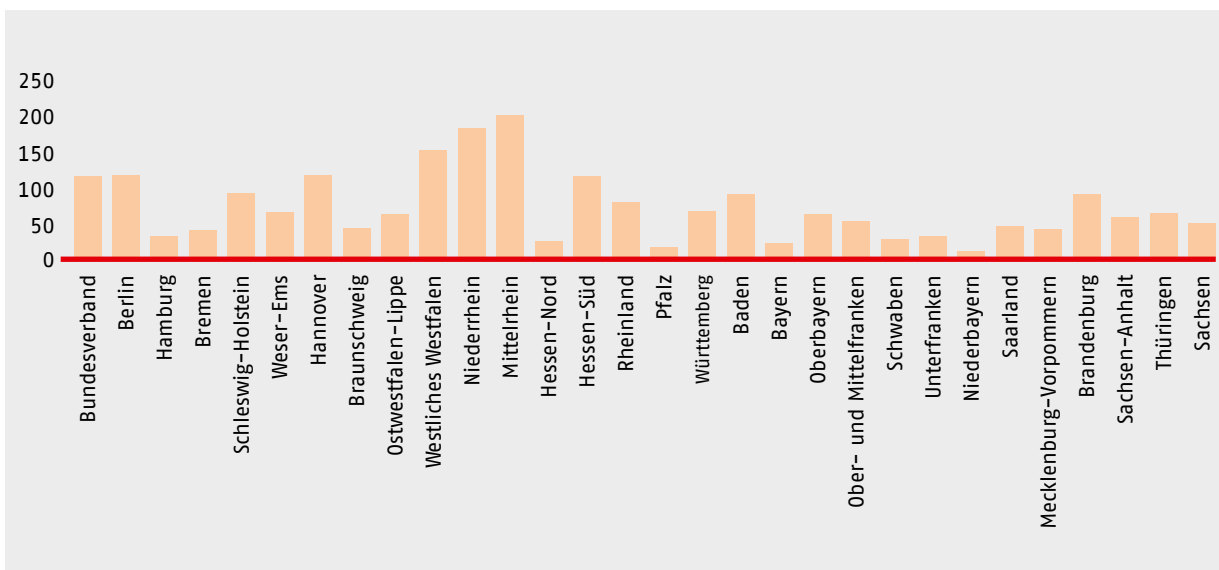


gebündelt und bewertet. Eine wichtige Aufgabe ist die Vernetzung aller Akteure innerhalb der AWO im Bereich Personalbindung. 2012 startete das Lernnetzwerk mit einem Treffen anderer Projekte aus dem ESF-Programm „rückenwind“, die den fachlichen Austausch untereinander intensivieren werden. Kernstück der Aktivitäten des Bundesverbandes bildet die Qualifizierung „Aktiv gegen den Fachkräftemangel – Personalbindung in der stationären Altenpflege“, die sich an Führungskräfte in der stationären Altenpflege aus allen Bezirks- und Landesverbänden richtet. Sowohl die Aktivitäten des Bundesverbandes als auch die der beiden Bezirksverbände bilden die

Basis für das Lernnetzwerk, aus dem heraus ein breites Spektrum von erfolgreich erprobten Maßnahmen durch Expertenworkshops in den Verband hinein transferiert werden sollen.

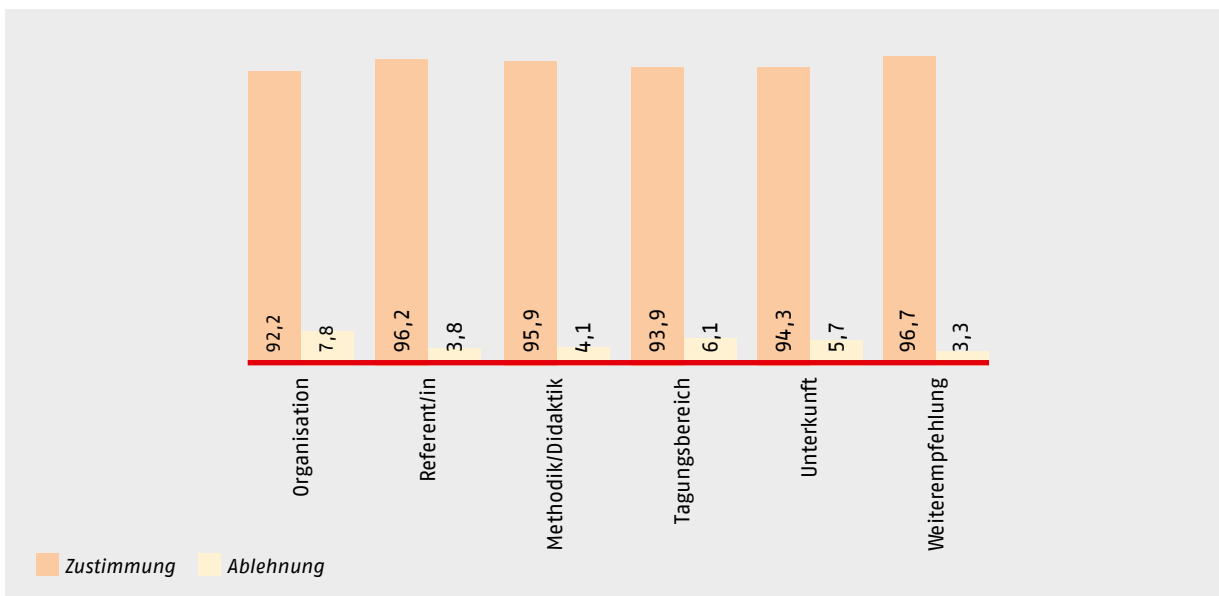
Überblick über das Fortbildungsgeschehen 2012 in Zahlen

2012 wurden 142 Weiterbildungsveranstaltungen und fünf Fachtagungen mit insgesamt 2.359 Teilnehmenden an unterschiedlichen Seminarorten Deutschlands durchgeführt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der Teilnehmenden innerhalb der Landes- und Bezirksverbände auf.



Die AWO Bundesakademie evaluiert ihre Veranstaltungen regelmäßig und bezieht die Rückmeldungen kontinuierlich in die Verbesserung ihrer Prozesse ein.

Die Teilnehmenden waren überwiegend mit der Qualität der angebotenen Veranstaltungen zufrieden, dies zeigt sich in der nachfolgenden Grafik:



Besondere Highlights aus unserem Programm

Sozialmanagement

Unter dem Motto „FIT FÜR DAS MANAGEMENT“ hat die AWO Bundesakademie auch 2012 wieder eine Reihe von Veranstaltungen, Seminaren und Workshops für Führungs- und Leitungskräfte der Sozialwirtschaft angeboten, die ihre Unternehmen und Einrichtungen „fit für die Zukunft“ machen wollen.

Das Angebot zu allen führungsrelevanten Themen umfasst schwerpunktmäßig die Vermittlung von betriebswirtschaftlichem Know-how, Personalführungskompetenz sowie Qualifizierungen in Schlüssel- und Medienkompetenz und das Qualitätsmanagement. Besonders großer Nachfrage erfreut sich die methodisch und konzeptionell modifizierte Zertifikatsreihe „Weiterbildung zur Sozialwirtin/zum Sozialwirt“ und trifft mit den Themen und der flexiblen, modularen Gestaltung den Puls der Zeit. 2012 konnte die hochkarätige Zertifikatsreihe „Führen mit Mediationskompetenz – Ausbildung zur Mediatorin/zum Mediator“ zum zweiten Mal starten, die ein verbandlich wichtiges Thema aufgreift und auf entsprechendes Interesse bei den Führungskräften stößt.

Die Seminare zum Thema Führung verzeichnen insgesamt eine ausgezeichnete Resonanz, und ein besonderes Highlight war sicherlich der „etwas andere Workshop für Führungskräfte – Führen lernen im Weinberg“, der bei den Teilnehmenden übereinstimmend große Begeisterung ausgelöst hat.

Qualifizierungen im Arbeitsfeld Kita

In den letzten Jahren wurden verstärkt Angebote in diesem Arbeitsfeld aufgebaut, die sehr gut nachgefragt sind. Das Portfolio enthielt 2012 folgende Zertifikatsreihen, die sich an Fach- und Führungskräfte im frühpädagogischen Bereich richten:

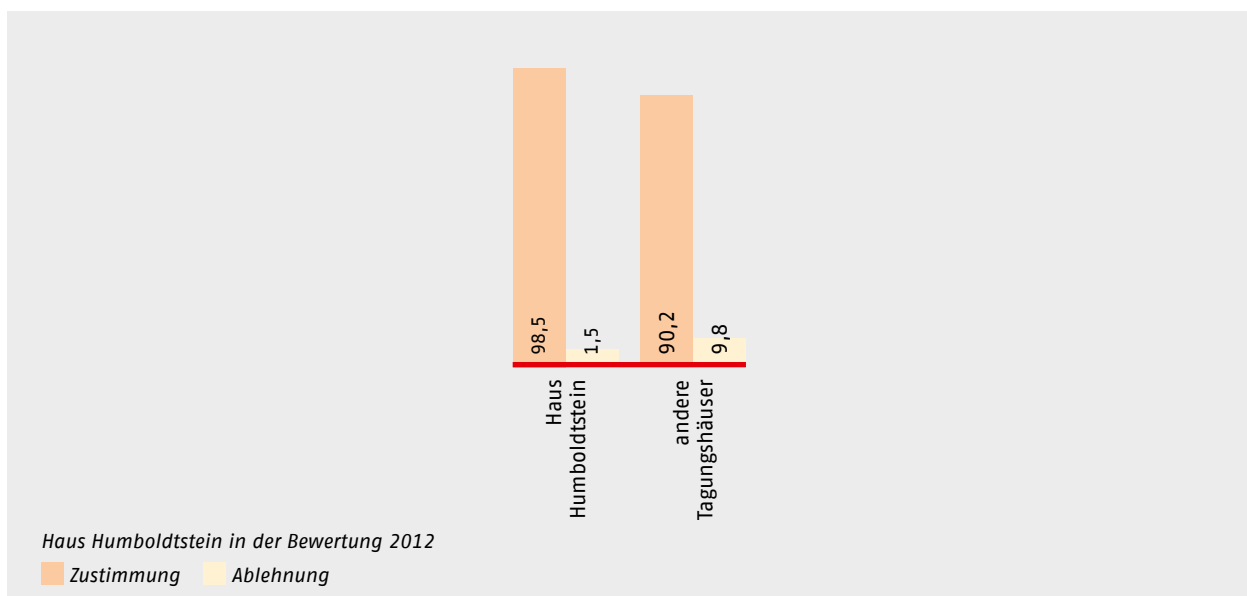
- Management von Tageseinrichtungen für Kinder
- Fachkraft für Frühpädagogik U3
- Kinderstube der Demokratie
- Der positive Blick auf das Kind

Kooperation mit Hochschulen

Die AWO Bundesakademie war bis Ende 2012 Kooperationspartnerin des Transferzentrums für Sozialwirtschaft, gemeinsam mit der Hans-Weinberger-Akademie und der Leuphana Universität Lüneburg. Diese Kooperation wurde zum Jahresende aufgelöst, jedoch bleibt die Zusammenarbeit der AWO Bundesakademie mit Hochschulen ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Haus Humboldtstein

Das AWO-Tagungszentrum Haus Humboldtstein mit Sitz in Remagen-Rolandseck ist ein traditionsreicher Ort für die Weiterbildung in der AWO. Das Team vom Tagungshaus ist offen für die Wünsche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und bietet eine freundliche und anregende Atmosphäre für Kontakte und Vernetzungen und fördert so den informellen Austausch. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerteten das Tagungshaus im Vergleich zu anderen Orten deutlich positiv. Der AWO Bundesverband setzt sich dafür ein, dass der Standard in der Bildungsstätte kontinuierlich weiterentwickelt wird.



I AWO-QM, Geschäftsstellen-QM



Die Stabsstelle AWO-QM, Geschäftsstellen-QM ist verantwortlich für das Qualitätsmanagement der AWO. Darunter fallen die Erarbeitung der konzeptionellen

Grundlagen, die Entwicklung der AWO-Normen, die AWO-QM-Zertifizierung, das Wissensmanagement, der AWO-Ethikrat und der Schutz der Verbandswerte.

Weiterentwicklung des AWO-QM-Konzeptes

Die verbindlichen AWO-Qualitätskriterien wurden 2012 weiterentwickelt für die Kriterienbereiche der Interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Diensten und für die Nachhaltigkeit. Die mit der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) vorgenommenen rechtlichen Erweiterungen hinsichtlich der QM-Zertifizierung von Bildungseinrichtungen, Eingliederungs- und Vermittlungsmaßnahmen wurden in die AWO-Normen „Beschäftigungsförderung/Arbeitsmarktprojekte“ und „Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“ eingearbeitet. Alle maßgeblichen Rahmenvertragspartner/innen der AWO, die die AWO-QM-Zertifizierungen durchführen, sind seit August 2012 als anerkennende Stelle für die AZAV akkreditiert. Damit konnte die Kompatibilität des AWO-QM-Konzeptes gegenüber den gesetzlichen Entwicklungen in diesen Arbeitsfeldern hergestellt werden.

Im Arbeitsfeld „Stationäre medizinische Rehabilitation“ endete am 30. September 2012 die Übergangsfrist für die nach SGB IX gesetzlich verpflichtende QM-Zertifizierung. Die rehaspezifische AWO-QM-Zertifizierung, die ein zugelassenes Verfahren darstellt, konnte bei allen betroffenen Rehabilitationseinrichtungen umgesetzt bzw. verbindlich geplant werden. Insbesondere die Mutter/Vater-Kind-Kureinrichtungen waren als bedeutendes Arbeitsfeld der AWO in den Vorjahren intensiv mit der Umsetzung der festgelegten Anforderungen befasst.

QM-Entwicklung im Verband

Oberste Priorität stellte 2012 das „Konzept zur Übergangsgestaltung der Zertifizierungsverpflichtung im Rahmen der Magdeburger Beschlüsse“ und dessen Umsetzung dar. Das Konzept konkretisiert den zeitlichen Rahmen für die Umsetzung der Zertifizierungsverpflichtung ausgegliederter AWO-Unternehmen entsprechend den Verbandsbeschlüssen von 2007. Soweit die Zertifizierungen noch nicht erfolgt sind, sind verbindliche Projektpläne zur Umsetzung der Anforderung vorzulegen. Zur Unterstützung und Steuerung des Übergangskonzeptes wurde eine Reihe von Arbeitsmaterialien und Arbeitshilfen entwickelt. Gleichzeitig wurde die Datenerhebung über ausgegliederte AWO-Unternehmen systematisiert.

Auf Ebene der Landes- und Bezirksverbände (LV/Be) sind zum Stichtag 31. Dezember 2012 insgesamt 38 ausgegliederte AWO-Unternehmen bereits AWO-QM-zertifiziert – das entspricht einer Zertifizierungsquote von 34,2%. Auf Ebene der Kreisverbände (KV) sind 21 Unternehmen zertifiziert (Zertifizierungsquote: 9,4%).

Gleichzeitig liegen 124 verbindliche Projektpläne vor, in denen der Weg zur Zertifizierung in Form von Meilensteinplanungen festgelegt und beschrieben ist. Die Projektpläne beziehen sich mehrheitlich auf AWO-Unternehmen von Kreisverbänden (93 Projektpläne). In 31 Fällen handelt es sich um Ausgliederungen aus Landes- und Bezirksverbänden. Dies ergibt folgenden Umsetzungsstand:

	Zertifizierung	Projektplan		Gesamt
	erfolgt	liegt vor	noch offen	
LV/Be	34,2%	27,9%	37,9%	100%
KV	9,4%	41,5%	49,1%	100%

AWO-Positionen zu ethischen Grundsatzfragen

Anlässlich der breiten öffentlichen und kontrovers geführten Diskussion um die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik befassten sich das Präsidium des Bundesverbandes und der AWO-Ethikrat intensiv mit ethischen Fragestellungen, die den Beginn des Lebens betreffen. Die AWO-Positionen, die dabei entwickelt wurden, sollen Trägern und Einrichtungen, Mitgliedern und Mitarbeitenden eine Orientierung geben zu ethischen Fragen in Bezug auf die Themen Sexualität, Familienplanung und Schwangerschaft. Darin werden sowohl altbewährte Positionen wie beispielsweise die Freigabe des Schwangerschaftsabbruches überprüft als auch die Weiterentwicklung der medizinisch-technischen Möglichkeiten im Rahmen der vorgeburtlichen genetischen Diagnostik diskutiert. Die AWO befürwortet eine kritische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Pränataldiagnostik, sie steht ihrer routinemäßigen Anwendung zur Diagnose nicht therapierbarer genetischer Auffälligkeiten ablehnend gegenüber. Die AWO fordert stattdessen die Schaffung gesellschaftlicher und institutioneller Rahmenbedingungen, die Familien mit behinder-

ten Kindern Unterstützung und Akzeptanz sowie eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen.

In einer weiteren grundlegenden Arbeit beleuchtet C. Wolfgang Müller die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt der ersten Jahre darauf hin, welche ethischen Grundorientierungen in den 1920er-Jahren dem Handeln der AWO zugrunde lagen. Gerade diese Jahre waren geprägt von Haltungen, die bis heute zur werteorientierten Grundausrüstung der AWO gehören und die sie mit ihrer verbandlichen und sozialpolitischen Arbeit wie auch im Rahmen ihrer sozialen Dienstleistungen zur Geltung bringen will. Diese Grundpositionen („Mit uns zog die neue Zeit. Erinnerungen an wegweisende Worte der Arbeiterwohlfahrt“) richten sich daher auch vor allem an Mitglieder, ehrenamtlich und freiwillig Tätige sowie Mitarbeitende. Sie flankieren die Bemühungen zur Sicherung einer werteorientierten unternehmerischen Tätigkeit der AWO.

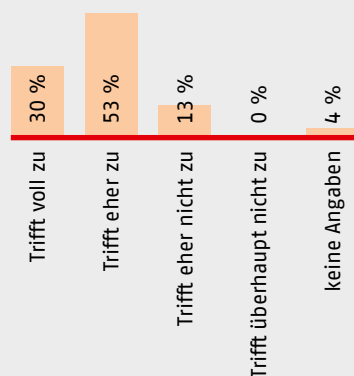
Qualitätsmanagement in der Geschäftsstelle

Die grundlegende Umgestaltung des internen Qualitätsmanagementsystems, die einer dezentralen Konzeption folgt, konnte 2012 abgeschlossen werden. Die nachfolgende Rezertifizierung der Bundesgeschäftsstelle des Bundesverbandes wurde erfolgreich absolviert.

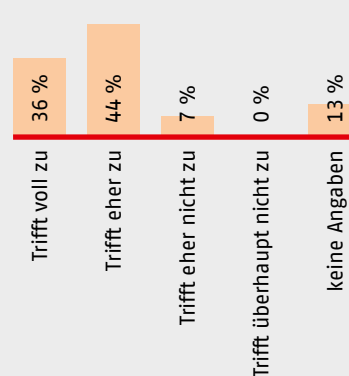
Im Rahmen einer großen Kundenbefragung zur Zufriedenheit mit der fachlichen Arbeit attestierten die Landes- und Bezirksverbände dem Bundesverband eine sehr gute Arbeit. Mehr als drei Viertel der Befragten aus den Geschäftsführungen (83 %) und der Befragten aus den Arbeitsebenen (80 %) waren voll zufrieden oder eher zufrieden.

Im Rahmen einer differenzierten Auswertung in den Abteilungen und Arbeitsgebieten wurden die Ergebnisse und insbesondere die Hinweise auf Verbesserungspotenziale in die weitere Qualitätsplanung und den kontinuierlichen Verbesserungsprozess aufgenommen.

Grad der Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle aus Sicht der Geschäftsführungen/Vorstände der Landes- und Bezirksverbände



Grad der Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle aus Sicht der Arbeitsebenen der Landes- und Bezirksverbände



Nachhaltigkeit in der AWO

Vor dem Hintergrund des siebten Leitsatzes der AWO – „Wir handeln in sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und internationaler Verantwortung und setzen uns nachhaltig für einen sorgsamem Umgang mit vorhandenen Ressourcen ein“ – hat der Bundesverband seine Aktivitäten zur Umsetzung von nachhaltigem Handeln in Einrichtungen und Diensten der AWO intensiviert. Dieser neue Arbeitsschwerpunkt wurde in der Stabsstelle AWO-QM des Bundesverbandes angesiedelt. In einem ersten Analyseprozess, welcher auch eine Anfrage an die Landes-, Bezirks-, und Kreisverbände beinhaltete, wurde festgestellt, dass insbesondere die ökologische Dimension nachhaltigen Handelns in der AWO verstärkt werden sollte.

Auf der Bundeskonferenz 2012 wurde einem Leit-antrag des Präsidiums des Bundesverbandes zu 100 % zugestimmt, der eine Selbstverpflichtung der AWO beinhaltet und nicht nur die Einrichtungen und Dienste, sondern auch den Bundesverband selbst verstärkt in die ökologische Pflicht nimmt. Mit dieser Beschlusslage wurden die maßgeblichen Grundlagen für das Projekt „Nachhaltigkeit“ und die weitere verbandspolitische Entwicklungsarbeit geschaffen. Die Arbeit an der Entwicklung und Umsetzung eines Umweltschutzkonzeptes in der Geschäftsstelle des Bundesverbandes hat 2012 bereits begonnen.

| Arbeit, Soziales, Europa

Integration in den Arbeitsmarkt, Fördermöglichkeiten für besonders benachteiligte Personengruppen, Ausgestaltung von Angeboten einer sinnvollen öffentlich geförderten Beschäftigung und Jugendberufshilfe sind ebenso Schwerpunktthemen der Ab-

teilung wie die Organisation und Durchführung von Jugendaustauschen, das Anstoßen gesellschaftlicher Debatten rund um das Problem der steigenden Armut und die Schwächen der nationalen und europäischen sozialen Sicherungssysteme.

| Bereich: Arbeit

Arbeitsförderung nach der Instrumentenreform

Die 2011 verabschiedete sogenannte Instrumentenreform in der Arbeitsmarktpolitik hatte harte Einschnitte in der Arbeitsförderung zur Folge. Sie setzt die im Jahr 2010 beschlossenen Sparmaßnahmen der Bundesregierung um. Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ bewirkt, dass besonders benachteiligte Menschen kaum noch Förderungen erhalten. Die Anforderungen an öffentlich geförderte Beschäftigung wurden so weit heraufgesetzt, dass sie nur noch in Ausnahmefällen realisierbar sind. Flankiert wurde dies konsequenterweise durch weitere Kürzungen im Haushalt der BA für die Arbeitsförderung. Gleichzeitig wurden die Zertifizierungs- und Akkreditierungsanforderungen an Träger im Bereich der Arbeitsförderung umfassend verändert und ausgeweitet. Die AWO hat auf die einschneidenden Veränderungen bereits früh im Jahr in ihrer täglichen Arbeit durch Informationen und Beratungen sowohl im Dialog als auch in den zuständigen Gremien reagiert und mehrere Veranstaltungen organisiert, um dem hohen Bedarf nach Information und Austausch gerecht zu werden.

Am 15./16. März 2012 hat sie eine Konferenz organisiert, bei der mit einschlägigen Expertinnen und Experten zum einen die Reform und ihre Bedeutung erörtert wurde, zum anderen aber auch Alternativen diskutiert wurden. So hat beispielsweise Dr. Henk Vinken, der eine Studie für das BMAS erstellt hat, über soziale Aktivierung in den Niederlanden berichtet, Michael Goedeke von der Arbeitsstiftung Hamburg erläuterte seine Erfahrungen mit der Einbindung von Unternehmen. Im Rahmen der BAGFW war die AWO zudem maßgeblich an der Organisation und Durchführung einer Tagung beteiligt, die sich an die Vertreter/innen freier Träger in den Beiräten der Jobcenter wendete.

Sozialer Arbeitsmarkt

Um wieder Perspektiven für Benachteiligte zu schaffen, hat die AWO im Anschluss an den Workshop und eine Beratung des Arbeitskreises Ar-

beitsmarktpolitik der Geschäftsführerkonferenz durch Dr. Peter Kupka vom IAB ein eigenes Konzept für einen Sozialen Arbeitsmarkt entwickelt, das auf Initiative des Präsidiums im November auf der Bundeskonferenz beschlossen wurde. Gleichzeitig hat die AWO u. a. mit anderen Verbänden zu diesem Thema die Politik beraten, so etwa bei Anhörungen der SPD-Fraktion sowie der Grünen-Fraktion im Bundestag und in einer Reihe weiterer Gespräche und Beratungen.

Gleichzeitig wurde die Arbeit im Bereich der arbeitsmarktlichen Integration behinderter Menschen intensiviert. Die AWO ist in einem vorbereitenden Ausschuss der Aktion Mensch zum Thema Arbeitsmarktintegration aktiv.

Neue Träger- und Maßnahmezulassung

Bei allen o.g. Veranstaltungen waren neben den generellen Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der Arbeitsförderung auch die neuen Akkreditierungsmechanismen ein wichtiges Thema. Am 11. Mai hat die AWO einen Informationsworkshop organisiert, bei dem die neuen Bedingungen und Maßgaben umfassend dargelegt wurden. Außerdem gab es eine Gelegenheit, Fragen und Anmerkungen direkt an die zuständigen Stellen z.B. bei der Bundesagentur für Arbeit zu adressieren.

Die AWO-Normen im Bereich Beschäftigungsförderung, Jugendsozialarbeit sowie Aus- und Weiterbildung mussten in Folge dieser Neuerungen angepasst werden. Dieser Prozess wurde ebenfalls im Jahr 2012 angestoßen.

Interkulturelle Öffnung der Jugendberufshilfe

Meilensteine wurden in der Interkulturellen Öffnung erreicht. Selbstverständlich betreuen Einrichtungen der Jugendberufshilfe junge Menschen mit Migrationshintergrund. Aber ein Bedarf nach Konzepten Interkultureller Öffnung wird eben häufig erst erkannt, wenn die Kommunikation scheitert oder es zu irritierenden Situationen kommt, die man sich nicht erklären kann. Anfang Mai wurden daher Jugendliche mit Migrationshintergrund aus AWO-Einrichtungen zu ihren Erwar-

tungen und Erfahrungen in der Jugendberufshilfe und dem Übergang Schule–Ausbildung befragt. Die Ergebnisse flossen in die Arbeitshilfe „Interkulturelle Öffnung in der Jugendberufshilfe – eine Arbeitshilfe für die Praxis“ ein. Eine begleitende Expertengruppe aus Fachkräften der Jugendberufshilfe sowie der Jugendmigrationsdienste begleitete den Prozess.

Übergang Schule–Beruf

Die Herausforderungen am Übergang Schule–Beruf der letzten Jahre bleiben bestehen, und die AWO erarbeitete mit dem Arbeitskreis Arbeitsmarkt der Geschäftsführerkonferenz ein Positionspapier zum lokalen Übergangmanagement, das auf der Bundeskonferenz als Leitbeschluss verabschiedet wurde. Auf zwei sogenannten Jour–Fixe–Tagungen im März und November 2012 organisierte die AWO einen intensiven Austausch zwischen AWO–Trägern, die am Übergang Schule–Beruf aktiv sind. Die Teilnehmenden haben im Jahr 2011 an einer Entwicklungswerkstatt Übergang Schule–Beruf teilgenommen und diskutieren nun regelmäßig aktuelle Anforderungen zum Übergangsgeschehen. Das Thema der beiden Workshops waren Personalentwicklungskonzepte für den Fachbereich. Welche speziellen Anforderungen bestehen für Personal in diesem Bereich, welche Konzepte gibt es, um diese umzusetzen? Der Bereich Übergang Schule–Beruf ist durch instabile Finanzierungsbedingungen gekennzeichnet, die ein kontinuierli-

ches Arbeiten mit Jugendlichen wie auch mit Personal häufig erschweren.

Die Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit hat hierzu in den vergangenen Jahren beigetragen. So fand am 23. April 2012 ein Gespräch mit Referenten der AWO mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg zu den Auswirkungen der aktuellen Praxis statt. Darüber hinaus ist die AWO in Gremien des Kooperationsverbands Jugendsozialarbeit vertreten, der auch in einem engen Dialog mit der Bundesagentur steht. Im Dezember 2012 fand hierzu ein Expertengespräch in Frankfurt statt, bei dem die Zwischenergebnisse einer Expertise zur Vergabepaxis in europäischen Ländern vorgestellt wurden.

Am 24. und 25. Oktober 2012 organisierte die AWO mit dem Referat Berufliche Bildung des AWO Kreisverbands Nürnberg einen zweitägigen Workshop zum Thema Vergabe. Die Teilnehmenden wurden praxisnah darüber informiert, welche Schritte von der Ausschreibung bis zum Zuschlag wichtig sind. Auf der Arbeitstagung „Trends in der Arbeitsmarktpolitik“ am 24. und 25. September 2012 organisierte die AWO einen Austausch mit der Wissenschaftlerin Prof. Dr. Ruth Enggruber von der Fachhochschule Düsseldorf. In dem Austausch ging es um Überlegungen, wie eine inklusive Berufsausbildung gestaltet werden kann. Die Herausforderungen sind noch zahlreich, sodass dieses Thema auch in den nächsten Jahren hoch auf der Agenda der AWO stehen wird.

I Bereich: Soziales

Sozialwirtschaft, Soziale Arbeit und soziale Innovationen

Vor dem Hintergrund von Mittelkürzungen und zunehmender Armut gerät die Soziale Arbeit stellenweise unter Druck. Im Jahr 2012 war auch die Freie Wohlfahrtspflege zum Teil überzogener Kritik ausgesetzt, die klare Stellungnahmen und Gegenpositionen erforderlich machten. Immer wieder wurde mit Pressearbeit und in Gesprächen und Beratungen auf die zum Teil prekäre Lage im Bereich der Sozialen Arbeit hingewiesen. Die neue Debatte um das Themenfeld „Soziale Innovationen/Soziales Unternehmertum“ wurde von der AWO intensiv begleitet. So wurden beispielsweise der Beitrag „Soziale Innovationen: Neue Debatten – neue Wege für die Sozialwirtschaft?“ in der TuP Nr. 6/2012 veröffentlicht und ein Positionspapier „Soziale Innovationen“ auf den Weg gebracht. Auf der Tagung „Trends in der Arbeitsmarktpolitik“ am 24. und 25. September in Rolandseck hatte Frau

Dr. Britta Wagner vom Nürnberger xit die Gelegenheit, mit den Teilnehmenden das Konzept des Social Return on Investment (SRI) zu diskutieren. Mit dem SRI wird versucht, die Ergebnisse von Sozialer Arbeit monetär abzubilden.

Gleichzeitig hat die AWO intensiv an der Erstellung eines Positionspapiers der BAGFW mitgearbeitet, das noch 2012 verabschiedet wurde. Um die Innovationsfähigkeit der AWO stärker als bisher auch nach außen zu tragen und die träger- und gliederungsübergreifende Arbeit in diesem Zusammenhang zu fördern, wurde auf der Internetseite der AWO eine Innovationsdatenbank gelauncht, auf der AWO–Einrichtungen und –Träger ihre innovativen Ideen und Projekte veröffentlichen können. Bei mehreren Gelegenheiten hat die AWO durch Vorträge und Statements für mehr Informationen im politischen Raum gesorgt, so etwa bei einer von SOLIDAR organisierten Tagung am 28. November 2012 in Brüssel, bei der hochrangige Vertreterin-

nen und Vertreter der EU-Kommission sowie aus Wissenschaft und Verbänden teilnahmen. Auf unsachgemäße Darstellungen der AWO wurde klar reagiert. So fand am 26. März 2012 im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Bundestags eine Anhörung zum Thema „Grundrechte der Beschäftigten von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen stärken“ statt, in der die Argumentationen eine Richtung erhielten, die zulasten der AWO zu interpretieren war. Die AWO hat unmittelbar reagiert und erreicht, dass ihre Stellungnahme, die der Versachlichung diene und für ein Zusammengehen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege plädierte, noch als offizielles Papier im Ausschuss verteilt wurde.

Bekämpfung von Altersarmut – Einmischen in die Rentendebatte

Die Angst um die eigene Zukunft im Alter ist eine zentrale Sorge der Menschen in Deutschland, das zeigen nicht zuletzt die Daten des AWO-Sozialbarometers vom Januar 2013. Daten belegen, dass ohne massives Gegensteuern immer weniger Menschen von ihren Renteneinkommen leben können. Gründe dafür sind die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Zunahme atypischer Beschäftigung sowie die Rentenreformen seit 2001. Die AWO hat sich in die Debatte massiv eingemischt, sie an vielen Stellen auch vorangetrieben. Insbesondere das Konzept der Zuschussrente oder Lebensleistungsanerkenntnisrente der Bundesregierung wurde als mangelhaft kritisiert. Die Voraussetzungen, um eine solche Zuschussrente zu beziehen, waren so hoch, dass kaum jemand davon hätte profitieren können. Zwei Mal, am 13. April 2012 sowie am 10. August 2012, hat die AWO zu den jeweiligen Entwürfen umfassend Stellung genommen. Darüber hinaus hat die AWO die Beitragssatzsenkung in der Rentenversicherung offen und schriftlich kritisiert.

In Kooperation mit dem Bremer Zentrum für Sozialpolitik hat die AWO am 24. Oktober eine Tagung „Zukunftsproblem Altersarmut“ organisiert, zu der rund 80 Gäste erschienen sind. Mit der Tagung, bei der ausgewiesene Fachleute mit Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verbänden diskutierten, ist es gelungen, die Debatte zu befeuern. Neben diesen Aktivitäten hat die AWO sich aktiv in die Arbeit einer Netzwerkgruppe beim Verbraucherzentrale-Bundesverband eingebracht und auch dort Workshops zum Thema organisiert und sich mit anderen Verbänden ausgetauscht, um auf diese Weise eine breitere Fachöffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde in einer Entwurfsfassung den Verbänden zur Stellungnahme übergeben. Die AWO hat trotz kurzer Frist am 27. November eine Kommentierung an die Bundesregierung verschickt. Kritisiert wurden Verfahren und an einigen Stellen Methoden bei der Berichtslegung. Zudem scheint immer wieder eine Individualisierung der Verantwortung für zunehmende Armut auf. Dennoch sind einige Daten enthalten, die – befreit man sie von der an manchen Stellen verfälschenden Interpretation – das Auseinanderdriften der Gesellschaft dokumentieren. Die AWO tritt in ihrer Stellungnahme für eine gesellschaftliche Erneuerung ein, die das Miteinander und die gesellschaftliche Verantwortung stärkt. Im Rahmen der politischen Kommunikation hat die AWO gemeinsam mit der Nationalen Armutskonferenz (nak), die hier ebenfalls deutlich sichtbar geworden ist, viel erreicht. Beispielhaft ist eine Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion, bei der die AWO gleich doppelt vertreten war: die AWO als Sachverständige sowie die

Fachliche Diskussionen bei der Tagung „Altersarmut“.



nak, die ihren Schattenbericht „Die im Schatten sieht man nicht“ zum Armuts- und Reichtumsbericht vorgestellt hat.

Armutsbekämpfung und Umverteilung

Politisch aktiv war die AWO in zwei Kampagnen. Zum einen setzt sie sich im Rahmen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein. Hier ist gerade 2012 viel erreicht worden. Elf Länder haben sich bereit erklärt, die Steuer einzuführen und wollen dabei die sogenannte „verstärkte Zusammenarbeit“ nutzen. Die Finanztransaktionssteuer soll auf Bankgeschäfte erhoben werden, die bislang von einer Besteuerung gänzlich ausgenommen sind. Gleichzeitig hat sich die AWO nun im Rahmen der Kampagne massiv dafür stark gemacht, klare politische Entscheidungen zur Mittelverwendung herbeizuführen, denn die Einnahmen müssen für sinnvolle Investitionen in die Zukunft eingesetzt werden. Ebenfalls begleitet und unterstützt wurden die Aktivitäten im Bündnis Umfairteilen, das im Jahr 2012 zahlreiche Aktionen organisiert hat. Dass Armutsbekämpfung immer wichtiger wird, hat die AWO aufgenommen und auch hier im Bereich der politischen Kommunikation sowie der konzeptionellen Arbeit einiges bewirkt. Auf den Weg gebracht wurde ein umfassender Antrag zu den SGB-II-Regelbedarfen mit fundierter Expertise, der vom Fachausschuss Sozialpolitik erarbeitet und auf der Bundeskonferenz der AWO im November einhellig beschlossen wurde. Der Regelbedarf ist – das ist sehr deutlich – zu niedrig angesetzt und erfordert eine transparente Neuberechnung. Auf dieser Basis hat sich die AWO dem „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ angeschlossen, das mit zahlreichen starken Partnern für eine solche Neuberechnung eintritt.

Soziale Bürgerrechte

Zu einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Bundestags am 21. Mai 2012 war die AWO als Sachverständige eingeladen. In der Anhörung hat die AWO umfassend zu „sozialen Bürgerrechten“ und dem Sanktionssystem im SGB II Stellung genommen. Zur Debatte standen zwei entsprechende Entwürfe der Fraktion der Grünen sowie der Fraktion DIE LINKE. Deutlich gemacht hat die AWO, dass die Abschaffung der besonders strengen Sanktionen für Jugendliche unabdingbar ist. Gleichzeitig ist es dringend nötig, mit verschiedenen Maßnahmen eine Kultur zu schaffen, die anerkennt, dass Krisen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes und gestiegene Anforderungen an die Qualifikationen es für Menschen mit geringer Qualifikation erheblich schwieriger machen, durch eigene Erwerbsarbeit ein auskömmliches Einkommen zu erzielen.

Nationale Armutskonferenz (nak)

Seit über zehn Jahren engagiert sich die AWO in der nak, die das Ziel hat, Menschen, die in Armut leben, eine Stimme zu geben und Selbsthilfemaßnahmen gezielt zu unterstützen. Wie schon im Jahr 2011 hat die AWO auch 2012 mit Dr. Thomas Beyer als Sprecher der nak und Carola Schmidt als Geschäftsführerin eine wichtige Rolle in der nak gespielt. Die nak war 2012 mit Blick auf ihre Artikulationsfunktion höchst erfolgreich. Am 13./14. März 2012 fand das siebte Treffen der Menschen mit Armuts- erfahrung in Düsseldorf unter dem Motto „Armut und Wohnen – Wohnen, ein Menschenrecht“ statt. Es wurde eine Resolution verabschiedet, die unter anderem eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus fordert. Am Rande fand eine Aktion unter dem Titel „... und wie schneidest Du ab?“ hohe Aufmerksamkeit. Dabei wurden in der Düsseldorfer Innenstadt symbolisch Scheren verteilt und das

| 01 Scherenaktion der nak.

| 02 Schattenbericht der nak.



Gespräch mit den Passanten gesucht. Damit wurde verdeutlicht, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht.

Mit diesen und ähnlichen Aktionen konnte die nak immer wieder auf soziale Schieflagen und politische Versäumnisse aufmerksam machen. Ein Highlight war der Schattenbericht „Die im Schatten sieht man nicht“ zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Der Schattenbericht deckt die Armutslagen schonungslos auf. Der Bericht wurde in Kooperation mit dem Berliner Straßenmagazin „strassenfeger“ erstellt und vertrieben. Auch hier gab es im Rahmen der Veröffentlichung zahlreiche Aktionen auf den Straßen sowie am 18. Dezember 2012 eine Vorstellung in der Bundespressekonferenz. Ebenfalls am 18. Dezember 2012 fand zu dem Thema ein gemeinsamer Workshop des Arbeitskreises Frankfurter Armutsforscher und der Nationalen Armutskonferenz statt, auf dem hochkarätige Wis-

senschaftlerinnen und Wissenschaftler wie z. B. Dr. Irene Becker und Professor Dr. Walter Hanesch den Entwurf der Bundesregierung kritisierten. Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und aus den Bundestagsfraktionen waren ebenfalls anwesend.

Im Rahmen ihrer politischen Arbeit hat die nak zahlreiche weitere Prozesse begleitet, wie zum Beispiel das Nationale Reformprogramm 2012, das die Bundesregierung jährlich an die Kommission übermittelt, und das neue Format eines Nationalen Sozialberichts, das ebenfalls an die Kommission adressiert wird. In beiden Fällen sind entsprechende Stellungnahmen erarbeitet worden.

Mit dem Armutsnetzwerk wurde ein neues Mitglied gewonnen und somit das Bündnis um einen guten Partner erweitert. Das bundesweite offene und unabhängige Netzwerk artikuliert die Probleme und Nöte von Menschen mit Armutserfahrungen.

| Bereich: Europa

Die deutsch-französische Kooperation

Die deutsch-französischen Kooperationen wurden vertieft. Dabei wurde der Weg begonnen, vor allem benachteiligte Jugendliche gezielter als bisher anzusprechen. Vom 19. bis 24. März 2012 fand eine deutsch-französische Fortbildung zum Thema „Internationale Kinderbegegnungen“ statt, die gemeinsam von der AWO und dem französischen Partner Les Francas in Berlin organisiert und vom Deutsch-Französischen Jugendwerk gefördert wurde. Im Anschluss entstand ein Handbuch für alle Teilnehmenden der Fortbildung. Es bietet eine Materialsammlung als Stütze für die Planung, Durchführung und Auswertung einer internationalen Kinderbegegnung.

Auf der AWO Bundeskonferenz im November 2012 wurde ein Antrag zum Thema „Förderung des internationalen Austausches“ verabschiedet, der die Beteiligung von bildungsfernen und finanziell benachteiligten Jugendlichen an internationalen Begegnungen in den Blick nimmt. Bislang nehmen diese Jugendlichen die Aktivitäten der internationalen Jugendarbeit noch zu selten wahr. Deshalb haben sich die Gliederungen mit der Beschließung des Antrags für eine Ermöglichung der Teilhabe an Auslandserfahrungen für benachteiligte Zielgruppen ausgesprochen.

Impressionen deutsch-französischer Fortbildungen.



Auf dem Weg in eine neue Förderperiode

2012 wurde intensiv damit begonnen, die Weichen für die ab 2014 einsetzende neue ESF-Förderperiode zu stellen. Nach den ausgezeichneten Erfahrungen, die unter anderem mit dem Partnerschaftsprogramm „rückenwind“ gemacht worden sind, ist es ein klares Ziel der AWO, daran wieder anzuknüpfen. Dazu mussten sowohl auf der Ebene der EU als auch auf nationaler Ebene Verhandlungen geführt und Informationen für die Beteiligten bereitgestellt werden. In Brüssel ging es darum, die entsprechenden Verordnungen und Mitteilungen aktiv zu begleiten. In Berlin wurden Vorschläge für neue Programmlinien erarbeitet und mit den zuständigen Bundesministerien diskutiert. Gleichzeitig zeichnete sich früh ab, dass Einschnitte im Haushalt wahrscheinlich würden. Die Konsequenzen, die das hätte, wurden in vielfältiger Weise kommuniziert. In diesem Zusammenhang haben sich die Wohlfahrtsverbände in Deutschland und Österreich mit einer gemeinsamen Note für die partnerschaftliche Umsetzung der sozialpolitischen Ziele der Strategie Europa 2020 in der neuen Förderperiode der EU-Strukturfonds eingesetzt.

Ein Highlight der politischen Kommunikation war die Teilnahme als Sachverständige im Rahmen einer Anhörung des Europäischen Parlaments zur Ausrichtung des ESF am 29. Februar 2012. Die Ergebnisse und Sachstände wurden immer wieder in die entsprechenden Gremien des Verbands kommuniziert und umgekehrt die Rückmeldungen in die Diskussionen eingebracht.

Berichte der Bundesregierung an die Kommission

Die Bundesregierung ist verpflichtet, jährlich ein Nationales Reformprogramm (NRP) an die Kommission zu übermitteln. Darin skizziert sie ihren Beitrag zum „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum“, zu dem die Strategie 2020 alle EU-Mitgliedsländer verpflichtet. Im März 2012 wurde das NRP vorgestellt und gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden über die BAGFW umfassend kommentiert, Vorschläge zur Verbesserung der Indikatorenauswahl zur Armutsbekämpfung gemacht und für eine Ausweitung der Ziele plädiert. So hat die BAGFW vorgeschlagen, dass nicht nur die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit (Arbeitslosigkeit über ein Jahr) aufgezeigt anzugehen ist, sondern explizit gerade die Reduzierung

der Langzeitarbeitslosigkeit der Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen.

Umfassend kommentiert wurde auch der Nationale Sozialbericht, der im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) 2012 neu aufgelegt wurde. Das BMAS wurde schriftlich und mündlich umfassend bei der Berichtslegung beraten; der am 19. Dezember 2012 vorgelegte Entwurf wurde daraufhin kommentiert. Vieles blieb noch unklar, etwa die Zielsetzungen in Bezug auf die OMK. Jedoch belegen einige Daten des Berichts in ähnlicher Weise wie der Armuts- und Reichtumsbericht eine kontinuierliche Armutszunahme seit 2007. Allein dies ist Anlass genug, die Bundesregierung darauf hinzuweisen, dass weitere Bemühungen zur Armutsbekämpfung zwingend nötig sind.

Europäisches Projekt zum sozialen Dialog in der Sozialwirtschaft

Im Rahmen des EU-finanzierten Forschungsprojekts PESSIS wurde unter Beteiligung der AWO vom Institut für Arbeit und Technik (IAT) eine deutsche Studie erstellt, die unter anderem mit Blick auf die Tarifsituation die Lage der Sozialwirtschaft beleuchtet. Gezählt wurden 1.430 Tarifabschlüsse und arbeitsrechtliche Vereinbarungen. Dieses Tarifgeflecht wird als Hemmnis für die Schlagkraft der Branche gewertet. In diesem Zusammenhang wurden die Kommission in ihrem Bemühen, einen sozialen Dialog auf europäischer Ebene zu erzeugen, beraten und mehrere Veröffentlichungen erstellt.

Die AWO für ein soziales Europa

Die AWO tritt für ein soziales Europa ein, denn Europa muss mehr sein als Binnenmarkt und Wirtschaftswachstum. Auf vielen Ebenen wird versucht, Ideen eines sozialen Miteinanders in Europa zu verbreiten und Wirklichkeit werden zu lassen. Dafür hat die AWO mit SOLIDAR einen starken Partner, mit dem sie gemeinsam aktiv wird. Im Jahr 2012 hat die AWO an verschiedenen Workshops teilgenommen, sich eingemischt und mitdiskutiert, so etwa im Rahmen des europäischen Anti-Armutsnetzwerkes (EAPN). Forderungen sind unter anderem die Sicherung eines sozialen Mindesteinkommens, bessere Zugänge zu qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungen, bessere Bildungschancen etc.

| Kinder, Jugend, Frauen, Familie

Die Schwerpunktthemen der Abteilung Kinder, Jugend, Frauen, Familie sind Tageseinrichtungen für Kinder, Kindertagespflege, Hilfe zur Erziehung,

Familienbildung, Frauen, Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe und das Projekt Kinderförderung.

| Bereich: Kinder

3. Sozialkonferenz der AWO 2012 – Kinder- und Jugendhilfe und Weimarer Erklärung

Am 21. Juni 2012 fand die 3. Sozialkonferenz der AWO in Weimar unter dem Titel „Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An-)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien“ statt. Auf der Konferenz mit ca. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem haupt- und insbesondere ehrenamtlichen Bereich der AWO standen Themen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugend- und Familienpolitik im Mittelpunkt. Ziel war es, das fachpolitische Profil der AWO in dem Arbeitsfeld und in aktuell relevanten Themen zu stärken. Zu unterschiedlichen zentralen Fragen aus den Bereichen Kindertagesbetreuung, Frühe Hilfen, Inklusion, Hilfe zur Erziehung, Familienbildung, Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe sowie Jugendverbandsarbeit wurden konkrete Forderungen erarbeitet. Der von der Bundesgeschäftsstelle erarbeitete Entwurf der „Weimarer Erklärung der AWO zur Kinder- und Jugendhilfe“ wurde auf der Konferenz erörtert und auf der folgenden Präsidiumssitzung verabschiedet. Mit der „Weimarer Erklärung“ verfügt die AWO seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder über grundlegende verbandliche Positionierungen zu wichtigen jugend- und familienpolitischen Themen.

Jetzt schlägt's 13. Die AWO-Kita-Kampagne.

Seit April 2012 führt die AWO die Kita-Kampagne „Jetzt schlägt's 13 – wer zusagt, muss auch aufmachen“ durch. Mit der bundesweiten Kampagne will die AWO darauf aufmerksam machen, dass ab dem 1. August 2013 alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte oder in Kindertagespflege haben. Überdies benennt die Kampagne Ausbauhindernisse und formuliert neben dem quantitativen Aufbau Anforderungen an eine gute Qualität. Als Trägerin von über 2.200 Kitas in ganz Deutschland begrüßt die AWO den mit dem Rechtsanspruch verbundenen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren ausdrücklich. Die Einführung des Rechtsanspruches war ein Meilenstein in der bundesdeutschen Familien- und Bildungspolitik. Kaum ein anderes Gesetz kann Familien dabei so unterstützen, Berufstätigkeit und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen. Die aktuellen Zahlen lassen vermuten, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen z.Z. sehr viel höher sein wird als in den ersten Planungen angenommen und es im August 2013 in vielen Städten und Gemeinden nicht genug Betreuungsplätze geben wird.

| 01 AG auf der Sozialkonferenz.

| 02 Vorstellung der Ergebnisse der AG.



„Profis für die Kita“ Imagekampagne der BAGFW

Unterstützt durch das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend machen die AWO und die anderen in der BAGFW zusammengeschlossenen Verbände sowie der Runde Tisch der Gewerkschaften und Berufsverbände seit 2011 auf die Zukunftsbranche Erzieherinnen aufmerksam. Die Kampagne informiert zu Rahmenbedingungen des Erzieherinnenberufs, zu Männern in Kitas und zu den Verbänden der BAGFW als Träger. Mit verschiedenen Materialien, mit Plakaten, einer Internetpräsenz und mit einem Wettbewerb „Botschafter/in gesucht“, richtet sich die Kampagne an junge Menschen in der Berufsfindungsphase. In einer zweiten Phase wird sich die Kampagne schwerpunktmäßig mit Quer- und Wiedereinsteigerinnen und -einsteigern in die Kita beschäftigen. (siehe www.profisfuerdiekita.de)

Positionspapier: Bundeseinheitliche Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Auf der Bundeskonferenz 2008 hat die AWO beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die verbindliche Qualitätskriterien und Mindeststandards entwickelt, um den quantitativen und qualitativen Ausbau des Arbeitsbereiches Kinderbetreuung einheitlich zu gestalten. 2010 konstituierte sich diese Kommission und legte im Februar 2012 ihr Ergebnis vor: Das Positionspapier „Bundeseinheitliche Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege“ der AWO stellt die zentrale Bedeutung der Auseinandersetzung mit einer vergleichbar hohen Qualität von Förderungsangeboten in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege als Grundlage für die Akzeptanz und die Wirksamkeit der Betreuungsangebote für Kinder dar.

Kompetenzzentrum für Kinderförderung

Das ESF-geförderte Kifö-Projekt beendete seine Laufzeit am 31. Juli 2012. In den vergangenen drei Jahren wurden vielfältige Beratungsgespräche zum Auf- und Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten geführt und neun Zertifikatsreihen zur „Fachkraft für Frühpädagogik U3“ mit insgesamt rund 150 pädagogischen Fachkräften realisiert. Die Qualifizierungsarbeit im Projekt wurde 2012 durch einen Film dokumentiert. Die Aufgabenfelder und Projektergebnisse wirken weiter in die Arbeit des Bundesverbandes und sorgen so für eine Nachhaltigkeit.

Die Zertifikatsreihe zur „Fachkraft für Frühpädagogik U3“ wird fester Bestandteil des Weiterbildungsangebotes der AWO Bundesakademie.

Vereinbarung zur Umsetzung der Entscheidungen des Runden Tisches Sexueller Missbrauch

Anfang Mai 2012 ist eine Vereinbarung zwischen der AWO und dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) Johannes-Wilhelm Röhrig unterzeichnet worden. In der Vereinbarung verpflichtet sich die AWO, die Empfehlungen des Runden Tisches Kindesmissbrauch mit geeigneten Maßnahmen umzusetzen. Dazu gehört es u. a., verbandliche Maßnahmen zu initiieren und durchzuführen, die zur Gewährleistung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und Diensten der AWO in Form von z. B. Qualifizierungsangeboten und verbandlichen Arbeitshilfen dienen. Vereinbart wurde weiter, dass die AWO den USBKM in dem bundesweiten Monitoringprozess unterstützt, der u. a. in Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der stationären Jugendhilfe in zwei „Erhebungswellen“ 2012/2013 durchgeführt wird. Ziel der Erhebung ist u. a., Informationen

| 01 Vortrag Prof. Dr. Sell.

| 02 Sozialkonferenz Weimar – Informationstisch.

| 03 Sozialkonferenz Weimar – Abschlussaktion.



über den qualifizierten Umgang mit der Thematik bei den Trägern zu erhalten.

Arbeitshilfe „Garantenstellung und Garantepflichten von sozialpädagogischen Fachkräften“

Im Februar 2012 ist die Arbeitshilfe zum Thema „Garantenpflichten“ erschienen. Die Arbeitshilfe bietet eine rechtliche und fachliche Orientierung für die Träger und deren Fachkräfte im Umgang mit Fällen von (möglicher) Kindeswohlgefährdung. Sie soll dazu dienen, ein fachlich qualifiziertes und risikobewusstes Handeln zu fördern, eigene Verantwortlichkeiten und Grenzen klarer zu erkennen sowie bestehende oder im konkreten Fall auftauchende Unsicherheiten zu reduzieren.

Das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis – Leitlinien der AWO für die Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Schule

Das Bundeskinderschutzgesetz verpflichtet auch die Träger der freien Jugendhilfe, von haupt- und ehrenamtlich Beschäftigten ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis einzuholen. Insbesondere für den Bereich der ehrenamtlich Tätigen existiert in der Praxis eine Reihe von Unsicherheiten in der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben. Vom Bundesverband sind die Leitlinien erarbeitet und mit relevanten Arbeitskreisen der Geschäftsführerkonferenz (GeKo) abgestimmt worden, so dass sie von der GeKo Ende 2012 beschlossen werden konnten.

| Bereich: Jugend

AWO-Positionspapier zur Ganztagschule

Mit dem veröffentlichten Positionspapier „Die AWO als Jugendhilfeträgerin in der Ganztagschule – Selbstverständnis und Erwartungen“ soll aufgezeigt werden, dass Soziale Arbeit in der Ganztagschule eine wichtige Aufgabe für die Jugendhilfe der AWO ist und zu ihrem Profil als ein innovativer freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe gehört. Die AWO begrüßt die Einführung der Ganztagschule als ein wesentliches strukturelles Element für eine Reform des Bildungssystems, das zu mehr Chancengleichheit in der Bildung führen kann. Allerdings zeigen sich in der Umsetzung erhebliche qualitative Mängel. Diese zeigen sich sowohl in der Ausstattung als auch in der erforderlichen Erweiterung des bisher auf reine Wissensvermittlung ausgerichteten Bildungsverständnisses von Schule. Die pädagogischen und didaktischen Konzepte zur Verschränkung von Unterricht und unterrichtsfreien, von Schülerinnen und Schülern mit- bzw. selbstgestalteten (Zeit-)Räumen haben noch nicht den notwendigen Standard erreicht. Für die entsprechende Weiterentwicklung der Ganztagschule kann hier die Jugendhilfe und insbesondere die Schulsozialarbeit eine Schlüsselrolle übernehmen. Deshalb beteiligt sich die AWO als Jugendhilfeträger aktiv am Aufbau der Ganztagschule. Sie will damit die Schule gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern zu einem Lern- und Lebensort für alle Schülerinnen und Schüler machen.

Bundeskongress Schulsozialarbeit

Gemeinsam mit anderen zentralen Verbänden der Jugendsozialarbeit hat die AWO im Rahmen des Kooperationsverbands Schulsozialarbeit den Bundeskongress Schulsozialarbeit „Stark für Bildung und

soziale Gerechtigkeit“ (30.11./1.12.2012) in Hannover veranstaltet. Über 400 Teilnehmende verdeutlichten den hohen Stellenwert von Schulsozialarbeit in der aktuellen Entwicklung von Schule hin zu einem ganzheitlichen Ort von Bildung, Betreuung und Erziehung mit dem Ziel, Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler einzulösen.

Bildungs- und Teilhabepaket

In der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes hat sich die AWO auch mit dem neuen Angebot der Lernförderung auseinandergesetzt und das Konzept der „sozialpädagogisch orientierten Lernförderung“ erarbeitet. Dieses soll es AWO-Trägern ermöglichen, Lernförderung nicht nur als schulfachbezogenen Nachhilfeunterricht einzusetzen. Vielmehr soll Lernförderung als pädagogisch-didaktisches Konzept für durch bildungsferne Milieus geprägte Schüler/innen dazu verhelfen, Lernen für sich selber (wieder) als einen erfolgreichen Prozess der eigenen Weiterentwicklung zu erleben und zu nutzen.

Arbeitshilfe: Evaluation und Selbstevaluation in der Jugendsozialarbeit

Im Fokus der Aufmerksamkeit für die Soziale Arbeit steht in der Öffentlichkeit die Debatte um Kosten und Nutzen ihrer Angebote und damit ihrer Wirkung für die Gesellschaft. In diesem Kontext wurde die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen forciert, die sowohl Effektivität, aber auch Effizienz der Angebote sicherstellen sollen. Eine besondere Herausforderung dabei stellt sich mit der wichtigen Frage, wie die Wirkung von pädagogischen Prozessen zur Persönlichkeitsentwicklung

und Lernförderung in den Angeboten der Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit evaluiert werden kann. Um die Träger von Angeboten in dieser Situation zu unterstützen, hat der Bundesverband gemeinsam mit Praktikerinnen und Praktikern der AWO sowie wissenschaftlichen Experten und Expertinnen eine umfassende Arbeitshilfe mit praktischen Beispielen für die Umsetzung erstellt.

Expertise: Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) – Herausforderung und Chance für die Jugendsozialarbeit

Der AWO Bundesverband hat 2012 eine Expertise in Auftrag gegeben und veröffentlicht, die darauf abzielt, zu analysieren, wie auf unterschiedlichen Wegen erworbene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen von Jugendlichen ermittelt, transparent gemacht, nachvollziehbar bescheinigt werden und damit im Bildungs- bzw. Ausbildungs- und Beschäftigungssystem Anerkennung finden können. Seit Jahren steht das deutsche Bildungssystem international in der Kritik, dass hier die Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und Herkunft so groß ist wie kaum in einem anderen Industriestaat. Eine der strukturellen Ursachen dafür ist ein sehr starres Bildungssystem, das Aufstieg und Quereinstieg in formalen Bildungsgängen äußerst erschwert. Besonders leiden diejenigen darunter, die nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule den Übergang in eine berufliche Ausbildung oder weiterführende schulische Bildung nicht schaffen. Inzwischen hat die Europäische Kommission einen Qualifikationsrahmen mit dem Ziel entwickelt, die Vergleichbarkeit von Kompetenzen in der EU, unabhängig davon wo diese erworben wurden, zu ermöglichen und damit zu einer Anerkennung für die jeweiligen Bildungssysteme und den Arbeitsmarkt zu führen. Damit verbunden ist die Absicht, lebenslanges Lernen zu unterstützen. Anfang 2012 wurde in Deutschland ein entsprechender nationaler Qualifikationsrahmen vereinbart (DQR), der in den nächsten Jahren auch die Voraussetzungen dafür schaffen soll, die Anerkennung der Ergebnisse informellen und nichtformalen Lernens zu ermöglichen.

Aus Sicht der AWO ergeben sich daraus zum einen neue Bildungschancen gerade auch für benachteiligte Jugendliche und zum anderen die Eröffnung neuer Wege für die Sicherung des Fachkräftebedarfs insbesondere auch in sozialen Berufen.

ESF-Projekt „InDuBi – Inklusion durch Bildung“

Am 1. April 2012 startete das AWO-Projekt „InDuBi – Inklusion durch Bildung“, das aus dem ESF-Bundesprogramm „weiter bilden – Initiative für berufsbegleitende Bildung“ gefördert wird.

Inklusion wird verstanden als Konzept menschlichen Zusammenlebens, das niemanden ausschließt und aktives Hinsehen erfordert, um Barrieren für Teilhabe zu erkennen und zu beseitigen. Eine inklusive Haltung bedeutet, die Vielfältigkeit von Lebensformen, Bedürfnissen und Interessen wahrzunehmen und anzuerkennen und Ressourcen daraus zu schöpfen.

Im Projekt „InDuBi – Inklusion durch Bildung“ geht es darum, sich der Herausforderung zu stellen, neue fachliche Konzepte für die pädagogische, soziale Arbeit gemeinsam mit den Teilnehmenden der Fortbildungsmodule zu entwickeln und diese praxisorientiert anzuwenden.

Das Projekt richtet sich sowohl an den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe als auch den Bereich der Altenhilfe. Die Fortbildungsreihen bieten pädagogischen und pflegerischen Fachkräften beider Arbeitsfelder die Möglichkeit, inklusive Ansätze kennenzulernen und Ideen für die Umsetzung in die eigene Praxis zu entwickeln.

Die Fortbildungen richten sich zum einen an die Fachkräfte der jeweiligen Arbeitsfelder mit dem Fortbildungsangebot „Inklusion in meinem Arbeitsfeld“ und zum anderen an die Leitungskräfte mit der Fortbildungsreihe „Prozessbegleiter/innen Inklusion“. Es werden vorhandene Strukturen auf ihre Möglichkeiten hinsichtlich der Erweiterung der Handlungsspielräume betrachtet und Barrieren der Umsetzung inklusiver Prozesse aufgespürt.

Implizites Projektziel ist die Entwicklung eines Index für Inklusion, dessen Prüfkriterien es ermöglichen, den Gesamtverband zu einer konsequent inklusiv ausgerichteten Organisation weiterzuentwickeln.

| Bereich: Frauen

Gutachten zum Rechtsanspruch

Gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsverbänden hat die AWO ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um klären zu lassen, wie der Schutz für von Gewalt betroffene Frauen in Deutschland sichergestellt werden kann und ob verfassungsrechtlich

der Bund hierfür zuständig ist. Das Gutachten „Der Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder“ wurde von dem Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Joachim Wieland und von Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms erarbeitet.

Jede vierte Frau hat im Laufe ihres Lebens Gewalt durch frühere oder aktuelle Partner erlebt. Dies hat für die Frauen nicht nur weitreichende negative gesundheitliche Auswirkungen, sondern beeinträchtigt auch ihre familiären und sozialen Beziehungen sowie ihre beruflichen Chancen. In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass es für betroffene Frauen und deren Kinder bislang keinen gesetzlich festgeschriebenen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe vor Gewalt gibt. Länder und Kommunen reklamieren ihre Zuständigkeit für das Hilfenetz, halten aber keine zureichende Infrastruktur von Schutz- und Unterstützungseinrichtungen vor.

Die derzeitige Finanzierung dieses Hilfenetzes birgt viele Unsicherheiten für betroffene Frauen und Kinder. Das Gutachten belegt, dass der Bund eine Gesetzgebungskompetenz hat. Damit kann auch die Finanzierung bundesweit verbindlich geregelt werden. Gewaltbetroffene Frauen haben einen grundrechtlichen Anspruch auf Schutz und Hilfe. Dieser Schutz darf nicht durch leere Haushaltskassen gefährdet werden.

Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe

Im Oktober 2012 führte die AWO ein Expertengespräch zum Thema „Schutz vor Gewalt in Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe der AWO“ durch.

Ziel des Gespräches war es, sich aus unterschiedlichen Perspektiven (Bewohner/innen, Mitarbeitende, Träger der Behindertenhilfe, Sexualpädagogik,

Gewaltschutz, Wissenschaft) mit den Konsequenzen, die sich aus der Umsetzung der UN-BRK und den Ergebnissen der repräsentativen Studie zur „Lebenssituation und Belastung von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ ergeben, auseinanderzusetzen.

Das Expertengespräch diente als Grundlage zur Entwicklung von Empfehlungen und Leitlinien für die AWO, die folgende Bereiche umfassen sollen:

- Achtung der Privatsphäre, unabhängig vom Aufenthaltsort
- Gleichberechtigung in allen Fragen, die Sexualität, Partnerschaften, Ehe, Familie und Elternschaft betreffen
- Schutz vor Diskriminierung und Gewalt
- Verfahren im Umgang mit Verdachtsfällen
- Verfahren im Umgang mit Gewalt durch unterschiedliche Tätergruppen (Familie, Mitbewohner/innen, Kollegen/Kolleginnen, Mitarbeitende)

Die Empfehlungen werden fachbereichsübergreifend 2013 erarbeitet und im Verband diskutiert. Sie werden neben Verfahren zur Intervention bei Verdachtsfällen und bei Gewalt insbesondere auch präventive Ansätze beinhalten, die den Schutz und die Rechte von Menschen mit Behinderung in den Einrichtungen und Diensten sicherstellen sollen. Bei der Erarbeitung der Empfehlungen ist beabsichtigt, den mit dem Expertengespräch begonnenen Ansatz, Menschen mit Behinderung an der Entwicklung zu beteiligen, fortzusetzen.

| Bereich: Familie

Projekt Elternchance

Im Rahmen des Programms „Elternchance ist Kinderchance“ des BMFSFJ ist der AWO Bundesverband seit 2011 federführender Verband im Trägerkonsortium Elternchance. Das Konsortium aus sechs bundeszentralen Trägern der Familienbildung hat im Jahr 2012 ca. 600 Teilnehmende in rund 40 Kursen zu Elternbegleitern und Elternbegleiterinnen weiterqualifiziert. 2013 und 2014 wird es wieder ein mindestens ebenso umfangreiches bundesweites Kursangebot geben.

Die Weiterbildung richtet sich an Fachkräfte aus der Sozialen und bildungsbezogenen Arbeit mit Familien. Die Kurse sind kostenfrei und bestehen aus mehreren Modulen mit Inhalten wie Bildung in Familie und Institutionen, Zugänge zu allen Eltern oder Vorurteilsbewusstsein sowie Vernetzung

und Öffentlichkeitsarbeit der Fachkräfte. Die Präsenzphasen werden ergänzt durch Selbststudium, regionale Kleingruppen und ein individuelles Praxisprojekt. Besonders wichtig ist die dialogische Ausrichtung der Kurse, die die Wertschätzung der Teilnehmenden und ihrer Erfahrungen in den Mittelpunkt stellt. Lehren und Lernen gehen ineinander über: Dozenten und Dozentinnen lernen ebenso von den angehenden Elternbegleitern und Elternbegleiterinnen wie diese von den Eltern, mit denen sie zusammenarbeiten.

In der nächsten Phase des bis Ende 2014 laufenden Projektes Elternchance befassen sich der AWO Bundesverband und das Trägerkonsortium verstärkt mit Fragen der Nachhaltigkeit und mit Einsatzmöglichkeiten der ausgebildeten Elternbegleiter und Elternbegleiterinnen.

Wer **zusagt**,
muss auch **aufmachen**.



jetzt
schlägt's

13

Ab August 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr Anspruch auf Betreuung. Das sagen die Gesetzgeber zu. Jetzt geht's ans Einhalten. Die AWO macht sich stark für mehr Kita-Plätze bei hoher Betreuungsqualität.
www.kita-kampagne.awo.org

| Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft

Die Abteilung Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft behandelt alle Angelegenheiten des Verbandes, wie die Entwicklung von Leitlinien und die strategische Verbandsausrichtung. Die Abteilung ist

mit dem Themenbereich Engagementförderung, in den zum Beispiel das Thema Freiwilligendienste fällt, betraut und hat die Aufgabe, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

| Bereich: Verbandsangelegenheiten

Wertebindung der AWO-Unternehmen

Die AWO hat im Jahr 2010 einen breit angelegten selbstkritischen Diskussionsprozess über die Wertebindung ihrer Unternehmen begonnen. Die Bundeskonferenz 2012 hat die „Eckpunkte für Wertegebundene Unternehmen der AWO“ verabschiedet. Sie stellen klar, dass die AWO vor dem Hintergrund ihrer Werteorientierung handelt. Diese Werte sind für alle verbindlich, die in der Arbeiterwohlfahrt Verantwortung tragen. Die AWO muss sich sowohl als Arbeitgeberin als auch als Anbieterin sozialer Dienste an ihre Werte binden und sich daran messen lassen. Die Sicherung der Werteorientierung ist für den Erhalt der Glaubwürdigkeit von elementarer Bedeutung. Die unternehmerischen Tätigkeiten müssen sich am Leitbild und den sozialpolitischen Forderungen orientieren. Betriebswirtschaftliche Erfordernisse und soziale Verantwortung müssen in Einklang gebracht werden.

Die „Eckpunkte für Wertegebundene Unternehmen der AWO“ enthalten Aussagen zur Unternehmenspolitik, zur Führungs- und Personalpolitik, zur Sicherung „Guter Arbeit“ in der AWO, zur Trennung von Führung und Aufsicht, zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Sozialraumorientierung sowie zum umweltbewussten Handeln.

Entgelttarifvertrag Soziales

Die AWO und der Arbeitgeberverband der AWO haben eine Initiative für einen allgemeinverbindlichen Entgelttarifvertrag Soziales ergriffen. Erklärtes Ziel ist, dass ein stetig wachsender Kosten- und Preisdruck, der es immer schwieriger macht, Soziale Arbeit zu refinanzieren, nicht zu einem Lohndumping und ruinösen Preiswettbewerb zulasten der Qualität und der Menschen gehen darf.

Im Jahr 2012 haben dazu mehrere Gespräche mit den anderen Wohlfahrtsverbänden unter Federführung der AWO stattgefunden.

Regionaltreffen 2012

Das Präsidium hat im Mai 2011 beschlossen, zur Diskussion von zentralen Fragen im Vorfeld der Bundeskonferenz 2012 vier Regionaltreffen durchzuführen: Regionaltreffen Nord am 4. Februar 2012, Regionaltreffen West am 25. Februar 2012, Regionaltreffen Mitte-Ost am 10. März 2012 und Regionaltreffen Süd am 23. März 2012.

Die Regionaltreffen haben sich mit fünf Themenkomplexen beschäftigt: Sozialpolitik, Wertegebundenes Unternehmen, Mitgliederentwicklung, Jugendwerk und Arbeiterwohlfahrt und Satzungsfragen.

Die Regionaltreffen waren als offene Foren konzipiert, in denen Meinungen und Ergänzungen zu Positionen und Vorschlägen diskutiert werden konnten. Über 460 Freundinnen und Freunde der AWO haben an den Regionaltreffen teilgenommen. Ganz besonders zu erwähnen ist die aktive Teilnahme des Jugendwerkes aus den jeweiligen Regionen. Die Diskussionsergebnisse sind zusammengetragen, in die jeweiligen Diskussionsprozesse eingebracht und für alle veröffentlicht worden. Zu allen Themen haben sich intensive, für die weitere Diskussion wertvolle Debatten ergeben. Die Regionaltreffen haben insbesondere gezeigt: Die Arbeiterwohlfahrt führt sehr offen die notwendige Diskussion über das Verhältnis zwischen ihrem anwaltschaftlichen, wertegebundenen Auftrag und ihrem Handeln als sozialer Dienstleister. Und sie bemüht sich, angemessene Lösungen zu finden.

Zusammenarbeit mit dem Jugendwerk – Junge Menschen aktiv in der AWO

Die AWO hat im Jahr 2012 ihren Diskussionsprozess um die Öffnung des Verbandes für junge Menschen fortgesetzt. Sie hat sich durch einen Bundeskonferenzbeschluss verpflichtet, junge Menschen stärker durch offene Mitwirkungsmöglichkeiten zu gewinnen. Sie hat in der Diskussion fachliche Themen der intensiveren Zusammenarbeit mit Jüngeren, insbesondere dem Jugendwerk

der Arbeiterwohlfahrt, herausgearbeitet, aber auch strukturelle Hindernisse der Öffnung identifiziert. Die Bundeskonferenz hat einen Leitfaden „Junge Menschen aktiv in der AWO“ verabschiedet, um den Gliederungen Impulse und mögliche Methoden an die Hand zu geben.

Stärkung der Mitgliederarbeit – Auftakt als Workshop in Bielefeld

Mitglieder sind die Basis der AWO: Sie setzen die Ideen, Werte und Ziele der AWO aktiv vor Ort um, gewährleisten und gestalten demokratische Verbandsstrukturen und übernehmen Verantwortung in der Aufsicht der AWO-Unternehmen. Ihrem Selbstverständnis nach ist die AWO als sozialpolitischer Interessenverband auf einen hohen Mitgliederbestand ausgerichtet und will möglichst vielen Menschen ihre Angebote zugänglich machen. Der Mitgliederbericht der ZMAV zeigt hier dringenden Handlungsbedarf: Die AWO hat in den vergangenen Jahren Ortsvereine verloren, weil es an Menschen fehlt, die Vorstandstätigkeiten übernehmen. Insgesamt erfolgen zu viele Austritte als aktiver Entschluss – hier muss die Bindung durch die Angebote und die Werte der AWO überprüft und weiterentwickelt werden. Der Mitgliederbericht zeigt auch, dass die Erreichung verschiedener Altersgruppen unterschiedlich gelingt.

Der Unterarbeitskreis Mitglieder hat einen Leitfaden entwickelt, mit dem eine genaue Betrachtung der Formen der Mitgliedschaft für verschiedene Zielgruppen und deren Bindungsformen angeregt wird. Demnach ist zwischen der allgemeinen Suche nach Mitgliedern und der speziellen Gewinnung von Funktionsträgern und -trägerinnen, Helfern und Helferinnen im Ortsverein oder Freiwilligen zu unterscheiden. Außerdem muss hinsichtlich der Zielgruppenansprache und der Bindungsfaktoren zwischen hauptamtlichen Mitarbeitenden, Menschen mit Migrationshintergrund, jungen Menschen oder Menschen im politischen Umfeld der AWO unterschieden werden.

Um diese Ansätze gesamtverbandlich und insbesondere mit Ehrenamtlichen der AWO zu diskutieren und weiterzuentwickeln, fand am 11. August 2012 in Bielefeld ein Workshop zur Mitgliederarbeit statt, der zusammen mit dem Jugendwerk veranstaltet wurde.

70 ehren- und hauptamtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten und arbeiteten gemeinsam in verschiedenen Arbeitsgruppen. Der vorgelegte Leitfaden wurde auf Grundlage der Anmerkungen aus dem Workshop überarbeitet und als Leitantrag des Präsidiums zur Entwicklung einer Gesamtstrategie in die Bundeskonferenz eingebracht und dort beschlossen.

- | 01 (v.l.n.r.): Klaus Dannhaus (Vorstand AWO OWL), Wolfgang Stadler (Vorstand AWO Bundesverband), Norbert Wellmann (Präsidium AWO OWL).
| 02 Larissa Krümpfer (Vorstand des Bundesjugendwerkes).



I Bereich: Engagementförderung

AWO-Freiwilligendienste

Im Jahr 2012 engagierten sich bei der AWO durchschnittlich ca. 2.800 Freiwillige im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und etwa 1.900 Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst (BFD). Im FSJ waren etwa zwei Drittel der Freiwilligen Frauen, im BFD engagierten sich bei der AWO ebenso viele Frauen wie Männer. Der überwiegende Teil der Bundesfreiwilligen im Verband war im Berichtszeitraum unter 27 Jahre (86%). Besonders viele ältere Freiwillige gab es in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Resümee nach eineinhalb Jahren

Bundesfreiwilligendienst

2012 war geprägt durch den weiteren Auf- und Ausbau des Bundesfreiwilligendienstes. Der BFD wurde bei der AWO erfolgreich als zweiter Freiwilligendienst neben dem FSJ etabliert. Ohne das große Engagement der beteiligten AWO Bezirks- und Landesverbände und der vielen Einrichtungen und Einsatzstellen wäre dies nicht möglich gewesen. Von Beginn an hat die AWO darauf gesetzt, beide Dienste gleichermaßen als Bildungs- und Orientierungszeit nach einheitlichen Qualitätskriterien zu gestalten. Dieser Ansatz hat sich bewährt: Er wird von den Freiwilligen positiv beurteilt und vom Bundesverband, den Gliederungen und den Einsatzstellen weiterverfolgt. Eine Hürde sind dabei die zum Teil unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen. Hier setzt sich die AWO auf Bundesebene für Verbesserungen ein. Insbesondere das im FSJ seit Langem bewährte Trägerprinzip sollte im BFD gestärkt werden.

Der Unterarbeitskreis Freiwilligendienste hat sich im Berichtszeitraum intensiv mit der Gestaltung des Bildungsangebots für Freiwillige über 27 Jahren auseinandergesetzt. Es ist und bleibt der AWO ein zentrales Anliegen, Freiwilligen jeden Alters Bildungs-, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Freiwilligendienst zu bieten. Ein wichtiger Bestandteil der Konzeption von Bildungsangeboten ist auch die Weiterentwicklung geeigneter Einsatzfelder und die Sicherung einer arbeitsmarktneutralen Ausgestaltung des BFD. Dieser darf weder Erwerbsarbeit und Arbeitsmarktinstrumente noch tradierte Formen des freiwilligen Engagements bei der AWO ersetzen.

Politisch setzt sich die AWO dafür ein, das Subsidiaritätsprinzip wieder zum grundlegenden Prinzip aller Freiwilligendienste zu machen und die staatliche Einflussnahme auf notwendige Bereiche zu beschränken. Die vielfältigen Rollen und Funktionen des Bundesamtes für Familie und zi-

vilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) sind in diesem Zusammenhang einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Qualitative Weiterentwicklung der Freiwilligendienste

Auf der jährlichen Fachtagung zu den Freiwilligendiensten wurden 2012 zentrale Aspekte der Weiterentwicklung der AWO-Freiwilligendienste diskutiert und in einem Antrag für die Bundeskonferenz zugespielt. Auch von mehreren Gliederungen der AWO wurden BUKO-Anträge zu den Freiwilligendiensten eingebracht. Die von der Bundeskonferenz gefassten Beschlüsse beinhalten im Kern folgende Aufträge: Erarbeitung einheitlicher Qualitätsziele für die AWO-Freiwilligendienste auf der Basis der bewährten FSJ-Standards; Weiterentwicklung eines attraktiven AWO-Freiwilligendienst-Profiles; Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten von Freiwilligen; Sicherung der Arbeitsmarktneutralität von FSJ und BFD; Gewinnung und Bindung von Freiwilligen für den Verband als Engagierte, Mitglieder oder künftige Fachkräfte sowie Lobbyarbeit auf Bundesebene zur Sicherung guter Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste. Im Berichtszeitraum wurden bereits erste Umsetzungsschritte unternommen, u. a. zur Weiterentwicklung der Qualitätsstandards im FSJ.

Der Bundesverband organisierte im Berichtszeitraum zwei Fortbildungsveranstaltungen für die pädagogischen Mitarbeitenden im FSJ und BFD zum Thema „Wie vermitteln wir Freiwilligen die Arbeiterwohlfahrt? – Geschichte, Leitbild, Beteiligungsmöglichkeiten im Verband“.

Zur Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten für die Freiwilligen wurde mit dem Ausbau des Gruppensprechersystems begonnen. Erstmals fanden dazu Treffen der gewählten AWO-Gruppensprecher/innen auf Bundesebene statt.

Kampagne „AWO – freiwilllich“



Unter dem Motto „freiwilllich“ startete der AWO Bundesverband am

1. April 2011 eine bundesweite Kampagne zur Bewerbung der Freiwilligendienste und des freiwilligen Engagements in der AWO. Ziel war es, insbesondere junge Menschen von 14 bis 27 Jahren als Freiwillige zu gewinnen und die Freiwilligendienste der AWO zu profilieren – sowohl den neuen Bundesfreiwilligendienst als auch das bestehende Freiwillige Soziale Jahr. Die Kampagne war

crossmedial angelegt. Die gezielte Auswahl bunter Charaktere betonte Offenheit und Vielfalt als wichtige Kennzeichen der AWO-Freiwilligendienste. Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Jahr 2012 lag auf der Entwicklung von Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit für über 27-Jährige im Bundesfreiwilligendienst und auf der Weiterentwicklung der AWO-Einsatzstellenbörse.

Die Kampagne verlief insgesamt sehr erfolgreich und fand im Juni 2012 ihren formalen Abschluss. In der Bilanz lässt sich sagen, dass die primäre Zielgruppe (junge Menschen) erreicht wurde und eine hohe Aufmerksamkeit für den Verband und die Freiwilligendienste der AWO generiert werden konnte. Dafür stehen unter anderem folgende Anhaltspunkte: Sowohl der Bundesverband als auch die Gliederungen erhielten viele Anfragen von Interessierten, die sich direkt auf die Kampagne bezogen. Die Nutzungsauswertungen der Internet- und Facebook-Seite zeigten hohe Zugriffszahlen. Außerdem wurde die Kampagne in der Medienberichterstattung aufgegriffen und auf politischer Ebene wahrgenommen. So wurde etwa der AWO Bundesverband eingeladen, die Kampagne im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages vorzustellen.

Wir wollen uns an dieser Stelle ausdrücklich für die breite Unterstützung der Kampagne im Verband bedanken! Nur durch die gleichzeitige intensive Beteiligung vieler Gliederungen wurde die Kampagne öffentlich breit wahrgenommen.

Natürlich wird auch nach Beendigung der Kampagne die Öffentlichkeitsarbeit für die Freiwilligendienste fortgesetzt. Die Kampagne war bewusst nachhaltig angelegt. Die Homepage www.awo-freiwillig.de, die Einsatzstellenbörse und der Facebook-Auftritt bleiben bestehen und werden weiterhin vom Bundesverband betreut. Auch die Druckmaterialien können weiter bestellt und eingesetzt werden.

Angesichts der demografischen Entwicklungen und eines gesellschaftlichen Drucks zur Beschleunigung der Bildungsverläufe, den viele junge Menschen empfinden, ist es keine Selbstverständlichkeit, dass sie sich Zeit nehmen für einen Freiwilligendienst. Es bleibt daher eine wichtige Aufgabe aller Akteure der AWO-Freiwilligendienste, für die Angebote zu werben und deutlich zu machen, dass diese Zeit sich lohnt: zur Horizonterweiterung, zur gesellschaftlichen Einmischung, als Engagement für andere und um Freiräume zu gestalten.

| Bereich: Bürgerschaftliches Engagement

Positionspapier Bürgerschaftliches Engagement



„Bürgerschaftliches Engagement umfasst in der AWO alle Formen ehrenamtlicher Betätigung und freiwilliger Aktivitäten in der Sozialen Arbeit“ heißt es in den Grundsätzen und Eckpunkten zur Verbandsentwicklung von Magdeburg 2007. 2011 fand hierzu ein intensiver Diskussionsprozess

statt, der mit Beschluss eines Positionspapieres auf der Bundesausschusssitzung am 25. August 2012 abgeschlossen wurde. Diese Positionsbestimmung zeigt, wie vielfältig innerhalb der AWO die Tätigkeiten sind, die unter den klassischen Begriff des Ehrenamts oder unter den neueren des Bürgerschaftlichen Engagements fallen:

- Engagement durch Mitgliedschaft
- Ehrenamt als Funktion in Vorständen/Aufsichtsgremien

- Ehrenamt als Interessenvertretung
- Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer
- Freiwillige ohne Mitgliedschaft
- Engagement in der Selbsthilfe
- Freiwilligendienste
- Förderer
- Korporative Mitglieder
- Räume für Engagement in der AWO
- Engagement im Jugendwerk

Bürgerschaftliches Engagement im Sinne der AWO meint freiwillige Verantwortungsübernahme und Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds und ist somit eine demokratische Handlung. Damit stellt es eine Form der Teilhabe und der praktizierten Solidarität im Gemeinwesen dar. Engagement ist kein Lückenbüßer für fehlende öffentliche Mittel und lässt sich auch nicht als „freiwillige Bürgerpflicht“ instrumentalisieren. Der Bundesverband kritisierte als einziger Wohlfahrtsverband öffentlich und deutlich das entsprechende Verständnis der Bundesregierung, wie es im Ersten Engagementbericht 2012 zum Ausdruck kam.



FREIWILLIG ENGAGIERT MIT DER AWO.

Mehr Infos zum Bundesfreiwilligendienst bei
der AWO für Menschen jeden Alters unter:
www.awo-freiwillich.de



freiwilllich!
Freiwillig engagiert mit der AWO.

| Kommunikation

Die Abteilung Kommunikation beschäftigt sich vor allem mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, den Neuen Medien, strategischen Kampagnen, der

Durchführung von bundesweiten Projekten und Wettbewerben und dem Tagungsmanagement.

AWO-Sozialbarometer im 2. Jahrgang

Im Juli 2010 hat der AWO Bundesverband das AWO-Sozialbarometer eingeführt. Seitdem wird zu Beginn jeden Monats nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland gefragt, um so das soziale Klima in Deutschland zu messen. Schon die Bilanz nach einem Jahr ließ keine allzu optimistische Grundstimmung innerhalb der Bevölkerung vermuten. Dies hat sich nun, so kann ohne Übertreibung festgehalten werden, bis zum Juni 2012 nicht wesentlich zum Positiven verändert. Im Gegenteil. Die Ergebnisse des AWO-Sozialbarometers der zurückliegenden 12 Monate zeigten: Lohnungleichheiten und wachsende Armut müssen weiter bekämpft werden; eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung im Pflege- und Gesundheitsbereich sollte sehr bald eingeführt und der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten massiv vorangetrieben werden. Die Herausforderungen im nationalstaatlichen Rahmen werden mittlerweile mehr denn je auch von Fragen des sozialen Zusammenhalts in Europa begleitet. Das Problem dabei: Die Menschen haben zwar eine Ahnung um die Bedeutung dieser weiteren Handlungs- und Entscheidungsebene für ihren Alltag, wissen aber nur zu selten, warum dies so ist. Die politisch Verantwortlichen sind also gefordert, eine ernsthafte Debatte über ein soziales Europa zu führen.

AWO gegen Rassismus – Aktion „5 vor 12“

Über 50.000 Mitglieder und Beschäftigte der AWO gingen am 21. März 2012 um fünf vor zwölf mit Plakaten, Trillerpfeifen und Trommeln vor die Türen ihrer Einrichtungen und Geschäftsstellen und demonstrierten gegen Rassismus. Damit hat die AWO öffentlich ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung gesetzt und ihrer Position für eine offene und tolerante Gesellschaft Nachdruck verliehen.

Bundesweit haben sich Hunderte Einrichtungen und Dienste der AWO mit ihren haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden an der Aktion beteiligt. Als Organisation der Zivilgesellschaft sieht die AWO sich in der Pflicht, öffentlich gegen Rassismus Stellung zu beziehen. Rassismus und Rechtsextremismus stehen im krassen Widerspruch zu den Werten der AWO. Aufgrund eigener historischer Erfahrungen und unserer demokratischen Grundüberzeugung stellen wir uns gegen jede Vorstel-

lung, die Menschen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder Glaube in vermeintlich minderwertige Gruppen einteilt und ausgrenzt. Wir fühlen uns den Grundwerten Solidarität, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit verpflichtet. Mit dem „Magdeburger Appell“ beschloss die AWO Bundeskonferenz bereits im Jahr 2007, gegen jede Form rechtsextremer Ideologie Position zu beziehen.

Jetzt schlägt's 13. Die AWO-Kita-Kampagne

Ab dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte oder in Kindertagespflege. Um dieses Vorhaben auch in der Öffentlichkeit immer wieder präsent zu halten, hat der AWO Bundesverband mit „Jetzt schlägt's 13“ 2012 eine bundesweite Kampagne ins Leben gerufen. Wesentliche Elemente der Kampagne waren 2012 neben Plakaten, Flyern und einer Internetseite eine Mitmach-Aktion für Statements zum Thema „Rechtsanspruch 2013, weil ...“ und ein Aktionstag zum Internationalen Kindertag am 20. September 2012. Außerdem wurde eine Studie zum Thema „Der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Deutschland vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Kreise und kreisfreien Städte“ in Auftrag gegeben. Die Studie wurde von Prof. Stefan Sell erarbeitet und wird 2013 veröffentlicht. (www.kita-kampagne.awo.org)

Neuer Internetauftritt des AWO Bundesverbandes

Der Internetauftritt www.awo.org des AWO Bundesverbandes ist seit August 2012 neu gestaltet – inhaltlich wie optisch. www.awo.org war bisher der Ort, an dem über den Bundesverband und die Arbeit der AWO auf Bundesebene berichtet und Material bereitgehalten wurde. Künftig wird es weiterhin bundesweit relevante Inhalte und Informationen auf www.awo.org geben, dies jedoch mit Blick auf den Informationsservice (www.awo-informationsservice.org) in stark reduzierter Form. Vielmehr soll www.awo.org einerseits als „Einfallstor“ für jene Benutzer/innen dienen, die Allgemeines über die AWO erfahren möchten, und andererseits auf die AWO-Angebote verweisen, die einen eigenen Internetauftritt haben. www.awo.org soll somit ein attraktiver, informativer und benutzerfreundlicher Ausgangspunkt für AWO-interessierte Internetnutzer/innen werden. In einem

weiteren Schritt wird künftig der Teil „Wir über uns“ auch in „Leichter Sprache“ angeboten.



Bundeskonferenz 2012 mit eigener Internetseite

Erstmalig wurde unter www.buko2012.awo.org eine AWO Bundeskonferenz mit einer eigenständigen Internetseite begleitet. Bereits kurz nach der Konferenz standen auf dieser Seite alle beschlossenen Anträge der Öffentlichkeit zur Verfügung. Während der Konferenz wurden zudem aktuelle Bilder und Videodokumentationen tagesaktuell eingestellt. Begleitet wurde die Konferenz außerdem durch Einträge auf den Social-Media-Anwendungen des Bundesverbandes. So konnten auch alle Interessierten, die nicht vor Ort waren, an wesentlichen Ereignissen der Konferenz teilhaben. Das Erscheinungsbild der Internetpräsenz orientierte sich bewusst an dem neuen Design der Hauptseite des Bundesverbandes www.awo.org.

AWO-Informationsservice und App „AWO Wissen“



Mit dem AWO-Informationsservice, der Anfang Februar an den Start ging, hat der Bundesverband ein völlig neues Angebot im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit eingeführt. Unter www.awo-informationsservice.org werden, nach den Fachabteilungen gegliedert, aktuelle sozialpolitische Informationen der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Dies sind u. a. Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen, Hinweise auf Publikationen, Studien und Fachveranstaltungen, Pressemitteilungen sowie interessante Neuigkeiten aus dem Verband. Über 780 Artikel wurden eingestellt, fast 40.000 Zugriffe wurden 2012 gezählt. Hinweise auf aktuelle Artikel können über einen Newsletter bestellt werden. Die Informationen können auch über die App „AWO Wissen“ gelesen werden.

AWO und Social Media

2012 ging der AWO Bundesverband auf einigen Social-Media-Anwendungen mit einem eigenen Account online. Der Facebook-Auftritt wurde professionalisiert und grafisch neu gestaltet. Ganz neu ist der Twitter-Account „@awobund“, auf dem insbesondere während der Bundeskonferenz 2012 sehr intensiv das Geschehen kommentiert wurde. Auf der Fotoplattform flickr können Fotos von Kampagnen der AWO oder von der BUKO angesehen und in verschiedenen Größen heruntergeladen werden. Der schon im Jahr zuvor eingeführte YouTube-Kanal wurde 2012 für den Gesamtverband geöffnet, sodass dort Videos aus unterschiedlichen AWO-Gliederungen hochgeladen und angesehen werden können.

Historisches Archiv

Auf der Bundeskonferenz 2012 ging das sogenannte Historische Archiv unter www.awo-historie.org online. Erstmalig steht nun allen Interessierten eine elektronische Ausgabe jener AWO-Chronik zur Verfügung, die zum 90-jährigen Bestehen 2009 veröffentlicht wurde. Die umfassende Geschichte der AWO wird im Historischen Archiv kontinuierlich aufgearbeitet und fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, dass derzeit noch kein Anspruch auf Vollständigkeit aller Dokumente und Ereignisse erhoben werden kann. Ziel ist es zugleich, die Nutzer/innen zum Mitmachen zu ermuntern. Fotos, Dokumente, Fundstücke zur Verbandsgeschichte werden gerne entgegengenommen, um das Archiv weiterzuentwickeln.

Pressearbeit

Die Pressearbeit des AWO Bundesverbandes zeichnet sich 2012 vor allem durch ihre schnelle, flexible und kontinuierliche Begleitung aller für den Verband relevanten sozialpolitischen Themen aus. Besonders im Bereich der Familienpolitik konnte sich die AWO als eine wichtige Meinungsführerin etablieren. Hier wurden vor allem der zu schleppende Ausbau der Kinderbetreuung und die Einführung des Betreuungsgeldes kritisch begleitet. Darüber hinaus standen vor allem die Themen Pflege und Rente im Fokus der AWO-Berichterstattung. Nach Auswertung der letzten Jahre wurde festgestellt, dass sich die Nennung der Arbeiterwohlfahrt aufgrund von überregionalen Presseerklärungen des Bundesverbandes vervielfacht hat. Die AWO landet auf den Titelseiten der überregionalen Zeitungen und wird zunehmend von den wichtigen Nachrichtenagenturen wahrgenommen, die unsere Meldungen in die Regionalpresse hineinträgt.



AWO

Ansicht 1-12

Es wird Zeit. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Zeit und Familie ist notwendig. Ein Heft zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zum Aufwachen im Wohlergehen.



AWO

Ansicht 2-12

Europa vor der Zerreißprobe. Es gibt kein soziales Europa, aber es muss eines geben. Nur so hat Europa überhaupt eine Zukunft. Es ist Zeit, entsprechende Debatten anzustoßen und zu führen.



AWO

Ansicht 3-12

Für Inklusion. Denn alle Menschen müssen gleichberechtigte Teilhabechancen und barrierefreie Zugänge in allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten.



AWO

Ansicht 4-12

Zukunft im Quartier. Armut, Ausgrenzung, demografische Veränderung, leere Staatskassen. Ein Heft über Herausforderungen für Soziale Arbeit vor Ort.

Jahrgang 2012 der AWO – Ansicht im Überblick.

Pressekonferenz zur Gründung des „Bündnis für Gute Pflege“

„Wir können und wollen die Situation in der Pflege nicht mehr länger hinnehmen“, erklärten am 14. Februar 2012 AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und der Präsident des Sozialverbandes Deutschland Adolf Bauer im Namen der damals zehn Partner aus Selbsthilfe und Verbraucherververtretungen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften und Berufsverbänden im Rahmen der Auftaktpressekonferenz anlässlich der Gründung des „Bündnis für Gute Pflege“. Ziel des Bündnisses war und ist es, die Situation Pflegebedürftiger sowie pflegender Menschen in Deutschland zu verbessern.

Das Bündnis sollte im Rahmen einer Pressekonferenz offiziell vorgestellt und in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Die Pressekonferenz fand auf Einladung des Vereins der Bundespressekonferenz im Hauptsaal der Bundespressekonferenz statt, was eine größtmögliche öffentliche Aufmerksamkeit ermöglichte.

Pressekonferenz der AWO/ISS-Studie „Von alleine wächst sich nichts aus ...“

Am 25. September 2012 wurde die Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) „Von alleine wächst sich nichts aus ... Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Auf Einladung der Bundespressekonferenz präsentierten der Bundesvorsitzende der AWO Wolfgang Stadler und die Leiterin des Geschäftsfeldes „Soziale Inklusion“ des Instituts für Sozialarbeit und So-

zialpädagogik (ISS) Gerda Holz dort vor zahlreichen Journalistinnen und Journalisten die Ergebnisse aus 15 Jahren Studienarbeit.

„Einmal arm muss nicht immer arm bedeuten, wenn Kinder und Jugendliche richtig gefördert werden“, fasste der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler das Studienergebnis, das auf großes Medieninteresse stieß, zusammen. Zur Lösung empfahlen AWO und ISS die Stärkung von Einrichtungen wie Kitas, Jugendzentren und Familienberatungen: „Starke Institutionen können Kindern das bieten, was sie zu Hause eventuell nicht bekommen können“, betont Stadler.

Pressekonferenz zur AWO Bundeskonferenz

Unter dem Motto „Werte leben – Geschichte bewegt Zukunft!“ veranstaltete die AWO vom 23. bis zum 25. November 2012 in Bonn ihre Bundeskonferenz. Zum Auftakt fand am Freitag, den 23. November, eine Pressekonferenz statt, bei der der Präsident der AWO Wilhelm Schmidt und der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler den Medien Rede und Antwort standen.

Ziel war es, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die AWO mithilfe der Konferenzbeschlüsse eine Balance finden möchte zwischen ihrem Selbstverständnis als sozialpolitisch und bürgerschaftlich engagiertem Traditionsverband und den Herausforderungen eines modernen Anbieters von sozialen Dienstleistungen. „Die Werte der AWO sind die Klammer zwischen unserer über 90-jährigen Geschichte und unserer Zukunft“, erklärte dazu der AWO Präsident Schmidt. Die anwesenden Vertreter/innen der Presse interessierten sich vor allem für die Rolle der AWO als Arbeitgeber und der AWO-Initiative zum „Tarifvertrag Soziales“.

| 01 Gründungs-Pressekonferenz: Präsident des Sozialverbandes Deutschland Adolf Bauer, AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und der Moderator.

| 02 Gerda Holz (ISS), der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler und die Moderatorin.

| 03 AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler.



InklusivKreativ

Zeigt uns beim Wettbewerb **InklusivKreativ**,
was Ihr unter Inklusion versteht und gewinnt tolle Preise.

Jetzt
mitmachen:
inkluskreativ.de



In Kooperation mit:



AKTION
MENSCH

| Justizariat/Personal

Die Stabsstelle Justizariat/Personal umfasst folgende Tätigkeitsbereiche:

Justizariat

Das Justizariat ist zuständig für die Beratung des Vorstandes des Bundesverbandes in allgemeinen Rechtsangelegenheiten, für die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung sowie für die Verständigung zu rechtlichen Themen auf Bundesebene. Seine Aufgabe ist es, rechtliche Probleme im Vorfeld zu erkennen, Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, mit dem Ziel, Streitigkeiten zu vermeiden.

Personal

Der Bereich Personal beschäftigt sich mit den Fragen der Personalbeschaffung und Personalverwaltung der Beschäftigten des Bundesverbandes.

Wirtschaftsrecht, insbesondere Gewerblicher Rechtsschutz

Zu den Aufgaben des Justiziariats gehört auch die Bearbeitung vielfältiger juristischer Fragen des Wirtschaftsrechts, unter anderem im Handelsrecht, Gesellschaftsrecht sowie im Vergaberecht.

Rahmenverträge und AWO-Einkaufsverbund

In der Stabsstelle erfolgt auch die vertragliche Arbeit für den Bereich der AWO-Rahmenverträge und den AWO-Einkaufsverbund.

Abschluss eines Tarifvertrages mit ver.di

Am 18. Januar 2012 schlossen der Arbeitgeberverband AWO Deutschland e.V. (AGV) und ver.di gemeinsam einen Tarifvertrag für den Bundesverband.

Für die Tarifverhandlungen wurde eine Tarifkommission eingesetzt. Die Tarifparteien bemühten sich, ein für alle Beschäftigten verständliches und transparentes Tarifwerk zu schaffen, wobei durch die Überleitung niemand schlechtergestellt werden sollte als zuvor. Die Überleitung ist Gegenstand des „Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten des Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.“ vom 18. Januar 2012. Grundlage der Verhandlungen zu dem neuen Tarifwerk waren der TVÖD und die bereits in den Ländern zwischen der AWO und ver.di vereinbarten Tarifverträge.

| Zentraler Dienst

Die Abteilung Zentraler Dienst unterstützt die Fachabteilungen bei der Durchführung ihrer Aufgaben. Dabei umfasst der Zentrale Dienst folgende Arbeitsfelder:

Betriebsdienst

Versorgung der Geschäftsstelle mit allen für die Durchführung eines reibungslosen Bürobetriebs notwendigen Materialien sowie der Büroausstattung. Darüber hinaus werden in diesem Arbeitsfeld die im Bundesgebiet vorhandenen Immobilien bewirtschaftet.

IT

Aufgabe der IT ist die Bereitstellung einer möglichst redundanten, aber auch funktionalen Arbeitsumgebung sowie die sichere Aufbewahrung der elektronischen Daten.

Verlag/Vertrieb

Der Bundesverband verlegt Informationsmaterialien und Broschüren. Diese Druckereierzeugnisse werden neben Werbeartikeln, Ausstellungen und Wohlfahrtsmarken innerhalb des Verbandes vertrieben und unterstützen die Gliederungen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Die effektive Abwicklung dieser Arbeiten obliegt dem Team des Zentralen Dienstes.

| Fördermittelmanagement

Die Abteilung Fördermittelmanagement ist die zentrale Serviceeinrichtung für die Verwaltung von Förderprogrammen des Bundes sowie einiger Stiftungen. Die Querschnittsaufgaben dienen der

sachgerechten verwaltungsmäßigen Abwicklung von Fördermaßnahmen und -projekten und der gesicherten Mittelweiterleitung an die örtlichen Projektträger.

Glücksspirale

2012 wurden 42 Projekte der Arbeiterwohlfahrt bezuschusst. Der Schwerpunkt der Anträge lag in den Bereichen „Hilfen für Beratungs- und Betreuungsdienste“ sowie „Hilfen für Seniorenarbeit“.

Der AWO Bundesverband ist allen Trägern dankbar, die durch eine medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit ihre Projekte vorstellen und die Herkunft der Fördermittel entsprechend darstellen. Dies ist wichtig, um den Bekanntheitsgrad der Lotterie zu erweitern und diese weiterhin attraktiv zu gestalten. Der Dank gilt auch und vor allem den Mitspielerinnen und Mitspielern bei der Lotterie. Erst durch ihren Spieleinsatz sichern sie die Mittel zur Förderung von sozialen Projekten.



Deutsche Fernsehlotterie

Die Arbeiterwohlfahrt erhielt 2012 aus der „Deutschen Fernsehlotterie“ rund 4,9 Mio. Euro für die Förderung von insgesamt 30 Projekten.

Schwerpunkt der Lotterie ist die Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe. Außerdem werden Einrichtungen und Projekte im Bereich Kinder-, Jugend- und Gesundheitshilfe bezuschusst. Die größte Anzahl der AWO-Anträge kommt aus dem Bereich Altenhilfe. Dabei wurden Einrichtungen des gesamten Spektrums gefördert.

Der AWO Bundesverband dankt allen Trägern, die durch die öffentliche Dokumentation der Herkunft der Mittel dazu beitragen, die Attraktivität der Lot-

terie zu steigern. Der Dank bezieht ebenso diejenigen mit ein, die durch den Erwerb von Losen für sich selbst oder auch als Präsente diese Fördermittel sichern.

Im Mai 2012 hat sich die Fernsehlotterie in „Deutsche Fernsehlotterie“ umbenannt und wirbt mit dem Slogan „macht mehr als glücklich“ – um noch mehr Aufmerksamkeit auf den guten Zweck der Lotterie zu lenken.



Kuratorium Deutsche Altershilfe

2012 erhielt die Arbeiterwohlfahrt vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) Fördermittel für folgende Bereiche:

- Spezielle Qualifizierung im Hinblick auf Schwerpunktbereiche 698.060 Euro
- Umsetzung von Quartierskonzepten 37.410 Euro
- Umsetzung von Bürgerschaftlichem Engagement, u. a. von Hilfen von älteren für ältere Menschen 148.978 Euro
- Wohnberatungsstellen für ältere Menschen 4.799 Euro
- Konzeptentwicklung und kleinere Modellvorhaben 16.000 Euro

Die Gesamtfördersumme belief sich auf 905.247 Euro.



| Finanz- und Rechnungswesen

Die wirtschaftliche Lage zum vorläufigen Jahresabschluss 2012

Der Jahresabschluss des AWO Bundesverbandes e.V. zum 31.12.2012 wurde grundsätzlich entsprechend den Regelungen des 3. Buches des Handelsgesetzbuches HGB sowie entsprechend den Bestimmungen des Verbandsstatutes und der Satzung des Bundesverbandes aufgestellt. Das Gliederungsschema der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde an die betrieblichen Besonderheiten eines Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege angepasst.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Anlagevermögen ist mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen. Die Abschreibungssätze orientieren sich im Wesentlichen an den steuerlichen Werten.

Die Bewertung des Finanzanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten. Abwertungen werden nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Der Bewertung der Vorräte liegen die letzten Einkaufspreise zugrunde. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Risiken ist durch Wertberichtigungen Rechnung getragen. Der Sonderposten aus Zuschüssen umfasst den Gegenposten für die Buchwerte langfristig genutzter Vermögensgegenstände, deren Anschaffung mit Zuschüssen finanziert wurde. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt im Verhältnis zur Höhe der jährlich hierauf anfallenden Abschreibungsbeiträge. Die Rückstellungen berücksichtigten alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Ertragslage

Die Einnahmen aus öffentlichen und privaten Zuwendungen erhöhten sich um T€ 5.292 auf T€ 35.085. Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus neu angelegten Projekten.

Die Sonstigen Einnahmen verringerten sich um T€ 142 auf T€ 1.996. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die zurückgegangenen Teilnehmergebühren der Akademie.

Die Ausgaben haben sich entsprechend den zugehörigen Erträgen entwickelt. Im Bereich Wohlfahrtsbriefmarken sind die Ausgaben um T€ 667 auf T€ 847 zurückgegangen.

Die Erträge aus Beteiligungen haben sich durch eine höhere Dividendenzahlung der BFS im Gegensatz zum Vorjahr um insgesamt T€ 165 erhöht.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen inklusive der Finanzanlagen verringerte sich um T€ 671 auf nun T€ 16.337. Neben der planmäßigen Abschreibung in Höhe von T€ 835 wurden Investitionen in den Ausbau der EDV-Technik und Büroausstattung getätigt.

Der deutlich erhöhte Forderungsbestand resultiert im Wesentlichen aus Forderungen aus Zuwendungen.

Die Erhöhung des Bestands an Barmitteln zum Ende des Jahres um T€ 1.581 resultiert im Wesentlichen aus Stichtageffekten im Bereich Verbindlichkeiten.

Die Rücklagen konnten durch die Zuführung des positiven Jahresergebnisses in Höhe von T€ 188 verstärkt werden.

Die Sonderposten aus Zuschüssen verringerten sich um planmäßige Auflösungen in Höhe von T€ 370.

Die Veränderungen bei den Verbindlichkeiten ergeben sich im Wesentlichen aus der Veränderung der noch nicht verwendeten öffentlichen und privaten Mittel in Höhe von T€ 437 und der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung von T€ 447.

Erstmalig wurde das Fondskapital aus Glücksspielmitteln in die Verbindlichkeiten umgegliedert. Des Weiteren wurde erstmalig eine Rückstellung für Rückbauverpflichtungen aus den Vorjahren i.H.v. T€ 671 eingestellt.

Alle Darlehen wurden planmäßig getilgt.

Zum Ende des Wirtschaftsjahres 2012 verfügt der Verein damit über Rücklagen in Höhe von T€ 15.179.

Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft des Bundesverbandes war 2012 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.



IHR EINSATZ SCHENKT FREUDE

Seit 1956 fördert die Fernsehlotterie soziale Projekte in ganz Deutschland. Zahlreichen Menschen wird so ein besseres Leben ermöglicht – ganz gleich ob Kindern, Jugendlichen oder Familien, Menschen mit Behinderung, Kranken oder Senioren.

Gemeinsam können wir in Zukunft noch mehr bewegen!

Helfen auch Sie mit einem Los – und sichern Sie sich gleichzeitig die Chance auf viele attraktive Gewinne.

Lose und weitere Infos erhalten Sie unter der gebührenfreien Servicenummer **08000/411 411** oder auf **www.fernsehlotterie.de**

Loskauf ab 18 Jahren. Glücksspiel birgt Risiken. Infos auf www.bzga.de



Vorläufige Bilanz des AWO Bundesverbandes e.V. zum 31.12.2012

Aktiva		Stand 31.12.2012 €	Vorjahr T€
A. Anlagevermögen			
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>		9.514,86	18
<i>II. Sachanlagen</i>			
1. Grundstücke u. Gebäude	10.287.774,76		10.812
2. Betriebseinrichtungen	611.197,12		762
3. Im Bau befindliche Anlagen	0,00	10.898.971,88	0
<i>III. Finanzanlagen</i>			
1. Beteiligungen	4.047.481,90		4.045
2. Wertpapiere	1.275.559,87		1.266
3. Genossenschaftsanteile	105.135,00	5.428.176,77	105
B. Umlaufvermögen			
<i>I. Vorräte</i>			
1. Wohlfahrtsbriefmarken	20.888,59		24
2. Werbematerial und Schriften	194.772,81	215.661,40	316
<i>II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</i>			
1. Forderungen aus Zuwendungen	649.172,83		208
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	107.463,82		84
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	71.012,22		22
4. Forderungen gegenüber Gliederungen	680.723,14		810
5. Sonstige Vermögensgegenstände	370.298,84	1.878.670,85	285
<i>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</i>		16.162.300,24	14.581
C. Rechnungsabgrenzungsposten		46.515,01	31
		34.639.811,01	33.369

| Vorläufige Bilanz des AWO Bundesverbandes e.V. zum 31.12.2012

Passiva		Stand 31.12.2012 €	Vorjahr T€
A. Rücklagen		15.179.449,79	14.991
B. Fondsvermögen			
1. AWO-Sonderfonds	450.081,40		443
2. Marie-Juchacz-Fonds	1.027.709,41	1.477.790,81	1.076
C. Sonderposten aus Zuschüssen		6.621.274,22	6.991
D. Rückstellungen			
1. Solidaritäts- und Katastrophenfonds	60.900,00		61
2. Pensionsrückstellungen	812.212,00		806
3. Steuerrückstellungen	32.800,00		30
4. Sonstige Rückstellungen	1.062.302,77	1.968.214,77	251
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten und bewilligten Zweckzuschüssen	1.682.725,85		1.868
2. Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Zweckzuschüssen	4.571.609,30		4.134
3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	582.682,49		726
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	865.052,85		418
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	34.702,78		143
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der AWO	1.373.701,50		1.254
7. Sonstige Verbindlichkeiten	253.072,09	9.363.546,86	165
F. Rechnungsabgrenzungsposten		29.534,56	12
		34.639.811,01	33.369
Eventualverbindlichkeiten		338.985,27	413

Vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung AWO Bundesverband e.V. für die Zeit vom 1.1.–31.12.2012

	2012 €	Vorjahr T€
1. Zuwendungen	35.084.860,18	29.793
2. Einnahmen aus Leistungen d. Verbandes	9.091.792,66	9.725
3. Spenden	9.832,99	235
4. Sonstige Einnahmen	1.995.679,31	2.138
	46.182.165,14	41.891
5. Aufwendungen für Programme/Maßnahmen	26.645.687,70	21.839
6. Aufwendungen für den Gesamtverband	6.957.384,73	7.701
7. Förderung der Fort- u. Ausbildung	1.576.950,05	742
8. Personalaufwand	6.066.406,52	5.837
9. Sachaufwendungen	5.115.149,84	4.552
	46.361.578,84	40.671
10. Abschreibungen	835.155,34	857
11. Erträge aus der Auflösung der Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens	489.324,78	412
12. Aufwendung aus der Zuführung zu Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00	0
	-345.830,56	-445
13. Erträge aus Beteiligungen	825.000,00	660
14. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	146.736,12	158
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	13
16. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	71.379,61	85
	900.356,51	720
17. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit	375.112,25	1.495
18. Außerordentliche Erträge	0,00	359
19. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	174
20. Veränderung des Glücksspirale-, Marie-Juchacz- und AWO-Sonderfonds	146.732,24	333
21. Sonstige Steuern	40.025,60	13
	-186.757,84	-161
Jahresüberschuss	188.354,41	1.334
22. Einstellung in die Rücklagen	188.354,41	-1.334



**Das Jahr 2012 für die Fachverbände
und Partner der AWO**



| AWO International



International e.V.

Bundeskonzferenz 2012 – starkes Zeichen der AWO für internationale Solidarität

„Internationale Solidarität“ – das ist der Auftrag, dem AWO International seit der Gründung 1998 verpflichtet ist. Aus einer Arbeitsstelle, in der ehrenamtlich humanitäre Hilfe geleistet wurde, ist ein Fachverband mit acht Mitarbeitenden geworden, der komplexe Projekte der internationalen Zusammenarbeit organisiert, entwicklungspolitische Bildungsarbeit durchführt und Gliederungen und Mitglieder bei eigenen außereuropäischen Projekten unterstützt und berät. Vom Berliner Aktionsbüro aus werden auch die drei Regionalbüros in Nepal, Guatemala und Indonesien betreut, die die mittel- und langfristigen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mit derzeit 20 Partnerorganisationen steuern. Gleichzeitig leisten wir humanitäre Hilfe in Krisen- und Katastrophengebieten und engagieren uns in der Katastrophenprävention. Ehrenamtlich gegründet steht die Geschichte von AWO International für das, was die AWO an vielen Orten stark macht: Hauptamtliche Expertinnen und Experten sichern mit ihrem Know-how und ihrer Fachlichkeit das Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit und in der humanitären Hilfe im AWO-Gesamtverband und unterstützen das vielfältige ehrenamtliche Tun der Mitglieder in den Gliederungen der AWO.

Auf der Bundeskonferenz wurde die Finanzordnung im Verbandsstatut geändert: Ab 2013 erhält AWO International 2,3 Prozentpunkte aus den Mitgliedsbeiträgen natürlicher Personen für internationale Projekte. Dies stärkt und sichert unsere Projektarbeit langfristig. Denn ohne eine Kofinanzierung durch Eigenmittel wird es in Zukunft immer schwieriger, öffentliche und private Mittel für Auslandsprojekte zu akquirieren. Damit hat die Bundeskonferenz ein starkes Zeichen gesetzt. AWO International kann dadurch weiterhin Gruppen und Organisationen unterstützen, die sich in „Ländern des Südens“ an der Seite der Armen für Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Bei allen, die zu dieser Entscheidung beigetragen haben, bedanken wir uns ganz herzlich!

Beirat gegründet

Im August gründete sich ein Beirat, der AWO International vor allem dabei unterstützt, bekannter zu werden und Förderer zu gewinnen. Erste Aktivität des Beirats war die Organisation eines Benefiz-Golfturniers. Eine gelungene Aktion: Der Reinerlös belief sich auf 11.000 Euro, die unserem Programm „Jugendgewaltprävention“ in Mittelamerika zugutekommen.

Vorsitzender des Beirats ist Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D., zweite Vorsitzende ist Ulla Schmidt, MdB, Bundesministerin a.D. Ideengeberin und treibende Kraft für die Beiratsgründung ist unsere stellvertretende Vorsitzende Ute Wedemeier. Vielen Dank!

- | 01 *Sushila Chaudhari hat ein kleines Geschäft mit lokalen Produkten. Sie hat an einem Training zu Unternehmensführung teilgenommen und damit ihre Einkommensmöglichkeiten verbessert. (Foto: AWO International)*
- | 02 *Zukunft von Kindern und Jugendlichen verbessern – Junge in einem von AWO International geförderten Child Learning Center (CLC). (Foto: AWO International)*
- | 03 *Bis zu 18 Millionen Menschen waren von der Hungersnot in der gesamten Sahelzone betroffen. AWO International hat gemeinsam mit der LAG Mali und der lokalen Nichtregierungsorganisation Stop Sahel Hilfsmaßnahmen durchgeführt (Foto: Stop Sahel).*
- | 04 *Ökologischer Gemüseanbau ist eine der Einkommen schaffenden Maßnahmen in Dhadhawa/Nepal – Bäuerinnen und Bauern erhalten Trainings, wie sie das Land ökologisch bewirtschaften können. (Foto: AWO International)*



Regionalbüro in Guatemala offiziell eröffnet

Präsenz vor Ort und regionale Nähe zu den Projekten ermöglichen den Dialog auf Augenhöhe zwischen unseren Partnerorganisationen und uns als Fachverband für Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb ist die offizielle Akkreditierung unseres Regionalbüros Mittelamerika durch das guatemaltekische Außenministerium ein weiterer Meilenstein für die Absicherung einer soliden Projektabwicklung und den fachlichen Austausch mit Expertinnen und Experten und Engagierten in unseren Projekten.

Globales Lernen

„Globales Lernen in der AWO“, ein von der „Glücksspirale“ finanziertes Projekt, wirbt für den Fairen Handel als wirksames Instrument der Armutsbekämpfung und leistet Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Gut gelungen ist dies z. B. in Ostwestfalen-Lippe. Dort startete der AWO Bezirksverband die Kampagne „Die AWO handelt fair“. Bei der Auftaktveranstaltung im AWO-Berufskolleg in Herford zeigte sich, dass sich dessen Schülerinnen und Schüler und auch das Kreisjugendwerk intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hatten. Inzwischen bieten wir Seminare für FSJler/innen und Bundesfreiwillige der AWO an, um im Verband Impulse für „globales Lernen“ zu setzen.

Partnerbesuch aus Südasien

Gelungene Solidaritätsarbeit setzt voraus, dass wir und die Partnerorganisationen voneinander lernen. Dazu braucht es auch konkrete Begegnung, Dialog und Austausch. Im November konnten wir eine Delegation aus Indien und Nepal begrüßen. Nach einem intensiven Arbeitsaustausch im Büro von AWO International lernten sie einige Arbeitsfelder der AWO kennen: Jugendzentren, Migrationsberatungsstellen, Inklusionsbetriebe usw. Beim Besuch des ISS (Institut für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik) in Frankfurt und des AWO Bezirksverbands Westliches Westfalen ging es in un-

seren Gesprächen um Möglichkeiten sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Armutsbekämpfung und Armutsprävention sowie um die aktuellen Herausforderungen der Sicherung des Wohlfahrtsstaates. Dabei wurde allen Beteiligten klar, wie wichtig der Erhalt bzw. der Aufbau einer sozialstaatlichen Absicherung von Lebensrisiken ist und dass Nichtregierungsorganisationen staatliche Fürsorge nicht ersetzen können, sondern ihren politischen Einfluss auch darauf richten müssen, soziale Gerechtigkeit sozialpolitisch abzusichern.

Humanitäre Hilfe

Zusammen mit der LAG Mali und mit Unterstützung der Neue Rhein/Neue Ruhr Zeitung konnte in Mali in Kooperation mit der lokalen Nichtregierungsorganisation Stop Sahel Nothilfe während der großen Dürre im Sommer 2012 geleistet werden. Im Jahr 2013 planen wir mit der Partnerorganisation HARDO (Humanitarian Action for Relief and Development Organization), mit der wir 2011 ein Projekt (Nahrungsmittelverteilungen für die hungernde Bevölkerung in Somalia) durchgeführt haben, ein zweites Projekt, das mit Mitteln von Aktion Deutschland Hilft und Spendenmitteln finanziert werden soll.

Weitere Mitglieder herzlich willkommen

AWO International braucht Mitglieder! Unsere Arbeit geschieht im Auftrag und gemäß dem Selbstverständnis der AWO. Erst diese Größe macht uns zu einer beachteten Nichtregierungsorganisation im In- und Ausland. Jedes neue Mitglied ist auch ein neuer Botschafter für AWO International. Es gibt immer noch viele Gliederungen, die uns nicht kennen. Wir freuen uns über Einladungen zu Bezirkskonferenzen oder Kreisausschüssen, um unsere Arbeit persönlich vorzustellen.

www.awointernational.de
Spendenkonto 10 11 12
BfS 100 205 00

AWO International ist Mitglied von



| Das Bundesjugendwerk der AWO



Als eigenständiger Kinder- und Jugendverband der AWO engagiert sich das Jugendwerk auf politischer und pädagogischer Ebene für die Interessen der jungen Generation. Aus der Tradition der Arbeiter/innenbewegung heraus kämpft das Jugendwerk auf allen Ebenen für soziale Gerechtigkeit und gegen

Diskriminierung jeglicher Art. Unsere Schwerpunkte liegen in der politischen Auseinandersetzung mit Sozialpolitik, Bildung, Erziehung, Kinderrechten und –gerechtigkeit sowie der Interkulturellen Öffnung des Jugendwerks. Außerdem steht die Bildungsarbeit für und mit Mitgliedern des (Bundes-)Jugendwerks auf Landes- und Bezirksebene im Zentrum unserer Tätigkeiten.

Bundesjugendwerkskonferenz 2012

Im Mai fand die Bundesjugendwerkskonferenz statt. Hier wurden nicht nur ein neuer Vorstand gewählt, sondern auch einige wichtige Beschlüsse gefasst: Mit großer Mehrheit wurde unser neues Grundsatzprogramm verabschiedet, das im Vorfeld von vielen Jugendwerkern und –werklerinnen in einem demokratischen Prozess gemeinsam erarbeitet wurde. Neben Selbstverständnis, Menschenbild und Werten ist darin unser Verständnis von Partizipation, Bildung, Öffnung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Umgang mit Armut und Nachhaltigkeit beschrieben.

Der 2011 angestoßene Prozess um die „Zukunft der Jugendverbandsarbeit“ soll gemeinschaftlich fortgeführt werden. Das Bundesjugendwerk nimmt Hand in Hand mit den Gliederungen unter die Lupe, welche Auswirkungen äußere Rahmenbedingungen auf die gegenwärtige und zukünftige Jugendwerksarbeit haben und wie jungen Menschen Gelegenheiten und „Räume“ im Jugendwerk ermöglicht werden können, um sich ehrenamtlich zu engagieren.

Für das Jahr 2012 konnten durch den intensiven

Einsatz der Jugendorganisationen massive Kürzungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) verhindert werden. Das Bundesjugendwerk und seine Gliederungen werden auch in den nächsten zwei Jahren gegen die Kürzungspläne vorgehen. Das Bundesjugendwerk lehnt außerdem jegliche Instrumente in Förderprogrammen, die demokratisches Engagement unter Generalverdacht stellen und somit schwächen, ab. In diesem Zusammenhang unterstützt das Bundesjugendwerk die bundesweiten Aktivitäten gegen die Auflage einer Demokratieerklärung („Extremismusklausel“).

Ferienfahrten

Bereits auf der Bundesjugendwerkskonferenz 2010 wurden mit „Jederzeit Wieder – Qualität in der pädagogischen Begleitung auf Jugendwerksreisen“ Qualitätsstandards für die Ausbildung von Teamerinnen und Teamern sowie verbindliche Rahmenbedingungen für vom Jugendwerk veranstaltete Kinder- und Jugendreisen verabschiedet. Um alle Gliederungen bei den damit verbundenen Prozessen zu begleiten und einen Austausch zwischen allen Beteiligten zu ermöglichen, wurde der „Arbeitskreis Ferienfahrten“ ins Leben gerufen. Im

| 01 Arbeitskreis Ferienfahrten, Ludweiler/Völklingen.

| 02 Seminar „Zukunft der Jugendverbandsarbeit“, Göttingen.

| 03 Bundesjugendwerkskonferenz 2012, Würzburg.



Rahmen der Treffen können alle Teilnehmenden überprüfen, ob ihre Heimatgliederung die Qualitätsstandards zufriedenstellend umsetzt oder ob es Handlungsbedarf gibt. Der Auftakt des Arbeitskreises wurde als sehr erfolgreich bewertet, und so entschied die Bundeskonferenz 2012, ihn auch in der neuen Periode fortzuführen.

Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Um mit gleichgesinnten Jugendverbänden aktiv zusammenzuarbeiten und gemeinsam unsere Interessen zu vertreten, haben wir uns auch 2012 aktiv beim DBJR eingebracht. Neben der Mitarbeit an Papieren im Hauptausschuss war uns vor allem die Vernetzung ein zentrales Anliegen. So konnten wir uns innerhalb des DBJR gegen die „Extremismusklausel“, für das bedingungslose Grundeinkommen sowie die Doppelspitze im Vorstand des DBJR einsetzen.

AWO Bundeskonferenz 2012

Wir waren dabei! Nicht nur die beiden Vorsitzenden als Präsidiumsmitglieder, sondern auch einige Gäste waren vor Ort – ebenso wie einige Jugendwerkler/innen als Delegierte ihrer AWO-Gliederung. Die AWO BUKO war neben der eigenen Konferenz das Highlight des Jahres 2012. Wir konnten nicht nur gemeinsam streiten, sondern uns auch weiter verzahnen. Dazu sind wichtige

Beschlüsse und Papiere verabschiedet worden. Zu nennen wären hier insbesondere das neue Statut des Bundesverbandes der AWO, das wir sehr begrüßen, da nun beitragsfreigestellte Jugendwerkmitglieder auch Mitglieder der AWO werden können, sowie das wichtige Papier der „Kommission junge Menschen aktiv in der AWO“, deren Prozess weiter fortgeführt werden soll, und die Position zum Thema Nachhaltigkeit, an deren Erarbeitung das Jugendwerk federführend beteiligt war.

Politisch vernetzt

Vernetzt und aktiv war das Jugendwerk auch 2012. Neben unzähligen lokalen und regionalen Bündnissen war das Bundesjugendwerk Mitglied in Organisationen wie attac, AWO International, dem DBJR, der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe, dem Bundesforum Jugendreisen und dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung. Besonders zu erwähnen sind hier die National Coalition, die sich für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland engagiert, das Netzwerk Grundeinkommen und die Kampagne „Steuer gegen Armut“! Darüber hinaus ist das Jugendwerk Teil des Bündnisses „Änder das!“ – zusammen mit den Jusos, der Naturfreundejugend oder auch dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland.

| 01 Vorstand und Revision des Bundesjugendwerks 2012–2014.

| 02 Bundesjugendwerkkonferenz 2012 in Würzburg (Foto: Gregor Schwind).



| gos – Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH



2012 – Die gos mbh entdeckt sich neu

Bewährtes erhalten und fortsetzen

Die gos unterstützte 2012 die Umsetzung von drei Pilotprojekten des AWO Bundesverbandes:

Das Projekt „Mut zur Vorsorge – Ortsvereine unterstützen Ratsuchende am Lebensende“ wurde mit der Ausbildung ehrenamtlicher Vorsorgeberater/innen aus den Ortsvereinen mehrerer Kreisverbände im Juni beendet. Nachdem in den Vorjahren umfangreiche Befragungen von Ortsvereinsvorständen stattgefunden hatten, ausgewertet und veröffentlicht worden waren, ging es in der letzten Phase des Modellprojektes darum, konkrete Möglichkeiten für ein ehrenamtliches Engagement der AWO Ortsvereine in diesem Themenfeld konkret auszuprobieren. Wir können aus den Erfahrungen des Projektes ein überarbeitetes Curriculum für die Ausbildung ehrenamtlicher Vorsorgeberatung bereitstellen sowie Hinweise für die Gestaltung einer Unterstützung von Menschen am Lebensende und für eine Vitalisierung von Ortsvereinsaktivitäten geben.

Gemeinsam mit 20 Einrichtungen der stationären Altenhilfe wurde das Pilotprojekt „Palliative Care und Abschiedskultur bei Menschen mit schwerer Demenz“ vorangetrieben. Die Mitarbeiter/innen aller Einrichtungen beteiligten sich an konzeptionellen Entwicklungen, erprobten neues Handeln und bildeten sich fort. Im Bereich der Behindertenhilfe unterstützte die gos die am Pilotprojekt „Inklusiv leben – Wege zur Inklusion im sozialen Raum für Menschen mit geistiger Behinderung“ teilnehmenden Einrichtungen und Dienste bei der Umsetzung vieler kreativer Ideen zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in ihrem unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld. Diese beiden Modellprojekte finden 2013 mit Abschlussveranstaltungen und der Erstellung von Praxishilfen ihren Abschluss.

In vielen Gliederungen und Betrieben der AWO (aber auch bei anderen Trägern) konnten wir erfolgreich die Einrichtung und Zertifizierung von AWO-QM-Systemen unterstützen. So begleiteten im Auftrag der gos tätige Berater/innen beispielsweise den AWO Kreisverband Wesel und den Bezirksverband

Potsdam bis zur Tandem-Zertifizierung. Auch neue große und kleine QM-Beratungsprojekte wurden in Angriff genommen. Zum Beispiel startete die Begleitung der AWO Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH (KHBG) und gemeinsam mit der gos wagten die AWO Soziale Dienste Sachsen-Anhalt GmbH sowie die Kreisverbände des Landes einen Neustart. Laufende QM-Prozesse der letzten Jahre, wie im westlichen Sachsen, im Rheinland, im Saarland und an vielen anderen Orten, wurden erfolgreich fortgeführt.

Im Bereich der Organisationsentwicklung wurden zum Beispiel in Ostwestfalen-Lippe die Verbands- und Unternehmensentwicklung mit einer systematischen Bestandserhebung unterstützt und gemeinsam mit externer Beratungskompetenz der Entwicklungsprozess der AWO Weser-Ems begleitet. Die Organisationsberatung der gos folgt hierbei dem 2012 entstandenen Entwicklungskonzept „AWO – stark vor Ort – nutzerorientiert, lokal verankert und wirtschaftlich effizient“.

Für den Bundesverband übernahm die gos die Durchführung und Auswertung von Befragungen zur Kundenzufriedenheit, zur Fortentwicklung der Mitgliederverwaltung und zu den Freiwilligendiensten.

Neues wagen

Nach längerer konzeptioneller Vorarbeit unternahm die gos 2012 ein Unternehmensrelaunch. Nicht nur der Name und das Erscheinungsbild der gos wurden erneuert, es wurden auch neue inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit gesetzt.

- Die neue gos firmiert jetzt unter dem Namen „gos Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit“ und mit neuem Logo.
- Auch die neue gos ist eine hundertprozentige Tochter des AWO Bundesverband e. V.
- Stärker als zuvor sieht sich die neue gos im Auftrag, die Gliederungen und Unternehmen, Einrichtungen und Dienste der AWO bei Organisationsentwicklungs- und Qualitätsmanagementprozessen sowie bei der Umsetzung von Pilotprojekten zu unterstützen.



- Zugleich soll, als Kompetenzzentrum für gelungene Praxis, künftig verstärkt Wert auf das

Zusammenführen von Praxisideen und -fortschritten mit neuen wissenschaftlichen Anforderungen geachtet werden. Die Ergebnisse hieraus werden unter der Marke „gos – Praxiswissen“ zusammengetragen und allen Gliederungen zur Verfügung gestellt.

- Die kontinuierliche Information über Neuigkeiten im Projektgeschehen erfolgt künftig mit einem vierteljährlichen Praxisbrief, der den alten gos-Newsletter ersetzt.



- Die Leistungsangebote der neuen gos umfassen konzeptionelle Beratung, praxisnahe Begleitung und die Entwicklung von Modellvorhaben sowie deren Umsetzung gemeinsam mit Partnern vor Ort.

Auf der Bundeskonferenz 2012 präsentierte die gos ihre neuen Ideen und knüpfte neue und alte Kontakte zu vielen AWO-Gliederungen und -Unternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet. Hieran wollen wir mit einem neuen Internetauftritt 2013 anknüpfen.

**Weniger ist manchmal mehr.
Wenn man es gut organisiert.**

Wie begegnen Sie den wachsenden Herausforderungen in der Sozialen Arbeit? Eine von vielen guten Ideen: durch mehr Konzentration auf das Wesentliche.

Wir beraten, unterstützen und begleiten Gliederungen, Unternehmen und Einrichtungen der AWO bei der Verwirklichung positiver Veränderungen – zum Beispiel in Fragen der Organisation, des Qualitätsmanagements und der Wirtschaftlichkeit.

Gemeinsam mit Ihnen entwickeln wir zukunftsfähige Praxislösungen für die Soziale Arbeit im Bereich der Alten-, Behinderten-, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Die neue gos.



Für die  gos · Brachwegstraße 1 · 10881 Berlin · Telefon +49 30 26285-204 · gos-organisationsberatung.de

gesellschaft für
organisationsberatung
in der sozialen arbeit mbh

| Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS-Frankfurt a.M.)



Kooperation in Forschungs- und Beratungsfragen

Das ISS-Frankfurt a.M. wurde als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbstständiger gemeinnütziger Verein organisiert, dessen Mitglie-

der hauptsächlich aus den Reihen der AWO kommen.

Das ISS-Frankfurt a.M. und die AWO arbeiten seit Langem vor allem zu den Themenschwerpunkten „Prekäre Lebenslagen“ und „Soziale Ausgrenzung“ eng zusammen. Seit 2012 wird die Kooperation inhaltlich noch intensiver auf die Themen „Prävention“ und „Soziale Inklusion“ ausgeweitet.

| Aktuelle Projekte in Zusammenarbeit mit der AWO

Soziale Inklusion und Teilhabe

Was hält die Gesellschaft zusammen, wie kann Inklusion ermöglicht und die Teilhabe insbesondere von sozial benachteiligten Gruppen gesichert werden? Diese Fragen sind wichtige Aspekte im Rahmen der AWO-ISS-Kooperation „Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland“ und werden ausführlich mithilfe wissenschaftlicher Methoden bearbeitet. Das Forschungsprojekt im Auftrag des AWO Bundesverbandes e. V. betrachtet inklusionsfördernde und -hemmende Faktoren, die den gesamten Lebensverlauf von der frühen Kindheit bis zum hohen Alter berücksichtigen. Zentral ist dabei die Erkenntnis, dass das durch die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen geförderte Recht auf Inklusion als Menschenrecht unteilbar ist und sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen beschränkt, sondern als Recht aller Menschen auf volle gesellschaftliche Teilhabe gilt. Hierzu bedarf es zum einen der Verbreitung einer Kultur der Vielfalt und deren Wertschätzung, aber auch des Abbaus von Barrieren und Diskriminierungen. Außerdem bedarf es der Schaffung rechtlicher und struktureller Voraussetzung, um Teilha-

be- und Partizipationsmöglichkeiten zu sichern. Das beinhaltet die Überzeugung, dass sich nicht der Einzelne an bestehende Strukturen anpassen und in sie einfügen muss, sondern dass die Strukturen so gestaltet werden, damit alle Mitglieder der Gesellschaft ihr Recht auf Chancengleichheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen können.

Ziel der AWO-ISS-Kooperation ist es, den Begriff der sozialen Inklusion näher zu bestimmen, das Verständnis darüber theoretisch zu fundieren und anhand der Praxisanalysen die Faktoren des Gelingens von Inklusion herauszufiltern. Darüber hinaus soll ein Beitrag zur Profilierung des verbandlichen Selbstverständnisses sowie zur Weiterentwicklung der AWO-Praxis geleistet werden.

Veröffentlichungen

- Tina Aliche/Kathrin Linz-Dinchel: *Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland. Grundlagen und theoretischer Hintergrund.* Frankfurt a.M. 2013.
- Gerda Holz/Evelyn Sthamer: *Das Bildungs- und Teilhabepaket: Fachliche Kommentierung der Evaluationsberichte für das BMAS und die Freie und Hansestadt Hamburg.* Frankfurt a. M. 2013.

Downloads unter <http://www.iss-ffm.de/de/veroeffentlichungen-downloads/publikationen.htm>

Fachforum zum Abschluss der 4. Phase der AWO-ISS-Langzeitstudie Kinderarmut am 25. und 26. September 2012 in Berlin.



Kinder- und Jugendarmut IV

Die Forschung zu „Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen“ wird seit 1997 vom ISS-Frankfurt a.M. im Auftrag des AWO Bundesverbandes durchgeführt. Die Studie ist die einzige Langzeituntersuchung im deutschsprachigen Raum zu den (Langzeit-)Folgen von Armut bei Kindern. Die zentralen Ergebnisse sind:

1. Armut ist der größte Risikofaktor für die kindliche Entwicklung und ein Aufwachsen im Wohlergehen, besonders bei Dauerarmut.
2. Die soziale Spaltung beginnt schon im Kindes- und Jugendalter: Während jedes zweite arme Kita-Kind auch als Jugendliche/r arm ist – also unter Dauerarmut aufwuchs –, erlebten fast 80 % der nicht armen Kinder auch in ihrem weiteren Kinder-/Jugendleben keine Armut.
3. Soziale Hilfen erreichen zwar häufiger arme und sozial hoch belastete Familien, sie stehen jedoch oft nur punktuell und weniger über einen kontinuierlichen und bei Bedarf lebensphasenübergreifenden Begleitprozess zur Verfügung. Gerade darauf zielt das ebenfalls im Kontext der Studie entwickelte Handlungskonzept einer „kindbezogenen Armutsprävention“ ab.

Die Ergebnisse der Studie wurden im Rahmen eines AWO-Fachforums präsentiert.

Veröffentlichungen (Auswahl)

- Claudia Laubstein/Gerda Holz/Jörg Dittman/Evelyn Sthamer: „Von alleine wächst sich nichts aus ...“ Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Berlin 2012.
- Claudia Laubstein/Gerda Holz/Evelyn Sthamer: Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen in Deutschland. 15 Jahre AWO-ISS-Studie. Frankfurt a.M. 2012.
- Claudia Laubstein/Gerda Holz/Evelyn Sthamer: „Von alleine wächst sich nichts aus ...“ Aktuelle Ergebnisse zu Armut bei jungen Menschen bis zum Ende der Sekundarstufe I aus der AWO-ISS-Langzeitstudie, in: TuP 1/2013, S. 4–16.

- Gerda Holz/Claudia Laubstein/Evelyn Sthamer: Armut(sfolgen) bei Kindern und Jugendlichen – Ein Plädoyer zur Neuausrichtung (nicht nur) der Jugendhilfe, in: unsere jugend 3/2013, S. 98–111.
- Gerda Holz/Claudia Laubstein/Evelyn Sthamer: Für Forschung schwer erreichbar? Zur quantitativen Befragung sozial benachteiligter Zielgruppen, in: Soziale Arbeit 3/2103: 105–115.

Mo.Ki – Monheim am Rhein

Seit 2002 wird „Mo.Ki – Monheim am Rhein“ von der AWO Niederrhein e.V. und der Stadt Monheim am Rhein mit wissenschaftlicher Begleitung des ISS-Frankfurt a.M. sowie u. a. durch Förderung der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW und des Jugendministeriums (MFKJKS) NRW als kommunaler Präventionsansatz entwickelt und umgesetzt.

Monheim am Rhein ist der Vorreiter und Benchmark praktischer (Armuts-)Prävention, die sowohl auf das „Frühe Fördern und Inklusion von Anfang an“ eines jeden Kindes als auch auf die Verankerung „struktureller Prävention“ für alle Monheimer Kinder und Jugendlichen hinzielt. Zwischenzeitlich wird dieser Ansatz in einer Vielzahl von anderen Kommunen umgesetzt und der Ansatz als Orientierungspunkt für weitere Modellprogramme genutzt.

Ein erfolgreich wirkendes Kernelement ist die Präventionskette „Von der Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg“. Anfang 2012 wurde „Mo.Ki 0 – Förderung von 0- bis 3-Jährigen“ abgeschlossen. Teil dessen war die „Monheimer Neuelternstudie“, die neue Erkenntnisse über die Lebenslage, Bedarfe und Nutzung sozialer Hilfen von Eltern mit einem neugeborenen Kind liefert. Im Herbst 2012 startete die modellhafte Erprobung „Mo.Ki III – Frühes Fördern als Anspruch der Sekundarstufe I“ für die Altersgruppe der 10- bis 14-Jährigen. Hierbei geht es um eine präventionsorientierte und inkludierende Neuausrichtung weiterführender Schulen, Neuland für ein noch immer stark sozial selektierendes Schulsystem.

| 01 Arbeitsgruppe im World-Café während des Fachforums.

| 02 Die „Break Steady Crew“ Berlin bei ihrem Auftritt anlässlich des Fachforums.



| SOLIDAR – europäisches Netzwerk und Plattform der AWO für Sozialpolitik in Europa

solidar

SOLIDAR ist ein europäisches Netzwerk von progressiven Nichtregierungs- und gewerkschaftsnahen Organisationen. Aktuell zählt SOLIDAR 59 Mitgliedsorganisationen aus 25 Ländern. SOLIDARs Engagement erstreckt sich über die Arbeitsbereiche Soziales, Internationale Zusammenarbeit und Bildung/Lebenslanges Lernen und zielt auf die Förderung von Solidarität, Gleichstellung, Teilhabegerechtigkeit und ein Leben aller Menschen in Würde.

Politische Arbeit: Mobilisierung für ein soziales Europa

Soziales Europa

Die sozialen Folgen massiver Haushaltskonsolidierung und europaweiter Sparpolitik, besonders für benachteiligte Personengruppen, sowie deren gesamtgesellschaftliche Verwerfungen im Europäischen Sozialmodell haben SOLIDAR auch 2012 beschäftigt. Das Netzwerk hat sich für eine starke soziale Dimension in den verschiedenen Politiken der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingesetzt und auf die Realisierung der sozialen Ziele der Europa-2020-Strategie gedrängt. Als Netzwerk, das unter anderem gemeinnützige Sozialdienstleister vertritt, hat sich SOLIDAR besonders für den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherungssysteme eingesetzt sowie für gezielte Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen plädiert.

Im Zeitraum 2014 bis 2020 wird es eine neue Förderperiode für den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik geben. SOLIDAR hat die Einflussnahme auf die Ausgestaltung dieser zukünftigen Kohäsionspolitik im Sinne der mit den Mitgliedern abgestimmten Positionen aktiv vorangetrieben. Maßgeblich waren sowohl die Investitionsprioritäten sowie die Verankerung eines breiten Partnerschaftsprinzips in den ESF-Programmen. Darüber hinaus haben wir uns in einer Kampagne mit anderen sozialen NGOs für eine finanzielle Mindestausstattung des ESF starkgemacht, um Programme zur Förderung von Beschäftigung, Lebenslangem Lernen und Armutsbekämpfung zu ermöglichen.

Aus dem Paket der Binnenmarktakte hat sich SOLIDAR 2012 auf die EU-Richtlinien zur Modernisierung des Vergaberechts und der Konzessionen konzentriert. Beim Vergaberecht konnte zwar keine Ausnahme für Sozial- und Gesundheitsdienst-

leistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erreicht werden. Es bleibt jedoch weiterhin den Mitgliedsstaaten überlassen, Dienste der Daseinsvorsorge zu definieren und zu organisieren. Für die davon nicht abgedeckten Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen gilt ein vereinfachtes Vergabeverfahren. Die Konzessionen folgen dem gleichen Prinzip.

Darüber hinaus hat sich SOLIDAR in die Debatte zur Förderung des sozialen Unternehmertums eingebracht. Dabei wurde in den Berichten des Europäischen Parlaments darauf hingearbeitet, dass die besondere Verbindung zwischen Sozialbewegung, sozialanwaltschaftlicher Tätigkeit und gemeinnützigen Sozialunternehmen anerkannt, geschützt und gefördert wird. Diese Kernmerkmale haben in vielen Ländern zu einer auf Korporatismus und Vorrangstellung gegründeten Zusammenarbeit zwischen freigemeinnützigen Trägern und der öffentlichen Hand geführt, die sich als besonders geeignet bewährt hat.

Darüber hinaus hat sich SOLIDAR in die Debatte zur Förderung des sozialen Unternehmertums eingebracht. Dabei wurde in den Berichten des Europäischen Parlaments darauf hingearbeitet, dass die besondere Verbindung zwischen Sozialbewegung, sozialanwaltschaftlicher Tätigkeit und gemeinnützigen Sozialunternehmen anerkannt, geschützt und gefördert wird. Diese Kernmerkmale haben in vielen Ländern zu einer auf Korporatismus und Vorrangstellung gegründeten Zusammenarbeit zwischen freigemeinnützigen Trägern und der öffentlichen Hand geführt, die sich als besonders geeignet bewährt hat.

Internationale Solidarität

SOLIDAR hat 2012 seinen Ausschuss für internationale Kooperation reorganisiert und im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern und Partnern in der Entwicklungsarbeit strukturiert. Im Zuge dessen wurden neue Politikprioritäten identifiziert: das Recht auf friedlichen Zusammenschluss und Versammlung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung.

Die Mitglieder haben ein Kooperationsprogramm mit dem Titel „Soziale Gerechtigkeit im Mittleren Osten und Nordafrika“ erarbeitet und zwei Konferenzen für Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und Gewerkschaftsorganisationen sowie progressive politische Kräfte organisiert. Beide Konferenzen haben zur Formulierung von Empfehlungen

für die EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Partnern aus der Region beigetragen. Schließlich hat SOLIDAR die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern unterstützt, die im Bereich der Entwicklungshilfe Flüchtlingen aus und in Syrien helfen.

Lebenslanges Lernen und die Herausbildung einer inklusiven Lerngesellschaft

Im vergangenen Jahr hat sich SOLIDAR für die Herausbildung einer inklusiven Lerngesellschaft starkgemacht und dabei seine Arbeit im Bereich Bildung und Lebenslanges Lernen weiterentwickelt. Verschiedene Mitglieder haben zusammen ein Grundsatzpapier sowie ein Briefing zum Thema „Building inclusive learning societies“ erarbeitet, das die Anerkennung und Validierung von nicht-formalen und informalen Lernerfolgen voranstellt und damit auf den entsprechenden Ratsbeschluss eingeht, der die Einrichtung ebensolcher Systeme der Anerkennung bis 2018 befürwortet.

Außerdem hat SOLIDAR eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich dem Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage widmet und vor allem jungen erwerbslosen Menschen einen Zugang zu Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialdienstleistungssektor ermöglichen soll. Ziel ist es u. a., Lernwege in die und in der Beschäftigung auszumachen und ein Expertenseminar im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zu organisieren. Darüber hinaus hat SOLIDAR 2012 ein Projekt realisiert, in dem ein Evaluierungsinstrument für im Rahmen von nichtformalem und informellem Lernen erworbene Fähigkeiten, Kompetenzen und Wissen entwickelt wurde.

Projekt: Den Bedürfnissen von Menschen gerecht werden – Innovation in sozialen Dienstleistungen in Europa

Das Projekt „InnoServ“ beschäftigt sich mit innovativen Ansätzen in Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen in Europa. Dabei werden sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse über die Entwicklung und Ausprägung von Innovation zusammengetragen als auch Fallstudien auf lokalem Niveau und die Erfahrungen von Praktikern und Praktikerinnen analysiert.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Übertragbarkeit von innovativen Elementen sowie den Auswirkungen der Innovation in den Dienstleistungen auf die Zielgruppen, die Qualität, die Nachhaltigkeit, den Zugang zu den Dienstleistungen sowie die Lernprozesse. Das Hauptziel ist die Erarbeitung eines Berichts, der Forschungsfelder und Schlüsselemente im Bereich innovativer Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen beleuchtet sowie die Entwicklung und Verbesserung sozialer Innovation fördert.

SOLIDAR ist neben anderen sozialen NGOs, europäischen Netzwerken und Universitäten ein Partner in diesem von der Universität Heidelberg gemanagten Projekt. Für SOLIDAR-Mitglieder ist Innovation mehr als Kostensparen und gesteigerte Effizienz. In der besonderen Verbindung zwischen Sozialbewegung, sozialanwaltschaftlicher Tätigkeit und innovativen Sozialunternehmen und Freiwilligenorganisationen sind sie wertebunden, orientieren sich maßgeblich an den Bedürfnissen der Dienstleistungsnutzenden und innovieren unter deren Einbindung. Weitere Informationen unter: www.solidar.org.

| 01 SOLIDAR-Jahreshauptversammlung 2012 am 7. Juni 2012 in Brüssel.

| 02 Kampagne zur Verteidigung der Menschen- und Arbeitsrechte von Hausangestellten.



| Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)



zukunftsforum
familie e.v.

2012: Happy Birthday, ZFF!

2012 hat sich das ZFF erneut mit den großen Themen Kinderarmut und Zeitpolitik beschäftigt. Außerdem feierte das ZFF sein zehnjähriges Bestehen. Im Oktober 2002 wurde der Familienverband auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt aus der Taufe gehoben. Seither mischt das ZFF kräftig in der Familienpolitik mit.

Was zeichnet das ZFF aus? An erster Stelle sein Einsatz für die Vielfalt von Familie: „Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“ So wichtig das Aufwachsen von Kindern ist – Familie ist auch dort, wo Ehe- oder Lebenspartner/innen füreinander sorgen, wo Schwiegertöchter ihre älteren Angehörigen pflegen und wo schwul-lesbische Paare ihren Kinderwunsch verwirklichen möchten.

Kinderarmut

Der Kampf gegen Kinderarmut ist im ZFF mittlerweile untrennbar mit der Kindergrundsicherung verbunden. 2012 wurde das Konzept aktualisiert und ein umfangreicher Frage-Antwort-Katalog (FAQ) erarbeitet. Am 15. November 2012 veranstaltete das ZFF gemeinsam mit der AWO LAG NRW in Düsseldorf einen Workshop zum Thema „Kindergrundsicherung“. Rund 50 Kinder- und Jugendpolitiker/innen sowie Praktiker/innen der Jugendhilfe aus ganz NRW kamen im Stadtmuseum Düsseldorf zusammen. Eindeutiges Ergebnis war, dass die Kindergrundsicherung eine gerechtere Form der Kinderförderung ist: Sie verhindert Ausgrenzung und

ist sozialpolitisch wie volkswirtschaftlich sinnvoll. Das Thema Kinderarmut beschäftigte das ZFF auch auf der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt. Der dort gemeinsam vom AWO Bezirksverband Weser-Ems und dem ZFF eingebrachte Antrag „Für eine Kindergrundsicherung“ wurde von den Delegierten einstimmig angenommen.

Zeit für Familie

2012 hat sich das ZFF mit verschiedenen Aspekten des Themas Zeitpolitik beschäftigt. Im Mittelpunkt eines gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Expert/innen-Workshops „Familienfreundliche Arbeitszeiten“ im März 2012 stand die nähere Beleuchtung zweier Modelle familienbewusster Arbeitszeiten: einer am Umfang einer großen Teilzeit orientierten Familienarbeitszeit sowie eines Wiedereingliederungsmodells nach Elternzeit. An dem Workshop nahmen ca. 30 Teilnehmer/innen, u. a. die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, teil.

Im Juni 2012 hat das ZFF eine ausführliche Stellungnahme zum Achten Familienbericht „Zeit für Familie“ vorgelegt.

Die Zeitpolitik war auch Thema eines Antrags des ZFF auf der AWO Bundeskonferenz: Unter dem Titel „Zeit für Familie ermöglichen!“ setzt sich das ZFF unter anderem für kürzere Arbeitszeiten, eine Weiterentwicklung der Elternzeit sowie eine bessere Absicherung von Pflegezeiten ein.

10 Jahre ZFF

Das Jahr 2012 stand auch im Zeichen des zehnjährigen Jubiläums des ZFF. Aus diesem Anlass fand im Mai 2012 ein Fest in der saarländischen Landesvertretung in Berlin statt, an dem ca. 70 Teilnehmer/innen aus unserer Mitgliedschaft, befreundeten

| 01 Fachtagung Frühe Bildung in Leipzig, Pressekonferenz: Dr. Jana Voigt, Jürgen Otto, Klaus Theißen, Matthias Zeller (v.l.n.r.).

| 02 10 Jahre ZFF in der Landesvertretung Saarland: Dr. Hermann Kues MdB, Wolfgang Stadler, Henry Bren d'Amour, Barbara König (v.l.n.r.).



Verbänden sowie aus Politik und Verwaltung teilnahmen.

Zu diesem Anlass wurde auch eine Sonderausgabe der Zeitschrift „vielfalt familie“ produziert.

Auf der AWO Bundeskonferenz in Bonn hat das ZFF unter anderem mit einem Jubiläumsquiz auf sein zehnjähriges Bestehen aufmerksam gemacht und um neue Mitglieder geworben.

Frühe Bildung

In Kooperation mit dem AWO Bundesverband und der Stadt Leipzig hat das ZFF Ende September 2012 eine Fachtagung zum Thema „Frühe Bildung in und mit der Familie“ in Leipzig veranstaltet. Die Dokumentation der Veranstaltung ist Anfang 2013 als Broschüre erschienen. Ca. 90 Teilnehmer/innen informierten sich über die Familie als den ersten Lernort für Kinder. Im Mittelpunkt standen die Fragen, wie Kinder lernen und wie Eltern sie darin unterstützen können.

Geschlechterbilder in Familie und Partnerschaft

Mit der im Oktober 2012 in Kooperation mit der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf) und der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung durchgeführten Tagung hat das ZFF sich einmal mehr der Geschlechterpolitik zugewandt. Im Mittelpunkt stand hierbei die Frage: „Welche politischen Rahmenbedingungen fördern die Gleichberechtigung der Geschlechter in Familie und Partnerschaft und was kann Deutschland hier von Norwegen lernen?“. Eine kleine Dokumentation ist im Frühjahr 2013 erschienen.

Neuer Vorstand zum Ende des Jubiläumsjahrs

Das ZFF hat sein Jubiläumsjahr mit einer Mitgliederversammlung beendet. Im Dezember 2012 be-

stätigten die Mitgliedsverbände ihre langjährige Vorsitzende Christiane Reckmann im Amt. Christiane Reckmann wurde kurz zuvor auch als Mitglied des Bundespräsidiums der Arbeiterwohlfahrt erneut für vier Jahre gewählt. Die Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin führt das Zukunftsforum Familie seit seiner Gründung im Jahr 2002.

Stellvertretende Vorsitzende sind weiterhin die Kita-Fachberaterin Birgit Merkel aus der AWO Hannover und Dieter Heinrich, Geschäftsführer des Progressiven Eltern- und Erzieherverbandes in Nordrhein-Westfalen.

In ihrem Amt als Beisitzer wurden der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler sowie Jürgen Otto, Bereichsleiter Soziales und Bildung im AWO Bezirksverband Niederrhein, bestätigt. Neu gewählt in dieses Amt wurde Renate Drewke, Vorsitzende des AWO Unterbezirks Hagen-Märkischer Kreis und Mitglied im AWO Bezirksvorstand Westliches Westfalen. Sie folgt Michael Scheffler nach, der inzwischen Vorsitzender des AWO Bezirksverbands Westliches Westfalen und stellvertretender Vorsitzender des AWO Bundespräsidiums wurde.

Ausblick

Im Jahr 2013 wird sich das ZFF mit dem neuen Querschnittsthema Demografie beschäftigen: Im Rahmen einer Fachtagung soll der Bedeutung des demografischen Wandels für Familien nachgegangen werden. Darüber hinaus wird die Bundestagswahl im September 2013 das ZFF beschäftigen: In Form von Wahlprüfsteinen wollen wir den politischen Parteien wieder auf den familienpolitischen Zahn fühlen. Im Vorfeld der Wahl sollen zudem im Rahmen eines Workshops alle im Bundestag vertretenen Parteien Rede und Antwort zu Fragen rund um die Bekämpfung von Kinderarmut stehen.

| 01 Auf der Fachtagung Frühe Bildung in Leipzig.

| 02 Neuer ZFF-Vorstand: (h.v.l.) Dieter Heinrich, Wolfgang Stadler, Jürgen Otto, (v.v.l.) Renate Drewke, Christiane Reckmann, Birgit Merkel.

| 03 AWO Bundeskonferenz in Bonn: Hannelore Kraft, Christiane Reckmann.





Das Jahr 2012 der AWO in den Bundesländern

| AWO Bezirksverband Baden e.V.

Für Menschen investiert

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Inklusion – im Freiburger Stadtteil Rieselfeld hat der AWO Bezirksverband Baden e.V. 2012 ein neues Wohnheim für Menschen mit Behinderung in Betrieb genommen. Der moderne Ersatzneubau entspricht nicht nur neusten Qualitätsstandards, sondern liegt auch in einem jungen, weitgehend barrierefreien Stadtteil mit guter Infrastruktur. Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird so für Menschen mit Behinderung besser möglich und die Begegnung mit Menschen im Stadtteil zur Normalität. Das neue Haus bietet insgesamt 48 Plätze für Menschen mit Behinderung, die hier in sechs familienähnlichen Wohngruppen zusammenleben. Räume für eine bedürfnisorientierte Tagesstruktur fördern Bildung und Wohlbefinden.

Auch in Singen wurde 2012 mit der offiziellen Neueröffnung des AWO-Seniorenzentrums Michael-Herler-Heim ein Bauprojekt abgeschlossen. Insgesamt 84 Seniorinnen und Senioren waren bereits im April 2012 vom alten Haus in den Neubau umgezogen, der an einem neuen Standort in Singen errichtet wurde. Neu ist obendrein das Konzept der Einrichtung: das aktuelle Hausgemeinschaften-Modell. Innovativ sind auch die Begegnungsräume, die nach historischen Singener Lokalen gestaltet wurden. Zudem erfreut ein Jazz-Café Bewohner/innen und Gäste.

Benefiz-Aktion für Katharinenhöhe gestartet

Nachhaltig helfen – das will die „Stiftung Katharinenhöhe für krebskranke und chronisch kranke Kinder“ und hat deshalb 2012 eine Benefiz-Aktion zugunsten der renommierten Reha-Klinik Katha-

rinenhöhe für Kinder mit ihren Familien, Jugendliche und junge Erwachsene gestartet. Auftakt der Stiftungsinitiative war ein Benefiz-Jahreskalender 2013 mit Motiven heimischer Vögel – schließlich liegt die Katharinenhöhe in Schönwald mitten im Schwarzwald. Beim nächsten interessanten Projekt haben Architektur- und Design-Studierende der Hochschulen in Stuttgart, Karlsruhe und Bozen in einem Wettbewerb innovative Vogelhäuser gestaltet. Der erste Preis wird nun wie der Kalender zugunsten der Katharinenhöhe verkauft.

Dass für die fachliche Weiterentwicklung der Reha-Klinik Katharinenhöhe Spenden unerlässlich sind, zeigt unser aktuelles Projekt: Das Außengelände der Reha-Klinik wird derzeit mithilfe zahlreicher Spender/innen zu einer barrierefreien Sport- und Spielelandschaft und einem Gangparcours ausgebaut. Vor allem Kinder und Jugendliche mit Hirn- und Knochentumoren profitieren von solchen Reha-Angeboten.

Ehrenamt fördern und würdigen

Die AWO braucht Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren – sie gehören zum unverwechselbaren Profil der Arbeiterwohlfahrt. Um das Engagement Ehrenamtlicher gezielt zu fördern und das Zusammenwirken mit hauptamtlich Beschäftigten noch zu verstärken, hat der AWO Bezirksvorstand nach einer intensiven Diskussionsphase in den Gliederungen 2012 ein Positionspapier „Ehrenamt“ offiziell verabschiedet. Neue Konzepte für mehr ehrenamtliches Engagement und zur verstärkten Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen werden durch Startzuschüsse unserer AWO-Sozialstiftung gefördert.

- | 01 Der Vorstand des AWO Bezirksverbands Baden e.V. zu Besuch im neuen Wohnheim für Menschen mit Behinderung in Freiburg-Rieselfeld.
 | 02 Klinik-Geschäftsführer Stephan Maier, Verwaltungsleiterin Ilona Mahamoud und Hansjörg Seeh, Vorsitzender der Stiftung (v.l.n.r.) präsentieren den Benefiz-Kalender zugunsten der Reha-Klinik Katharinenhöhe.



| AWO Landesverband Bayern e.V.

25. Landeskonzferenz fordert Wohnungslosenstatistik

Kaum zu glauben, aber wahr: In Deutschland allgemein und in Bayern insbesondere gibt es keine amtliche Statistik zu Wohnungslosen. Das soll sich nach dem Willen der bayerischen Arbeiterwohlfahrt ändern: Auf ihrer 25. Landeskonzferenz im September 2012 richteten die Delegierten einen entsprechenden Antrag an die Regierung des Freistaats. Mit weiteren Anträgen forderten die Delegierten in Schweinfurt unter anderem die Einführung eines einheitlichen Branchentarifvertrags für die Pflege und das Kippen des umstrittenen Betreuungsgeldes. So eindeutig, wie sie ihre wegweisenden Forderungen formulierten, so ließen die Stimmberechtigten auch keinen Zweifel daran, dass sie hinter ihrem Chef stehen: Mit 96 Prozent der Stimmen wurde der AWO Landesvorsitzende Thomas Beyer zum dritten Mal gewählt. Unter dem Applaus der insgesamt 200 Gäste und Delegierten nahm er dieses Ehrenamt an.

„Gut pflegen!“ – mit mehr Personal

An diesem Imperativ führt kein Weg vorbei: „Gut pflegen!“ lautet die Resolution, die die AWO-Delegiertenkonferenz ohne Gegenstimme auf ihrer 25. Landeskonzferenz in Schweinfurt beschlossen hat. Für unsere durchschnittlich immer älter werdende Gesellschaft ist eine menschenwürdige Pflege das A und O. Für Qualität in der Pflege wiederum ist ausreichend qualifiziertes Personal unabdingbar. Deshalb hat der AWO Landesverband die Verbesserungen der personellen Rahmenbedingungen auf die Themenliste der Landespflegesatzkommission gesetzt. Ziel ist eine verbesserte Personalausstattung in Einrichtungen der Altenpflege.

Bayerische Armutskonferenz setzt sich für Arbeitslose ein

Auch im reichen Bayern ist prekäre Beschäftigung auf dem Vormarsch. Darin waren sich die Teilnehmenden an der 6. Bayerischen Armutskonferenz im Juli 2012 einig. „Arbeitslos = Chancenlos?“ lautete das Motto der Veranstaltung, die die LAGFW in Bayern unter dem Vorsitz des AWO Landesverbands organisierte. Politiker/innen wie die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer, Wissenschaftler/innen und Betroffene diskutierten in München die insgesamt fünf Thesen, die die LAGFW aufgestellt hat: „Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten“ lautet eine; „Wer Langzeitarbeitslosen Chancen nimmt, verstärkt Armut“ heißt eine weitere. Einer Meinung waren die zirka 80 Teilnehmenden auch hierbei: Wer ohne Arbeit ist, ist nicht automatisch chancenlos. Allerdings brauchen Arbeitssuchende bessere Chancen, beispielsweise adäquate Aus- und Weiterbildung.

AWO Landesverband gibt bei LAGFW den Ton an

Forderungen von politischer Brisanz, bei denen die LAGFW in Bayern unter der Ägide des AWO Landesverbandes Flagge gezeigt hat: die Erhöhung der Unterstützung im Bereich Asylsozialberatung sowie Fortschritte in der häuslichen Pflege. Auch die Aktion Rollentausch war im vergangenen Oktober ein Erfolg. Prominente „schnupperten“ für einen Tag in sozialen Einrichtungen. So hospitierten der AWO Landesvorsitzende Thomas Beyer und Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer in einer Münchner Kindertagesstätte.

| 01 „Arbeitslos = Chancenlos?“ Dieses Thema diskutierten Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (3.v.r.) und AWO Landeschef Thomas Beyer (1.v.r.) mit der Fachwelt im Rahmen der 6. Bayerischen Armutskonferenz im Juli 2012 in München.

| 02 Herausragendes Ergebnis: Mit 96 Prozent der Stimmen wählten die Delegierten auf der 25. Landeskonzferenz im unterfränkischen Schweinfurt Thomas Beyer. Der AWO Landesvorsitzende hat damit seine dritte Amtsperiode angetreten.



| AWO Landesverband Berlin e.V.

AWO Landesvorsitzender Hans Nisblé auf 20. Landeskonferenz wiedergewählt

„Mit solidarischem Handeln gemeinsam die Zukunft gestalten“ – unter diesem Motto fand am 24. März 2012 die 20. Landeskonferenz der Berliner Arbeiterwohlfahrt statt. Sowohl Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, als auch Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, und Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, waren erschienen, um Grußworte zu sprechen. Auch der Präsidiums-vorsitzende des AWO Bundesverbandes, Wilhelm Schmidt, und der Ehrenvorsitzende der Brandenburger AWO, Christoph Eigenwillig, überbrachten jeweils Grußworte.

Bei den Wahlen zum Landesvorstand wurde der bisherige Landesvorsitzende Hans Nisblé mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt und nahm die Wahl an. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Rainer Rheinsberg, Heidemarie Fischer, Christa Kranz, Swen Schulz und Kirsten Flesch gewählt. Beisitzer sind Annett Wagner, Klaus Wagner, Anita Leese-Hehmke und Klaus Leonhardt.

Erster Parlamentarischer Abend der Berliner AWO

Ende September fand der erste Parlamentarische Abend der Berliner AWO statt. Neben dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, konnte der AWO Landesvorsitzende Hans Nisblé außerdem den SPD-Landesvorsitzenden Dr. Jan Stöß, Senatorin Dilek Kolat, Staatssekretärin Sigrid Klebba, SPD-Geschäftsführerin Kirstin Fusan sowie zahlreiche Abgeordnete begrüßen.

In seinem Grußwort hob Nisblé einige aktuelle zentrale Themen hervor, mit denen sich die Berliner

AWO derzeit befasst, u. a. die Berliner Wohnungsmarktpolitik sowie der Umgang mit Flüchtlingen. Auch Raed Saleh und Jan Stöß bezogen sich in ihren Grußworten auf aktuelle sozialpolitische Themen und betonten, wie wichtig die Arbeit der AWO für Berlin sei. Beim anschließenden Beisammensein hatten die Gäste dann Gelegenheit, sich auszutauschen. Zur Freude von Hans Nisblé konnten zudem zwei Abgeordnete als Neumitglieder geworben werden.

Qualitätsmanagement: AWO Berlin auf gutem Weg

Bereits seit einigen Jahren sind die hauptamtlich geführten Kreisverbände Berlin-Mitte, Südost und Spandau zertifiziert und wurden mittlerweile erfolgreich rezertifiziert. Auch die Tochtergesellschaft des Landesverbandes, die AWO pro:mensch gGmbH, und der Landesverband selbst konnten im Jahr 2012 erfolgreich ihre Zertifizierung abschließen. Die Kreisverbände Südwest und Berlin Spree-Wuhle bereiten sich intensiv auf ihre Zertifizierung 2013 vor. Insgesamt ist die Berliner AWO also in Sachen QM sehr gut aufgestellt.

AWO beteiligte sich am 11. Berliner Firmenlauf

Auch 2012 beteiligte sich die AWO mit rund 70 Läuferinnen und Läufern am Berliner Firmenlauf. Unter dem Motto „AWO bewegt“ liefen Mitarbeiter/innen des AWO Landes- und Bundesverbandes sowie der Kreisverbände, der Tochtergesellschaften und einiger korporativer Mitglieder. Bei trockenem, aber etwas stürmischem Wetter und bester Stimmung absolvierten die Läufer/innen und Skater die 6 km lange Strecke in eigens für den Firmenlauf entworfenen T-Shirts.

| 01 Hans Nisblé ehrte Geschäftsführer Hans-Wilhelm Pollmann (hinten links), seine beiden Stellvertreter sowie die Betriebsratsvorsitzende für ihr besonderes Engagement während der Insolvenz (Foto: Axel Sommer).

| 02 Mit guter Laune gingen die Läufer/innen an den Start, um die 6 km lange Strecke zu meistern (Foto: Axel Sommer).



| AWO Landesverband Brandenburg e.V.

Spendengala im Dorint Hotel Potsdam:

Arbeiterwohlfahrt feierte 20-jähriges Jubiläum

Das seit nunmehr zwei Jahrzehnten bestehende Engagement – Hilfe zur Selbsthilfe für die Menschen im Land Brandenburg – wollte die Arbeiterwohlfahrt gemeinsam mit der Landesstiftung „Hilfe für Familien in Not“ und 180 geladenen Gästen feiern. Einen Rückblick auf die Anfänge von Arbeiterwohlfahrt und Landesstiftung gaben Ministerpräsident und Schirmherr Matthias Platzeck und Ministerpräsident a.D. Manfred Stolpe. Als Weggefährte von Regine Hildebrandt, der ehemaligen Sozialministerin und Gründerin der Landesstiftung „Hilfe für Familien in Not“, blickte Manfred Stolpe in seiner Rede auf die gemeinsame Zeit zurück.

„Der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander“ – diese Worte von Regine Hildebrandt nahm Ministerpräsident Platzeck auf: So wie die ehemalige Sozialministerin als Politikerin couragiert für die Menschen stritt, so hatte die Arbeiterwohlfahrt im Land in den vergangenen 20 Jahren ihren Anteil, durch Hilfe zur Selbsthilfe Menschen in schwierigen Lebenslagen Mut und Unterstützung zu geben. Ein besonderes Dankeschön ging an die unzähligen Ehrenamtlichen in der AWO: Die vielen Unterstützungsangebote seien nur mit deren Hilfe möglich.

Im Rahmen der Benefizgala erfolgte die diesjährige Verleihung der Regine-Hildebrandt-Medaille. Mit dem Preis werden Menschen geehrt, die durch Initiative und Engagement in herausragender Weise zur Stärkung der Freien Wohlfahrtspflege und zur Förderung des Sozialwesens beigetragen haben. In

diesem Jahr wurden Peter Müller (Vorsitzender des AWO Bezirksverbandes Brandenburg Ost e.V.) und Heinz Felker (stellv. Vorsitzender des AWO Regionalverbandes Brandenburg Süd e.V.) geehrt. Die Auszeichnung der beiden langjährigen AWO-Mitglieder erfolgte unter anderem für ihre besonderen Verdienste bei der knapp zweijährigen Sanierungsmaßnahme des AWO Landesverbandes im Jahre 1995. Mit dem ungewöhnlichen Einsatz konnte die Insolvenz des AWO Landesverbandes Brandenburg vermieden werden. In seiner Laudatio bedankte sich Brandenburgs Sozialminister Günter Baaske bei beiden Geehrten für ihren besonderen Einsatz für die Arbeiterwohlfahrt und betonte die Wertschätzung sozialer Tätigkeit in unserer Gesellschaft.

Unterstützung für das AWO Kinder- und Jugendheim „Haus Prierosbrück“: Autohaus „Tost“ spendete 1.500 Euro.

„Eintrittsgeld“ im Autohaus: Mit dieser ungewöhnlichen Idee kamen bei einer Veranstaltung am 17. November 2012 schnell 1.500 Euro zusammen. Als die erst etwas irritierten Kundinnen und Kunden erfuhren, welcher Einrichtung ihr Geld zugutekommt, war die Resonanz durchweg positiv! Die Kinder, Betreuer/innen und vor allem die Einrichtungsleiterin Anja Raschke-Tarnick freuten sich sehr. Die Kinder bedankten sich mit einem selbst gemalten Bild. Darauf war ihr Wunsch zu sehen, was mit dem Geld angeschafft werden sollte. Und es gab ein Versprechen: Wenn der Scheck in das „umgewandelt“ ist, was sich die Kinder wünschen, wird man sich bestimmt wiedersehen. Die Einrichtung sagt „Danke“.

| 01 Edelgard Luckfiel-Koal gratuliert Heinz Felker zur Regine-Hildebrandt-Medaille.

| 02 Ministerpräsident Platzeck, AWO Vorsitzende Spielmann, Preisträger Peter Müller, Preisträger Heinz Felker, Sozialminister Baaske, Ministerpräsident a.D. Stolpe.

| 03 Scheckübergabe für das AWO Kinder- und Jugendheim „Haus Prierosbrück“ (Foto: Dieter Okroy).



| AWO Bezirksverband Braunschweig e.V.

Kundgebung gegen Rassismus

Unter dem Motto „5 vor 12“ protestierten am Internationalen Tag gegen Rassismus die Mitarbeiter/innen und ehrenamtlichen Mitglieder der AWO vor ihren Einrichtungen in der gesamten Region Braunschweig gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. In einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmer/innen der Opfer der rechtsextremen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“. Zudem beteiligten sie sich an verschiedenen weiteren Protesten gegen NPD-Aufmärsche in der Region.

Klaus-Peter Bachmann erhält Marie-Juchacz-Plakette

Klaus-Peter Bachmann, Vorsitzender des AWO Kreisverbandes Braunschweig, erhielt die höchste Auszeichnung des AWO Bundesverbandes: die Marie-Juchacz-Plakette. Der Vorsitzende des Präsidiums des AWO Bundesverbandes, Wilhelm Schmidt, überreichte sie Klaus-Peter Bachmann im Beisein der Braunschweiger AWO Präsidiumsvorsitzenden im Rahmen der AWO-Bezirkskonferenz.

Bachmann ist seit 1969 Mitglied der AWO und engagiert sich seitdem in diversen haupt- und ehrenamtlichen Funktionen. „Die Grundwerte der AWO haben mich und mein Leben geprägt“, sagte Klaus-Peter Bachmann.

Neues Mitgliedermagazin

Für die Mitglieder in der Region hat der AWO Bezirksverband das vierteljährlich erscheinende Magazin „AWO BLICKPunkt“ entwickelt. Es wird kostenlos an alle Mitglieder direkt nach Hause geschickt. Neben verbandlichen Nachrichten aus Politik und

Gesellschaft stellen Berichte aus Kreis- und Ortsverbänden den Schwerpunkt dar. Aus dem Dienstleistungsbereich des Bezirksverbandes und der Kreisverbände werden Einrichtungen vorgestellt.

20 Jahre Kontakt- und Informationsstelle

Vor 20 Jahren hat der AWO Bezirksverband Braunschweig die Kontakt- und Informationsstelle KISS mit 15 Selbsthilfegruppen gegründet – heute sind es über 100 mit rund 2.800 Gruppenmitgliedern. Es ist in Goslar eine Selbstverständlichkeit geworden, dass Gruppen bei der KISS um Unterstützung bitten. Zunehmend wird um Hilfe bei psychischen Problemen wie Depressionen, Ängsten, Burn-out oder Mobbing gebeten. Die KISS ist sowohl kommunal als auch landes- und bundesweit vernetzt.

Förderungsprogramm für Führungskräfte

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, entwickelt und erprobt der AWO Bezirksverband Braunschweig gemeinsam mit seinen Partnern – dem AWO Bundesverband und dem AWO Bezirksverband Oberbayern – ein Personalbindungskonzept für alle Wohn- und Pflegeheime. Das Programm wird vom Europäischen Sozialfonds (ESF „rückenwind“) unterstützt. Schwerpunkte sind Erhalt und Sicherung der Arbeitsfähigkeit, Entwicklung von Lebensarbeitszeitmodellen sowie Ausbau und Stärkung des Führungspotenzials der Fach- und Führungskräfte.

Ziel ist, die interne Besetzung von Führungspositionen durch gezielte Nachwuchsförderung zu ermöglichen, Mitarbeiter/innen mit Führungsverantwortung in ihrer derzeitigen Position zu stärken und Fachkräfte an den Verband zu binden.

| 01 AWO protestiert gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung.

| 02 Klaus-Peter Bachmann (l.) erhält die Marie-Juchacz-Plakette.

| 01



| 02



| AWO Landesverband Bremen e.V.

Das Projekt „Heimatgarten“ der AWO Bremerhaven
 „Das Kerngeschäft der AWO in Bremerhaven ist in Ordnung“, das wurde durch eine Consulting-Firma dem Kreisverband bestätigt. Die Untersuchung der Arbeit der AWO-Gesellschaften wurde notwendig, nachdem das über zehn Jahre lang erfolgreiche Projekt „Heimatgarten“ (Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen) vom Bundesamt für Migration und Flüchtlingen in Nürnberg ausgebremst wurde. Das führte beim Kreisverband zu hohen finanziellen Verlusten. Die Arbeit vom „Heimatgarten“ fand und findet im In- und Ausland hohe Anerkennung. Beim Sozialpolitischen Aschermittwoch der AWO Oberbayern wurde z. B. 2012 der Inge-Gabert-Preis an das „Haus des Vertrauens“ in Srebrenica (Bosnien-Herzegowina) verliehen. Gründerin des Hauses ist die AWO Bremerhaven, die auch den größten Teil der Aktivitäten bezahlt. Hauptredner bei der Veranstaltung in Teisendorf (Berchtesgadener Land) war Professor Dr. Josef Weidenholzer (MEP), Präsident der Volkshilfe Österreich und Präsident des europaweiten Zusammenschlusses „solidar“.

Trotz Rückschlägen geht die Arbeit vom „Heimatgarten“ im zwölften Jahr seiner Existenz weiter. Durch die gute Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission ist die AWO Träger für das Projekt RECEA (Reintegration Centre Armenia). Das Programm läuft 18 Monate und wird in Kooperation mit polnischen und bulgarischen NGOs durchgeführt. Das Projekt widmet sich der Unterstützung armenischer Einwanderer und Einwanderinnen bei der freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat. Neben

der Beratung und Unterstützung vor und während der Rückkehr bildet der Aufbau des „Heimatgarten Adaption Centre Yerevan“ in der armenischen Hauptstadt, eines Adaptionszentrums zur Durchführung von Wiedereingliederungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Familienangehörige, das Kernstück des Programms.

Armutswanderungen, Zuwanderungen insbesondere aus den neuen EU-Ländern werden zunehmen. Allein im ersten Halbjahr 2012 stieg die Zahl bundesweit nochmals um 24% an. Um jedoch „Grauzonen“ im gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verhindern, individuelles Elend zu bewältigen und soziale Schwierigkeiten zu minimieren, gibt es keine Alternative dazu, die Lebensbedingungen der Zuwanderer und Zuwanderinnen zu verbessern und integrative Ansätze auf den Weg zu bringen. Die AWO Bremerhaven hat zwischenzeitlich von der Stadt den Auftrag bekommen, eine Beratungsstelle für Menschen aus den neuen EU-Ländern (Bulgarien, Rumänien, Polen) aufzubauen.

Die nunmehr über zwölfjährige Arbeit der freiwilligen Rückkehr und humanitären Reintegration des AWO-Projektes „Heimatgarten“ hat eindeutig bewiesen, dass die Expertise aus und in den Heimatländern das Wissen, die Kompetenz und das Vertrauen schafft, um in und mit der Diaspora hier zu arbeiten. Diese Mechanismen sind noch wenig begriffen worden: Genießt die AWO oder auch jeder andere Träger in den Herkunftsländern ansatzweise Vertrauen, ist die NGO-Arbeit konkret und respektvoll, so wird sich auch hier Zugang und Bereitschaft zu Veränderung einstellen.

*Impressionen eines Kinderfestes des Projekts „Heimatgarten“ in Srebrenica.
 Logo des Projekts „Heimatgarten“ in Eriwan (Armenien).*



| AWO Landesverband Hamburg e.V.

Besuch von namhaften Hamburger Politikern in drei AWO-Einrichtungen

Sozialsenator Detlef Scheele und Staatsrat Jan Pörksen von der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration besuchten Ende Oktober 2012 drei Einrichtungen der AWO Hamburg: Bei der AQtivus Servicegesellschaft für Aktivität auf dem Arbeitsmarkt gGmbH, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der AWO Hamburg, wurden die Politiker Beobachter eines Feedback-Gesprächs zwischen einer 10. Klasse und einem Bewerbungstrainer. Die Behördenleiter erkundigten sich im Anschluss bei den Jugendlichen nach ihren bisherigen Erfahrungen mit den Bewerbungen.

Weiter ging es nach Billstedt: Dort stellten Mitarbeiter/innen vom SoLa, dem AWO-Haus der Kinder, Jugendlichen und Familien im Sonnenland, den beiden Politikern ihre Arbeit vor. Hier im Stadtteil sorgt die AWO-Einrichtung für ein großes Spektrum an Beratungs-, Seminar- und Freizeitangeboten in Form von Deutschkursen, Erziehungsunterstützung, Gewaltpräventionskursen, intensiver Begleitung in Krisensituationen wie auch für Spielgruppen und Hausaufgabenhilfe. Scheele und Pörksen zeigten sich beeindruckt von der Flexibilität der Einrichtung, auf unterschiedlichste Problemlagen reagieren und damit ganzen Familien bessere Startchancen ermöglichen zu können.

Zum Abschluss besuchten Senator und Staatsrat die Mutter-Kind-Wohngruppe in Boberg, wo die AWO schwangeren Mädchen und jungen Müttern in schwierigen sozialen Situationen ein Zuhause sowie Betreuung bietet. Ziel ist, die jungen Frauen zu stabilisieren und sie auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben ohne Überforderung zu begleiten.

AWO-Kita Tigerente zog an den Eingang der Internationalen Gartenschau (igs)

Direkt am Eingang der Internationalen Gartenschau (igs) in Wilhelmsburg wurde im Juli 2012 ein neuartiger Gebäudekomplex mit 49 Wohnungen fertiggestellt – mittendrin die AWO-Kita Tigerente. Darin spielen und lernen jetzt rund 60 Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren zusammen mit ihren Erzieherinnen und Erziehern. Die modernen, lichtdurchfluteten Räumlichkeiten bieten vielfältige Möglichkeiten, sich auszuprobieren. Ein künftiger Schwerpunkt wird in der Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Kunstschaffenden im Stadtteil liegen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg

Die AWO Hamburg hat ab dem 1. Juli turnusgemäß für zwei Jahre den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. (AGFW) übernommen. Die AWO bekam somit die Moderations-, Leitungs- und Sprecherrolle.

Die im August 2011 gestartete gemeinsame Kampagne der AGFW „Wohlfahrt verbindet“ ist im März 2012 mit der Schaltung von vier verschiedenen Plakatsmotiven in Hamburger U-Bahnen, der Verteilung eines Newsletters an alle Mitarbeiter/innen sowie von Postkarten in ausgewählten Cafés und Restaurants erfolgreich zu Ende gegangen. Ziel dieses Teils der Kampagne war es, den Schwächeren unserer Gesellschaft eine Stimme zu verleihen und auf ihre Rechte zu verweisen.

Die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit sowie der Journalist und Ex-Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert hatten die Kampagne aktiv unterstützt.

| 01 Schüler/innen der Stadteilschule Altrahlstedt im Gespräch mit Staatsrat Jan Pörksen, Senator Detlef Scheele, AWO Landesgeschäftsführer Michael Schröder und AQtivus-Geschäftsführerin Ajisa Winter (v.l.n.r.).

| 02 Die Kinder und das Team der AWO-Kita Tigerente freuen sich über ihr neues Zuhause.

| 03 Die „Rechthaber“-Motive sollten darauf aufmerksam machen, dass jedes Kind und jeder Mensch eigene Rechte hat und Wohlfahrtsverbände sie dabei unterstützen, diese umzusetzen.



| AWO Bezirksverband Hannover e.V.

AWO-Seniorenzentrum wird „Bernhard-Kreibohm-Haus“

Am 15. März 2012 erhielt das AWO-Seniorenzentrum Körtingsdorf in Hannover den Namenszusatz „Bernhard-Kreibohm-Haus“. Damit ehrte die AWO einen besonderen Freund, einen hervorragenden Sozialpolitiker und einen bedeutenden Vorsitzenden des AWO mit einer Feierstunde.

Bernhard Kreibohm (1925–2000) war von 1986–1996 Vorsitzender des AWO Bezirksverbands Hannover e.V. und Landesvorsitzender der AWO in Niedersachsen. Er war 16 Jahre lang Mitglied im niedersächsischen Landtag, parlamentarischer Geschäftsführer und Vorsitzender der SPD-Fraktion, außerdem Vizepräsident des niedersächsischen Landtages.

Kerstin Tack ist neue Vorsitzende

Auf der Bezirkskonferenz am 9. Juni 2012 wurde Kerstin Tack, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Hannover, zur neuen Vorsitzenden des AWO Bezirksverbandes Hannover e.V. gewählt. Unter dem Motto „Hauptsache AWO – Gemeinsam in eine soziale Zukunft“ bestimmten die 129 Delegierten auch die sozialpolitische Ausrichtung ihres Verbandes.

Die Unternehmen des AWO Bezirksverbandes Hannover befinden sich derzeit in einem Umstrukturierungsprozess. Dazu sagte Kerstin Tack: „Sanierungsmaßnahmen und eine Reorganisation im AWO-Unternehmensverbund sind eingeleitet. Wichtig ist, dass wir als AWO Bezirksvorstand den klaren Auftrag angenommen haben, unsere Geschäftsprozesse professionell und fit für die Zukunft aufzustellen. Das tun wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, mit Respekt und auf Augenhöhe.“

| 01 Kerstin Tack nach der Wahl zur neuen Bezirksvorsitzenden.

| 02 Scheckübergabe Behördenmarathon an Stiftungsratsvorsitzenden Manfred Partzsch (vorne rechts).

| 03 Weitere Informationen erhalten Sie über den QR-Code der AWO GSD gGmbH.

1.000 Euro Spende für AWO-Kinderfonds

Am 6. Dezember 2012 überreichte Ex-Sportminister Heiner Bartling einen 1.000-Euro-Scheck vom 13. Niedersächsischen Behördenmarathon an Manfred Partzsch, den Stiftungsratsvorsitzenden der AWO mit Herz-Stiftung. Der Behördenmarathon war zum dritten Mal auch Charitylauf für den AWO-Kinderfonds, der einfach, schnell, direkt und spürbar Projekte zur gesellschaftlichen Teilhabe aller Kinder in unseren Kitas unterstützt.

Erfolgreiches Jahr für die AWO

Gesundheitsdienste gGmbH

Nach Übernahme der Ev. Vereinskrankenhaus gGmbH am 16. Januar 2012, die seitdem unter Krankenhaus Hann. Münden gGmbH firmiert, ist der Gesundheitscampus Burckhardtstraße entstanden. Seither gab es zahlreiche strukturelle, medizinische und bauliche Erweiterungen sowie Qualitätssicherungen. Zudem stand die Einhäusigkeit zum Klinikum Hann. Münden im Fokus – geplant ist ein Zusammenschluss vom Nephrologischen Zentrum Niedersachsen (NZN) und dem Krankenhaus Hann. Münden (KHM) im Jahr 2016. Außerdem wurde das Hospiz Hann. Münden eröffnet und das NZN zur Nephrologischen Schwerpunkt-klinik zertifiziert. Auch die Entwicklung am Standort Bad Münder war durch den Ausbau von Gesundheitsdienstleistungen geprägt. Das Dialysezentrum Bad Münder ist komplett modernisiert worden. Mit Gründung der Gesundheitsdienste Präventions- und Rehabilitationsgesellschaft mbH wurde das Vital Fitnessstudio in das Portfolio des Trägers integriert und das Aufgabenfeld „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ in das Leistungsspektrum aufgenommen. Mehr lesen Sie online: siehe QR-Code.



| AWO Bezirksverband Hessen-Nord e.V.

Zehn Jahre AWO-Internetcafé Baunatal

Es sind die kleineren Dinge, die unseren Verband ausmachen und die AWO vor Ort prägen. Oft beruhen sie auf der Initiative Einzelner, die sich Mitstreiter/innen suchen und ihre Ideen realisieren. So auch geschehen in Baunatal, wo das AWO-Internetcafé sein zehnjähriges Bestehen feiern kann. Wie schreibe und speichere ich Texte, die ich bisher auf der Schreibmaschine getippt habe? Wie kann ich Mails beantworten, die ich von meinen Kindern oder Enkeln bekomme habe, und wie informiere ich mich im Internet? Bei immer mehr älteren Menschen steigt das Interesse an den neuen Medien: Sie machen Spaß, trainieren den Geist und halten fit.

Die Möglichkeit, neue Techniken auszuprobieren, den Umgang mit der EDV und die Anwendung eines PC zu lernen, das ist das Angebot der drei ehrenamtlichen Trainer im Seniorenservicezentrum der Stadt Baunatal, wo das AWO-Internetcafé Räumlichkeiten gefunden hat. „Das kann jeder lernen“, weiß Horst Siebert, der ehrenamtlich der älteren Generation das notwendige Wissen vermittelt.

Sieben Arbeitsplätze sind in dem AWO-Internetcafé eingerichtet, für den ortsansässige Banken gebrauchte Geräte zur Verfügung gestellt haben und durch Spenden weitere Geräte wie Beamer und Router angeschafft werden konnten.

Zu den ständigen Inhalten der Kurs-Angebote zählen Hardware, Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Internet und bei Bedarf Bildbearbeitung. Für die ehrenamtlichen Dozenten bedeuten die verschiedenen Programme ein stetiges Umdenken. „Wir richten uns nach dem Leistungsstand der Gruppe“, sagt Horst Siebert. Mit „wir“ meint er die weiteren Trainer Peter Reckers und Karl-Heinz Umbach, die sich ebenfalls ehrenamtlich engagieren und bisher gemeinsam fast 500 Kursteilnehmer/innen zählen konnten.

Freude macht das Lernen nicht nur den Seniorinnen und Senioren; die Trainer selbst sehen in ihrer Aufgabe eine sinnvolle Beschäftigung in ihrem Ruhestand.

„Inzwischen bringen viele Kursteilnehmer auch ihren eigenen Laptop mit“, erzählt Horst Siebert, „das hat den Vorteil, dass sie das Gelernte zu Hause am eigenen Gerät vertiefen können – und sie bringen ihre eigenen Fragen mit, die unseren Unterricht noch abwechslungsreicher machen.“ So lebendig und motivierend, dass die ehrenamtlichen Kursleiter in manchen Wochen täglich in „ihrem“ Internetcafé vorbeischaun.

| 01 Ehrung der 100. Teilnehmerin 2006 – das erste Jubiläum des AWO-Internetcafés im Seniorenservicezentrum Baunatal.

| 02 Aus den Anfangsjahren 2005: Trainer und Kursteilnehmer/innen lernen gemeinsam und tauschen sich aus.



| AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V.

Der Bezirksverband der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd e.V. umfasst die Regionen Süd- und Mittel-Hessen sowie das Rhein-Main-Gebiet. In 19 Kreisverbänden und 210 Ortsvereinen sind rund 20.000 Mitglieder organisiert. Als Träger von sechs gemeinnützigen Gesellschaften bietet der Bezirksverband soziale Dienstleistungen in 25 Einrichtungen der Altenhilfe, in 26 Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und seit 2012 auch in zwei Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Einstieg in die Behindertenhilfe

Im Dezember 2010 fasste der Vorstand des AWO Bezirksverbands Hessen-Süd e.V. den Beschluss, die Tätigkeit im Bereich Behindertenhilfe aufzunehmen. Das erste Projekt in diesem Bereich – ein sogenannter CAP-Lebensmittelmarkt – wurde intensiv vorbereitet. Im Juni 2012 war es dann so weit: In Pfungstadt im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde im Ortskern ein CAP-Markt unter der Trägerschaft der AWO Hessen-Süd eröffnet.

Ein langfristiges Konzept

CAP-Märkte gibt es in Deutschland seit 1999. Entstanden ist das Konzept, bei dem es sich um ein Einzelhandels-Franchise-System handelt, daraus, dass sich Lebensmittelmärkte nur noch auf der „grünen Wiese“ ansiedelten und sich somit Versorgungslücken für diejenigen Bewohner/innen ergaben, die auf ein zu Fuß erreichbares Angebot zur Deckung ihres täglichen Bedarfes angewiesen sind.

Der Name CAP beruht auf der Abkürzung des englischen Wortes „handicap“. Das Leitmotiv der Konzeption ist die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und die Erweiterung der Möglichkeiten für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.

Durch die Eröffnung von zentrumsnahen Lebensmittelmärkten wird eine Chance erschlossen, geeignete sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für behinderte Menschen außerhalb der Werkstatt zu schaffen und diese auch langfristig zu sichern.

Erfolgsmodell CAP-Markt

Durch die Zusammenarbeit von behinderten und nichtbehinderten Menschen leisten CAP-Märkte einen Beitrag zur Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft und sie dienen der Entwicklung des Gemeinwesens durch eine innerörtliche Versorgung.

Das Personalkonzept sieht die Beschäftigung gleicher Anteile von behinderten und nichtbehinderten Kollegen und Kolleginnen vor. Im Lebensmittel Einzelhandel gibt es eine Vielzahl einfacher und wiederkehrender Tätigkeiten, die sich als geeignete Arbeitsplätze für Mitarbeitende aus der Zielgruppe erwiesen haben. Umfassende Personalschulungen und Fortbildungen für alle Mitarbeitenden sind Bestandteil des Konzeptes und tragen wesentlich zum Erfolg bei.

Weiterer Ausbau der Hilfen für Menschen mit Behinderung

Dem Ziel, die Betätigung im Fachbereich Behindertenhilfe auszubauen, ist die AWO Hessen-Süd im Dezember 2012 einen weiteren Schritt näher gekommen: Zum 1. Dezember 2012 wurde ein Integrationsbetrieb in Darmstadt übernommen. Die AWO Integris gGmbH bietet mit ihren rund 40 Arbeitnehmerinnen und -nehmern, Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose, umfassende Serviceleistungen in den Bereichen Gebäudedienste, Bau und Handwerk, Garten- und Landschaftsbau sowie Bürodienstleistungen.

| 01 Herbstfest im CAP-Markt.

| 02 Das Team des CAP-Markts bei der Eröffnung.



| AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Die Aufgaben erfolgreich angepackt

2012 – das Jahr der Landeskonzferenz mit neuem Geschäftsführer, neuen Beschlüssen, neuem Vorstand, Ehrungen und mit vielen Erfolgen

In der Geschäftsführung des AWO Landesverbandes hat ein Wechsel stattgefunden. Bernd Tünker, Volljurist aus Schwerin, hat mit Jahresbeginn die Aufgaben des Landesgeschäftsführers übernommen. Auf der Landeskonzferenz im Juni wurde Rudolf Borchert, SPD-Landtagsabgeordneter, zum Vorstandsvorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Mit der Konstituierung des neuen Landesvorstandes sind die Aufgaben und Schwerpunkte neu geordnet worden. Im Land wird mit den Kreis-, Regional- und Stadtverbänden im konstruktiven Schulterschluss zusammengearbeitet. Die Umsetzung der Landeskonzferenzbeschlüsse geht zügig voran, Probleme werden miteinander gelöst und unsere Ziele und Beschlüsse gemeinsam in allen Regionen von M-V umgesetzt.

Ehrenplakette für Ulf Skodda

Ulf Skodda wurde auf der Landeskonzferenz für sein 20-jähriges Wirken als Landesvorsitzender der AWO in M-V, als erstes AWO-Mitglied in den neuen Bundesländern, von Wilhelm Schmidt mit der Marie-Juchacz-Plakette ausgezeichnet.

Aktiv im Fußballstadion: Fanprojekt in Trägerschaft der AWO Rostock

Bereits seit fünf Jahren wird im Fanprojekt Rostock sozialpädagogische Arbeit mit jungen Menschen im Umfeld des F.C. Hansa Rostock e.V. erfolgreich umgesetzt. Ein hauptamtliches Team richtet ge-

zielt Betreuungsangebote an die aktive Fanszene. Hauptziel der Arbeit ist die Förderung einer positiven Fankultur.

Im Jahr 2012 ist mit der Eröffnung des „Lernzentrum Rostock“ das Stadion mit Unterstützung durch den F.C. Hansa Rostock e.V. zum Lernort für Jugendliche geworden. Das Fanprojekt Rostock und der Verein Soziale Bildung e.V. nutzen das Fußballstadion mit seiner großen Anziehungskraft und bieten in den Räumen der DKB-Arena ein besonderes Lernumfeld. Organisiert werden Ferien- und Abendveranstaltungen für Jugendliche und Erwachsene. Förderer dieses Projektes sind die Robert-Bosch- und die Deutsche-Bundesliga-Stiftung, die mit dieser Methode vor allem die politische Bildung der Jugendlichen fördern wollen.

Engagiert für Demokratie gegen Rassismus

Die AWO in M-V beteiligte sich an den Aktionen zum Internationalen Tag gegen Rassismus. Unter dem Motto „AWO gegen Rassismus“ trafen sich in Neustrelitz haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende des AWO Kreisverbandes Mecklenburg-Strelitz e.V.

Stellvertretend für alle Mitglieder und Beschäftigten hielten sie fünf Minuten inne, um gemeinsam ein öffentliches Zeichen gegen Rassismus und für demokratische Werte zu setzen.

Die Aktion „5 vor 12“ nahm Bezug zu den Verbrechen der NSU und der Gedenkfeier für die Opfer, die wenige Wochen zuvor stattgefunden hat. Der Kreisvorstandsvorsitzende Roland Toebe verdeutlichte vor dem Hintergrund der AWO-Grundwerte die Notwendigkeit, sich gegen rechtsextremes Gedankengut zu wehren.

| 01 Vorstandsvorsitzender Rudolf Borchert / Landesgeschäftsführer Bernd Tünker.

| 02 Team Fanprojekt: Nico Stroech, Susanne Binsch, Anna Hillebrand, Martin Brochier.

| 03 Engagiert für Demokratie und gegen Rassismus.

| 04 Abschied und Ehrung von Ulf Skodda.



| AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.

50 Jahre Der Sommerberg

Der Sommerberg, dessen Gesellschafter die AWO Mittelrhein und ihre Mitgliedsverbände sind, feierte im Jahr 2012 seinen 50. Geburtstag. Die AWO Betriebsgesellschaft ist eine dezentrale Einrichtung der Kinder-, Jugend-, Familien- und Eingliederungshilfe und bietet sozialraumorientierte Hilfen, Hilfen mit System und Hilfen aus einer Hand.

Die insgesamt 18 Jubiläumsveranstaltungen waren ganz nach der Art des Sommerbergs: in fünf verschiedenen Regionen und über das ganze Jubiläumsjahr verteilt. Genauso dezentral und regional, wie der Sommerberg mit seinen Angeboten und Einrichtungen aufgestellt ist. Die Palette reichte vom einwöchigen Zirkusprojekt über Kunstworkshops und die aktive Teilnahme an Stadtfesten bis hin zu Fach- und Infoveranstaltungen. Der Einsatz aller Beteiligten und deren Begeisterung haben diese Veranstaltungen so lebendig gemacht – denn auch einmalige Veranstaltungen hinterlassen Spuren und schaffen, getreu dem Jubiläums-Motto des Sommerbergs: Räume. Für Menschen – Perspektiven. Zum Leben. www.awo-der-sommerberg.de

Zusammenarbeit der AWO mit muslimischen Verbänden

Salafisten, Milli Görüs, DITIB ... Was steht hinter diesen Namen und Abkürzungen, was ist ihr Ursprung und welche Rolle haben sie unter den Migrantenorganisationen in Deutschland? Die Integrationsagentur der AWO Mittelrhein hat dazu einen Überblick geschaffen, der der gesamten AWO zur Verfügung gestellt wurde: „Kooperation mit muslimischen Verbänden – eine Orientierungshilfe“ heißt der Titel einer Broschüre, die von Dr. Susanne Schmidt, Mitarbeiterin der Integrationsagentur

der AWO Mittelrhein, geschrieben und 2012 vom AWO Bundesverband veröffentlicht wurde.

Erkenntnisse über die wichtigsten muslimischen Organisationen finden sich in der Veröffentlichung ebenso wie kurze Darstellungen der muslimischen Organisationen, die in Deutschland tätig sind. „Die Deutsche Islamkonferenz führt den großen Dialog der Religionen auf der Bundesebene. Wir möchten unsere Verbände dazu anregen, die praktische Kooperation lokal vor Ort zu suchen“, fasst Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied des AWO Bundesverbandes, das Ziel dieser Veröffentlichung zusammen. Die Broschüre gibt es auf www.izikoe.de oder in Druckfassung kostenfrei beim AWO Bundesverband.

„Vielfalt – Das Bildungsmagazin“

„Vielfalt – Das Bildungsmagazin“, herausgegeben von AWO Mittelrhein und erstellt von ihrer Integrationsagentur, erreichte im Jahr 2012 erstmals mehr als 1.000 Abonentinnen und Abonnenten – und das zunehmend auch bundesweit. Wurde das Magazin zunächst in den Bereichen Migrationsarbeit und interkulturelle Pädagogik wahrgenommen, so hat es sich im Jahr 2012 mit zwei Schwerpunktheften zum Thema Inklusion auch auf diesem Feld einen Namen gemacht. 1.700 Menschen lassen sich mittlerweile regelmäßig über aktuelle bildungspolitische Debatten sowie über die Themen Inklusion, Antidiskriminierung, Rassismus und Migration informieren. Sie finden im Bildungsmagazin zudem auch praktische Hinweise für die Umsetzung interkultureller, inklusiver und vorurteilsbewusster Ideen und Konzepte im Alltag. Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Fachleute kommen zu Wort. Lesens- und Nachahmenswertes wird vorgestellt. www.integrationsagentur-awo.de.

| 01 Ein Zirkusprojekt war eine der Jubiläumsveranstaltungen des Sommerbergs (Foto: Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH).

| 02 Die noch im Bau befindliche DITIB-Zentralmoschee Köln (Foto: AWO Mittelrhein).

| 03 „Vielfalt – Das Bildungsmagazin“: Schwerpunkt Inklusion (Foto: AWO Mittelrhein).



| AWO Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz e.V.

Kinder- und Jugendhilfe

Unverändert beteiligte sich der Bezirksverband mit seiner Tochtergesellschaft „awo-anderland“ am weiteren Ausbau der Schülerbetreuung an Schulen, von der Förderschule bis zum Gymnasium. Gerade im ländlichen Bereich nimmt die Nachfrage nach ganztägiger Betreuung überproportional zu. Unsere Seniorenheime sind häufig bei der Versorgung mit Mittagessen beteiligt. Die Kooperation von Schülerbetreuung und Seniorenheimen soll noch weiter ausgebaut werden, z. B. durch Mitwirkung bei der Berufsfindung oder Darstellung des sozialen Berufsfeldes.

Im Kindergartenbereich wurde in vielen Kindergärten der verstärkten Nachfrage nach Krippenplätzen durch Erweiterungsmaßnahmen Rechnung getragen. Die hierzu erforderlichen Baumaßnahmen konnten aufgrund der Sonderförderung problemlos verwirklicht werden.

Das AWO-Kinderhaus Passau-Neustift wurde 2003 als Hort für vier Gruppen erbaut. Jetzt ist das Kinderhaus altersübergreifend mit zwei Krippengruppen, einer Kindergartengruppe und zwei Hortgruppen ausgestaltet. Kinder können bis zu 15 Jahre in einer Einrichtung verbleiben. Der Schwerpunkt der Schülerbetreuung liegt in der Volksschule nebenan, wo die AWO in den verschiedenen Schülerbetreuungsformen Kooperationspartnerin ist. Über 150 Schüler/innen nehmen die Betreuung an der Schule wahr.

Mehrgenerationenhaus

Mit einem Neubau hat der AWO Kreisverband Landshut ein Begegnungszentrum für Jung und Alt verwirklicht: Kindertagesstätte, Veranstaltungsraum für Jung und Alt, ein kleines Stadtteilcafé, der AWO-Laden, die Tagespflege für Pflegebedürftige, Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren, Familien, Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten und vieles mehr.

Das Mehrgenerationenhaus in Landshut ist eine Antwort auf den demografischen Wandel, ein Beitrag, die soziale Isolation zu überwinden.

Senioreneinrichtungen

Im Bereich der Seniorenheime wird die integrierte Tagespflege ausgebaut.

Neben der Kurzzeitpflege ermöglicht die Tagespflege im Seniorenheim, mit der optimalen Infrastruktur bedarfsgerecht den Wünschen von älteren Mitbürgerinnen und -bürgern nachzukommen: so lange wie möglich zu Hause zu bleiben.

Die Tagespflege entlastet pflegende Angehörige durch die variable, tageweise Pflege und Betreuung, überwindet die soziale Isolation und die Vereinsamung der Betroffenen.

Das AWO-Seniorenzentrum „Alfons Gerstl“ in Vilsbiburg errichtete eine Tagespflegestation mit 12 Plätzen im ehemaligen Schülerhort des AWO Ortsvereins in der angrenzenden Wohnanlage.

| 01 Ein großes Fest für Kinder, Erwachsene und die AWO: Eröffnung des Mehrgenerationenhauses in Landshut.

| 02 Auch Tagespflege ist Vertrauenssache.

| 03 Tagespflege Vilsbiburg: Ein Osterstrauch in Gemeinschaft macht Spaß und weckt Erinnerungen.



| AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

5 vor 12 – AWO gegen Rassismus

„Auch wenn es schon fast 60 Jahre zurückliegt, dass den braunen Massenmördern in Deutschland ein Ende bereitet wurde, so ist noch lange nicht vergessen, dass sie weite Teile Europas in Schutt und Asche gelegt, die systematische Vernichtung des jüdischen Volkes betrieben und Millionen von Menschen auf dem Gewissen haben! [...] Wenn jetzt erneut Neonazis in Deutschland – rassistisch motiviert – Menschen ermorden, dann ist es allerhöchste Zeit, ein deutliches Zeichen gegen Rassismus zu setzen!“ Mit diesen Worten forderten Bezirksvorsitzende Britta Altenkamp MdL und Geschäftsführer Erwin Knebel die Beschäftigten und die Mitglieder der AWO am Niederrhein auf, am 21. März 2012, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, an der von der Türkischen Gemeinde Deutschlands ins Leben gerufenen Aktion „5 vor 12“ teilzunehmen.

Mit Erfolg: Keine Kampagne vorher hatte bei der AWO am Niederrhein jemals mehr Resonanz gefunden. Flächendeckend – von Leverkusen bis Kleve und von Mönchengladbach bis ins Bergische Land – war die AWO an diesem Tag auf der Straße und demonstrierte mit unterschiedlichsten Aktionen für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben. Der Aufruf, weitere Informationen und zahlreiche Fotos sind auf der Internetseite des Bezirksverbandes (<http://www.awo-nr.de/Gegen-Rassismus.1536.0.html>) zu finden.

Die vielen positiven Rückmeldungen aus der Belegschaft zeigen nicht nur, dass die AWO „Werte lebt“, sondern stimmen auch hoffnungsvoll im gemeinsamen Kampf gegen rechts.

Personalmanagement Award 2012

Gemeinsam starteten die Bezirksverbände Mittelrhein und Niederrhein 2010 das Projekt „Das Gold in den Köpfen: Nachwuchs fördern – Vielfalt stärken“, um dem demografischen Wandel und dem damit verbundenen Mangel an Fach- und Führungskräften zu begegnen. Gezielte und strategische Personalentwicklung in den eigenen Einrichtungen – vor allem bei gering Qualifizierten und Beschäftigten mit Migrationshintergrund – sah man dabei als Schlüssel zum Erfolg dieses – mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und des Bundes geförderten – dreijährigen Projektes.

Eine Vielzahl von Pflegeeinrichtungen und Kindertageseinrichtungen und fast 500 Beschäftigte profitierten von zahlreichen Qualifizierungsmaßnahmen, die vor allem bei brachliegenden Kompetenzen – wie z. B. Mehrsprachigkeit – und zuwanderungsspezifischen Berufs- und Lebenserfahrungen ansetzten. Fachlichkeit und Sozialkompetenz wurden dabei ebenso gefördert wie das Selbstwertgefühl und die Motivation der Beschäftigten. Und nicht zuletzt haben die beiden Bezirksverbände als Arbeitgeber an Attraktivität gewonnen.

Darüber hinaus hat das Projekt im Juni 2012 eine zusätzliche Erfolgsbestätigung erfahren: Für seine „besonders innovativen und erfolgreichen Leistungen im Diversity Management“ wurde „Das Gold in den Köpfen“ vom Bundesverband der Personalmanager mit dem Deutschen Personalmanagement Award 2012 ausgezeichnet. Projektleiterin Tamara Zeidler konnte den Preis im Rahmen der großen Galaveranstaltung „Nacht der Personaler“ im Friedrichstadt-Palast in Berlin entgegennehmen.

| 01 Gemeinsame Kundgebung von Bezirks- und Kreisjugendwerk und AWO Bezirks- und Kreisverband vor der Geschäftsstelle der AWO Essen (Foto: AWO Niederrhein).

| 02 Bereichsleiter Jürgen Otto und Projektleiterin Tamara Zeidler nach der Preisverleihung (Foto: Stephan Baumann).



| AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.

Gesundheitszirkel

Am 1. Juni 2010 startete unter dem Titel „Weit blicken – flexibel handeln“ das gemeinsame Personalentwicklungsprojekt des AWO Bezirksverbandes Ober- und Mittelfranken e.V. und des AWO Kreisverbandes Nürnberg e.V. Es wird bis 2013 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Das Projekt soll unter anderem der Gesundheitsförderung der Mitarbeitenden dienen. Dazu wird ein systematisches betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut. In diesem Rahmen entstand der sogenannte „Gesamtlenkungskreis Betriebliches Gesundheitsmanagement“. Dieser entschied in Kooperation mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), gemeinsam Neuland zu betreten, und startete das bundesweit einzigartige Pilotprojekt „Gesundheitszirkel in Kindertagesstätten“.

Gesundheitszirkel sind moderierte Sitzungen zur Ermittlung von gesundheitsgefährdenden Belastungsfaktoren am Arbeitsplatz, Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen und deren anschließender Umsetzung. Teilnehmende sind Mitarbeitende, die als Expertinnen und Experten für die entsprechenden Themen fungieren. Den Gesundheitszirkeln vorgeschaltet ist eine Arbeitssituationsanalyse (Asita). Hier werden Arbeitsumgebung, Arbeitsorganisation, Tätigkeiten, soziales Klima und Führung untersucht.

Die Rückmeldungen der 12 teilnehmenden Einrichtungen waren durchweg positiv, da wichtige Themen strukturiert bearbeitet werden und nach individuellen Lösungen gesucht wird.

Der Bezirksverband hat sich daher entschieden, das Projekt auf die anderen Einrichtungsarten auszuweiten und hat hierfür weitere 12 Moderatoren ausgebildet.

Mittelfränkische AWO-Kliniken für Mutter und Kind für hohe Qualität ausgezeichnet

Zum wiederholten Mal wurde der AWO-Klinik Zur Solequelle sowie der AWO-Seenlandklinik Lindenhof das Qualitätszeichen der AOK Bayern verliehen. Im August 2012 wurden die Einrichtungen bei einer Begehung durch zwei Prüfer der AOK Bayern anhand eines umfangreichen Prüfkataloges bewertet und im Ergebnis als Vorzeigeeinrichtungen bezeichnet. Der AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken ist auch Träger der AWO-Nordseeklinik Erlengrund in Schleswig-Holstein.

Alle drei Vorsorge- bzw. Rehabilitationseinrichtungen für Mutter und Kind sind bereits nach den ab 2012 gesetzlich vorgeschriebenen Richtlinien der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) und dem AWO-QM Reha zertifiziert und erfüllen höchste Qualitätsanforderungen.

2012 konnten in den drei Kliniken insgesamt 1.253 Mütter mit 2.123 Kindern eine stationäre Maßnahme durchführen. Um den gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung zu tragen, werden die konzeptionellen Schwerpunkte der Kliniken ständig weiterentwickelt. Neben den wesentlichen Themen Burn-out, Ernährungsumstellung, Trauerbewältigung und Erziehungsberatung wurde das Angebot um den Schwerpunkt Erwachsene in Pflegeverantwortung ergänzt. In Bad Windsheim werden zu bestimmten Terminen auch Väter mit ihren Kindern aufgenommen.

| 01 *Leiterin der Bad Windsheimer AOK Bianca Holzmann, Leiterin der Klinik Zur Solequelle Ute Horak, AOK-Regionalleiter Manfred Beuke, Fachbereichsleitung AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken Sonja Borzel, Qualitätsbeauftragte der Klinik Zur Solequelle Daniela Corona und Manfred Reuther, Firmenbetreuer der AOK (v.l.n.r.).*

| 02 *Die beiden AOK-Repräsentanten Dieter Schwab und Otto Walk (links und rechts außen) freuen sich mit Sonja Borzel vom AWO Bezirksverband, Lindenhof-Chefin Anna Dörrfuß und Bürgermeister Joachim Federschmidt (v.l.) über die fünfte Auszeichnung der Seenlandklinik in Folge (Foto: Gruber, Altmühl-Bote).*



| AWO Bezirksverband Oberbayern e.V.

Eröffnung AWO-Zentrum Burghausen

Im November 2012 hat der AWO Bezirksverband Oberbayern nach zweieinhalb Jahren Bauzeit das neue AWO-Zentrum, in dem neben dem Seniorenzentrum „Georg-Schenk-Haus“ nun auch eine sozialtherapeutische Einrichtung untergebracht ist, feierlich eröffnet.

Mit dem Neubau hat der Verband die architektonische Grundlage für die Weiterentwicklung seiner Pflege- und Betreuungsangebote im Seniorenzentrum geschaffen. So kann nun einerseits das alltagsorientierte kleingruppige Wohngruppenkonzept idealtypisch umgesetzt werden. Andererseits wurde die gerontopsychiatrische Wohngruppe den Bedürfnissen der Bewohner/innen angepasst und offen konzipiert.

Das Wohngruppenmodell setzt die AWO Oberbayern seit vielen Jahren erfolgreich in ihren Seniorenzentren um. Im Vordergrund steht dabei das Bemühen, auch für pflegebedürftige Menschen eine normale Lebens- und Wohnqualität aufrechtzuerhalten. Konkret bedeutet dies, dass in der stationären Pflege Bewohnerinnen und Bewohnern einer Wohngruppe neben ihren persönlichen Wohnräumen ein gemeinsam genutztes Wohnzimmer sowie eine gemeinsame Wohnküche zur Verfügung stehen. Eine besondere Funktion hat dabei die Küche: Hier werden die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten nahe am Bewohner organisiert, sodass sie erlebbar sind und wie selbstverständlich dem Tag Struktur geben. Dafür arbeiten die hauswirtschaftlichen Mitarbeiterinnen in der Wohngruppe

als sogenannte hauswirtschaftliche Servicekräfte. Pflegekräfte und Hauswirtschaftspersonal verstehen sich dabei als multiprofessionelles Team, das gemeinsam zum Wohl der dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner beiträgt.

Im Neubau ebenfalls untergebracht ist das integrierende Modellprojekt für ältere Menschen mit psychischer Erkrankung, mit dem die AWO Oberbayern in Burghausen eine Versorgungslücke geschlossen hat. Die AWO bietet hier fortan psychisch Kranken, die älter als 60 Jahre alt sind und häufig keine angemessenen Hilfsangebote finden, neben einer Tagesstätte sieben interne und acht externe Plätze für ambulant betreutes Einzelwohnen.

In der Tages- und Begegnungsstätte finden Besucher/innen ein vielfältiges Angebot, um ihrem Lebensalltag eine sinnvolle Struktur zu geben, sowie die Möglichkeit, im laufenden Kaffeebetrieb mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen. Durch sozialpädagogisch ausgebildete Fachkräfte wird hier gezielt auf die soziale Integration der Besucher/innen hingearbeitet. Das ambulant betreute Einzelwohnen hat zum Ziel, durch fachgerechte Angebote im häuslichen Umfeld eine verfrüht stationäre Unterbringung zu vermeiden. Es soll helfen, einer Vereinsamung entgegenzuwirken und dabei die Selbstständigkeit bestmöglich zu erhalten. Durch diese Kombination aus betreutem Einzelwohnen und den umfangreichen Angeboten der Tagesstätte bestehen vielfältige bedarfsgerechte Möglichkeiten, flexibel auf den individuellen Hilfebedarf der Betroffenen einzugehen.

Impressionen des 2012 neu eröffneten AWO-Zentrums Burghausen.



| AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.

Hilfe, die ankommt

Kompetent, sozial und engagiert setzt sich die AWO in Ostwestfalen-Lippe (OWL) für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Viele soziale Angebote werden von den 12.500 Mitgliedern in 140 Ortsvereinen und sieben Kreisverbänden, den 2.500 Freiwilligen sowie den 5.500 Beschäftigten in rund 250 Einrichtungen und Diensten organisiert. Es ist Hilfe, die ankommt.

Kinder, Senioren & mehr

In OWL ist die AWO Trägerin von Begegnungszentren, Behinderteneinrichtungen, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kurhäusern, Pflegediensten und -einrichtungen, Tagesgruppen und Seniorentreffs. Den Schwerpunkt der Aktivitäten bilden die mehr als 100 Kindertageseinrichtungen und neun Seniorenzentren.

Über die Region hinaus bekannt sind der Einrichtungsverband Spatzenberg für Erwachsene mit Autismus-Spektrum-Störungen und die Freiwilligenakademie OWL (www.freiwillige-owl.de). Auch das Modell der Teambegleiter/innen für die frühkindliche Bildung in Kitas und der Vertretungskräftepool haben Modellcharakter.

Inhaltliche Schwerpunkte des Jahres 2012 waren:

- der Ausbau der U3-Betreuung,
- die Modernisierung von Seniorenzentren,
- die Umsetzung der Inklusion,
- die gesunde Ernährung in Kitas,
- der bedarfs- und qualitätsorientierte Ausbau sozialer Dienstleistungen

Alle Einrichtungen und Dienste der AWO in OWL verfügen über ein Qualitätsmanagement. Viele sind extern zertifiziert. Der AWO Bezirksverband ist als familienfreundliches Unternehmen nach dem audit berufundfamilie anerkannt.

Nachwuchsförderung

Besonderer Wert wurde auf die Gewinnung, die Förderung und die Bindung von Nachwuchsfachkräften gelegt. So wurde ein Online-Portal für Stellenbewerbungen und Bewerberauswahl eingerichtet (www.perspektive-awo.de). Auch die Mitarbeiterfortbildung wurde intensiviert. Das betriebliche Gesundheitsmanagement wurde fortgeführt. Im AWO-Berufskolleg für Sozial- und Gesundheitsberufe (www.awo-berufskolleg.de) werden Erzieher/innen und Heilerziehungspfleger/innen ausgebildet und weiterqualifiziert. Pflegefachkräfte werden im AWO-Fachseminar für Altenpflege geschult (www.awo-altenpflegeausbildung.de). Träger ist jeweils der Bezirksverband.

Kontakt und Koordination

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ist die AWO OWL koordinierend tätig und Ansprechpartnerin für Kommunen, Behörden, Verbände und Einrichtungen. Sie ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der AWO in NRW, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW und des Bundesverbandes der AWO. Weitere Informationen zu den Aktivitäten und Schwerpunkten, Einrichtungen und Diensten der AWO in Ostwestfalen-Lippe finden sich unter www.awo-owl.de.

|01 Der sparsame und nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist ein Thema für Kitas. In Bielefeld haben sich die AWO-Kitas auch bereits an der KlimaWoche beteiligt.

|02 Nach mehrjähriger Modernisierung bei laufendem Betrieb konnte das Haus Müllerburg in Oerlinghausen 2012 neu eröffnet werden.

|03 Unter dem Motto „Offen für Neues und Neue“ wurden auf der Bezirkskonferenz 2012 wichtige Weichen für die Zukunft gestellt.



| AWO Bezirksverband Pfalz e. V.

Bei der AWO Pfalz weht ein frischer Wind

Getreu dem Motto „Stillstand ist Rückschritt“ blieb die AWO auch im vergangenen Jahr nicht untätig. Erneuerung, Innovation und Verbesserungen zeichneten das Jahr 2012 aus.

Diese vielen Neuerungen wurden auch nach der Bezirkskonferenz vom 18. August 2012 durch den nun bestätigten alten Vorstand weiter begleitet. Wiedergewählt wurden Klaus Stalter, Franz Schermer und Wilhelm Zeiser.

Nachdem Hans-Werner Kienitz Ende des Jahres in Altersteilzeit gegangen war und Werner Wagner als alleiniger Geschäftsführer den Bezirksverband leitet, wurde für die Verbandsarbeit die Stelle eines Referenten für Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit geschaffen. Auf die Verbandsarbeit soll damit für die kommenden Jahre ein neuer Schwerpunkt gelegt werden.

In den Einrichtungen der AWO Pfalz betrifft eine weitere Veränderung die kulinarische Versorgung der Bewohner/innen in den Seniorenhäusern sowie der Kundinnen und Kunden von „Essen auf Rädern“ und allen anderen Freundinnen und Freunden der Küche und des offenen Mittagstisches.

2012 wurde ein spezielles Gastronomiekonzept entwickelt, mit dem nach der Umstellung von ei-

nem externen Küchenmanagement auf die interne Organisation der hauseigenen Küchen nun eine Versorgung auf Hotelstandard gewährleistet werden soll.

Im Seniorenhaus in Kaiserslautern schritt der Umbau weiter voran. An diesem Standort wurde außerdem ein neues Lichtkonzept eingeführt, das über eine spezielle Lichtsteuerung verschiedene tageszeitliche Lichtszenen simuliert und somit in einer Zeitsequenz von 24 Stunden durch eine Tageslichtnachführung zur Orientierung der Bewohner/innen in der Tagesstruktur beiträgt.

An allen Standorten wurde zudem nach der Implementierung der elektronischen Bewohnerdokumentation und der Installation moderner Telekommunikationsanlagen ein digitales Dienstplansystem eingeführt.

Trotz dieser nötigen Investitionen konnte der wirtschaftlich nun wieder gesunde Bezirksverband 2012 Sonderzahlungen an seine 816 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen leisten.

Erfolgreich war wie in den vergangenen Jahren auch die Zusammenarbeit der drei Verbände AWO Pfalz, AWO Rheinland und AWO Saarland bei AWO Südwest, wo auf diversen Arbeitsgebieten durch die intensive gemeinsame Arbeit Fortschritte erzielt werden konnten.

Werbekampagne für die Seniorenhäuser der AWO Pfalz.

Home-Office



Lebensqualität muss keine Frage des Alters sein. Lassen Sie sich das Homeoffice für Ihre Vernetzung mit der Welt zeigen. Wir verbinden Privat zu einem schnellen Log-in.



Liebes-Laube



Lebensqualität muss keine Frage des Alters sein. Lassen Sie sich Ihre Liebeslaube für einen neuen, aufregenden Lebensabschnitt zeigen. Die Blumen warten schon auf Sie!



Wellness-Oase



Lebensqualität muss keine Frage des Alters sein. Lassen Sie sich Ihre Wellnessoase für einen neuen, entspannten Lebensabschnitt zeigen. Wir schweden schon einmal die Durlane für Sie.



| AWO Bezirksverband Potsdam e.V.

Exekutive Funktionen – Basis für erfolgreiches Lernen. Fachtagung mit Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer
Ein großer Erfolg war die erste gemeinsame Fachtagung des AWO Bezirksverbandes Potsdam e.V. und der Firma Wehrfritz. Rund 700 Erzieherinnen und Erzieher sowie Pädagoginnen und Pädagogen aus verschiedenen Bundesländern waren am 16. Mai 2012 nach Potsdam in den Nikolausaal gekommen, um gemeinsam mit dem Hauptreferenten Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer sowie der Diplom-Sportwissenschaftlerin Laura Walk und der Kommunikationstrainerin Heike Bauer-Banzhaf über exekutive Funktionen als Basis für erfolgreiches Lernen zu diskutieren.

Worauf es beim Lernen ankommt, ist nach Prof. Spitzer, dem Ärztlichen Direktor der Uni-Klinik Ulm und Leiter des Transferzentrums für Neurowissenschaften und Lernen, ganz einfach: Es geht darum, dass wir die richtigen Beispiele dargeboten bekommen! Wir könnten zum Beispiel alle kein Deutsch, wenn wir nicht während der Zeit des Spracherwerbs die richtigen sprachlichen Beispiele gehabt hätten. Und Kinder lernen, wenn sie emotional richtig dabei sind. Seine Forschungen haben Prof. Spitzer folgerichtig zu einem scharfen Kritiker der Computerisierung der Schulen, insbesondere auch des Fernsehens und von Videospiele gemacht.

„Altenpfleger, die werden gebraucht“.

AWO Potsdam startet Kampagne für mehr Altenpflegenachwuchs

Pünktlich zur Märkischen Bildungsmesse in Potsdam Ende März 2012 stellte der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. seine neue Kampagne mit dem Titel „Du bist die Zukunft!“ vor. Mit einer Internet-

seite, Flyern, Plakaten und einem eigenen Werbefilm sollten frühzeitig junge Menschen für den Beruf des Altenpflegers/der Altenpflegerin begeistert werden. Hintergrund ist der zunehmende Fachkräftemangel in den Pflegeberufen in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Wie die aktuelle Fachkräftestudie der Länder Berlin-Brandenburg zeigt, kann bereits heute jede zehnte Stelle im medizinischen Bereich in Brandenburg nicht besetzt werden – Tendenz steigend. Im Mittelpunkt der Kampagne stand die Auszubildende Dajana Ferger, die sich im dritten Lehrjahr befand und aus ihrem Arbeitsalltag berichtete.

Eingebunden war auch Andrea Wicklein, SPD-Mitglied im Bundestag, die sich auch künftig u. a. für eine Änderung der Ausbildungsvergütung stark machen will.

Der Antrag der SPD-Fraktion „Für eine umfassende Pflegereform – Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“ wurde im vergangenen Jahr abgelehnt. Nun sei es umso wichtiger, „eine echte Pflegereform, die der Lebenssituation der Menschen und den Bedürfnissen der Betroffenen und Beschäftigten gerecht wird, durchzusetzen“, sagte Andrea Wicklein.

TÜV-Siegel für den gesamten Bezirksverband

Nach fünf Jahren intensiver Erarbeitung eines Qualitätsmanagementsystems erhielten der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. und seine Tochtergesellschaften im vergangenen September das TÜV-Siegel. Insgesamt waren in zwei Prüfwochen im Mai 38 der knapp 70 Einrichtungen des Bezirksverbandes geprüft worden. Auditorin Gisela Kirsch vom TÜV-Nord nannte das Ergebnis ein „Super-Resultat für eine Erstzertifizierung“.

|01 Prof. Dr. Dr. Spitzer während der Fachtagung.

|02 Rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe folgten der Einladung in den Potsdamer Nikolausaal.

|03 Start der Kampagne für mehr Altenpflegenachwuchs.



| AWO Bezirksverband Rheinland e.V.

Das Ziel, den Bezirksverband weiterzuentwickeln, hat die AWO Rheinland auch im Jahr 2012 mit hohem Anspruch verfolgt. So hat der Bezirksverband Rheinland als erster großer Altenheim-Betreiber in Rheinland-Pfalz Zeitwertkonten für seine Mitarbeiter/innen eingeführt. Diese eröffnen Arbeitnehmerinnen und -nehmern größere Flexibilität in der Lebensplanung. Bereits über 120 Mitarbeitende nutzen die Chance auf eine längere Auszeit vom Job oder die Aussicht auf den vorgezogenen Ruhestand. „Ein toller Erfolg“, freut sich AWO Rheinland-Geschäftsführer Winfried Bauer, „das Gesamtanlagevolumen beläuft sich bereits auf fast 190.000 Euro. Wir rechnen damit, dass noch viele weitere unserer rund 1400 Mitarbeiter, die davon Gebrauch machen können, es auch tun werden.“ Das Prinzip der Zeitwertkonten ist einfach: Der Arbeitnehmer lässt sich einen Teil seiner Vergütung nicht auszahlen. Daraus entsteht der Anspruch auf bezahlte Freistellung. Die Phasen der Arbeitspause können dabei von den Mitarbeitenden ganz nach Wunsch genutzt werden, zum Beispiel für Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Weiterbildung, längere Reisen oder eben die Frührente. „Zukunft sozial gerecht gestalten“ war das Motto der 23. Bezirkskonferenz im Juni in Montabaur. Neben Anträgen unter anderem zu den Themen Altersarmut, Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben ab 2050 und Wahlalter ab 16 standen auch Personalfragen auf der Tagesordnung. 107 von 113 Delegierten votierten bei der Wahl des Vorsitzenden für Rudi Frick. Frick ist seit dem Jahr 2000 Vorsitzender der AWO Rheinland. Er wurde im November bei der AWO Bundeskonferenz mit einem überzeugenden Ergebnis erneut zum stell-

vertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des AWO Bundesverbandes gewählt und ist unter anderem Vorsitzender von AWO International und Vorsitzender von Aktion Deutschland Hilft, ADH. Frick möchte „unsere Mitgliederorganisation und unsere Einrichtungen in eine sichere Zukunft führen, zum Wohl der Mitglieder, Mitarbeiter und Kunden, und außerdem die Zusammenarbeit der AWO Südwest stärken und das Miteinander stabilisieren.“

Ein weiteres innovatives Projekt ging an den Start: Seit August bietet die AWO Bildung und Arbeit Westerwald Bildungsveranstaltungen an, die vom einstündigen Vortrag bis zum zweijährigen Lehrgang reichen. „Impulse für ein Gutes Leben“ ist das Motto der gemeinnützigen GmbH. Die Kursangebote erfahrener Referentinnen und Referenten rund um die Themen Arbeit, Arbeit und Beruf, Körper und Gesundheit, Politik und Gesellschaft, Familie und Freizeit sowie Sinn und Kultur richten sich an Interessierte aller Bevölkerungsgruppen. Ziel ist es, neue Impulse zu geben, Begegnungen zu fördern und dabei Achtsamkeit, Toleranz und den Anspruch auf gleiche Rechte und Chancen für alle nicht außer Acht zu lassen.

Die integrierte AWO-eLearning-Akademie ergänzt das Programm mit Online-Kursen. Die AWO Bildung und Arbeit Westerwald hat ihren Sitz im AWO-Seminarhotel Westerwald. Die Weiterbildungsorganisation ist eine Einrichtung der AWO Westerwald, die aus dem 1996 gegründeten ehrenamtlich organisierten Bildungswerk der AWO Westerwald entstanden ist. Infos unter www.awo-bildung-und-arbeit.de.

- | 01 Der Vorsitzende Rudi Frick (Mitte) und seine Stellvertreter/innen (v.l.): Hans-Georg Götze aus Trier-Saarburg, Christiane Heinrich-Lotz aus Koblenz, Ursula Orth aus Alzey-Worms und Klaus Gewehr vom Rhein-Hunsrück.
 | 02 „Die Arbeiterwohlfahrt ist einer der großen sozialpolitischen Akteure in Deutschland“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer, damals noch Sozialministerin, auf der Bezirkskonferenz der AWO Rheinland (Fotos: Frey).



| AWO Landesverband Saarland e.V.

Der AWO neuen Schub geben

Die Landeskonferenz 2012 stand im Zeichen von Abschied und Neubeginn an der Spitze des Verbandes. Der neue Landesvorsitzende der AWO, Marcel Dubois, will den Wohlfahrtsverband kontinuierlich weiterentwickeln, die Arbeitsplätze seiner rund 5.000 Beschäftigten sichern und der ehrenamtlichen Arbeit durch das Werben junger Mitglieder neuen Schub geben.

Dubois folgte auf Paul Quirin, der die AWO seit 1986 geführt hatte. Quirin wurde in Anerkennung seiner großen Verdienste einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Zugleich erhielt er die höchste Auszeichnung, die die AWO in Deutschland zu vergeben hat: Bundesvorsitzender Wilhelm Schmidt verlieh ihm die Marie-Juchacz-Medaille.

Schmidt würdigte Quirin als „hochpolitischen und sehr engagierten Menschen“, dem auch der AWO Bundesverband viel zu verdanken habe. „Sie haben die AWO Saar zu einem großen Unternehmen gemacht“, sagte Staatssekretärin Gaby Schäfer, die sich namens der Landesregierung auch für die Unterstützung beim Ausbau und der Schaffung zusätzlicher Plätze in Kindertagesstätten bedankte. Das vielfältige soziale Engagement der AWO sei unbezahlbar. „Die Stimme der AWO hat Gewicht“, sagte Saarbrückens Oberbürgermeisterin Charlotte Britz und verwies auf die breiten sozialpolitischen Wirkungsmöglichkeiten des Wohlfahrtsverbandes.

Neben dem Wechsel an der Verbandsspitze war die zweitägige Konferenz von Sacharbeit geprägt. Die Delegierten verabschiedeten eine Reihe von Anträgen zur Sozialpolitik, Kinder und Jugendarbeit, Alten- und Behindertenhilfe. Zugleich wurde die neue Mitglieder-Werbekampagne „Mach Mitmensch“ gestartet.

| 01 *Anerkennung für seine Verdienste: Bundesvorsitzender Wilhelm Schmidt überreicht Paul Quirin die Marie-Juchacz-Medaille.*

| 02 *Ovationen für den neuen Landesvorsitzenden Marcel Dubois: Mit großer Mehrheit wählt die Landeskonferenz ihn zum neuen Vorsitzenden der AWO Saarland.*

| 03 *„Stolperstein“ für Johanna Kirchner: Der Künstler Gunter Demnig verlegt den Stein. Paul Quirin und Isolde Ries blicken neugierig auf das Werk.*

„Stolperstein“ erinnert an Johanna Kirchner

Auf Initiative der AWO hat die Stadt Saarbrücken in der Bahnhofstraße, einer der meistbesuchten Einkaufsstraßen im Südwesten, einen „Stolperstein“ verlegen lassen. Er erinnert an die Sozialdemokratin, Mitbegründerin der AWO und Widerstandskämpferin Johanna Kirchner. Sie wurde wegen Landesverrat zum Tode verurteilt und am 9. Juni 1944 von den Nationalsozialisten in Berlin-Plötzensee hingerichtet. In Anwesenheit zahlreicher Vertreter/innen der Stadt, AWO, Politik und anderer gesellschaftlicher Gruppen, darunter auch Landtagsvizepräsidentin Isolde Ries und der französische Generalkonsul im Saarland, Philippe Cerf, wurde der Gedenkstein von dem Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt.

„Das Schicksal von Johanna Kirchner macht uns traurig und stolz zugleich“, sagte Paul Quirin in seiner Ansprache. „Traurig, weil sie ihr Leben im Kampf auch für unsere Demokratie und Freiheit opfern musste. Stolz, weil sie eine von uns ist. Und weil sie mit ihrem Beispiel für uns ein Vorbild im Kampf für Demokratie, Toleranz und Völkerverständigung ist.“

Johanna Kirchner war nach der Machtergreifung durch die Nazis 1933 nach Saarbrücken emigriert. Hier fand sie Arbeit in einer Fremdenpension, die die inzwischen ebenfalls emigrierte Marie Juchacz in der Bahnhofstraße als Treffpunkt für Emigranten betrieb. Nach Jahren der Flucht wurde sie verhaftet und kam ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit. Dort wurde sie zunächst vom Vorwurf des Landesverrats befreit, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und schließlich doch zum Tode verurteilt.



| AWO Landesverband Sachsen e.V.

AWO Sachsen für Demokratie und Menschlichkeit – Projekt und überregionale Fachkonferenz

Mit dem Magdeburger Appell hat sich die AWO klar gegen jede Form von Menschenverachtung und Rechtsextremismus positioniert und dazu aufgerufen, in der Sozialen Arbeit selbst für demokratische Grundwerte einzutreten. Wie kann das gelingen? Am ehesten, indem wir auf allen Verbandsebenen vorleben, was wir fordern.

Das Projekt „Soziales Engagement stärken“ setzt sich seit 2011 für den Auf- und Ausbau demokratiefördernder Strukturen bei der AWO ein. Dafür werden Demokratiebeauftragte ausgebildet und Inhouse-Seminare angeboten.

Das Leitbild der AWO wird im Arbeitsalltag beispielsweise keineswegs widerspruchsfrei erlebt: Da können sozial gebotene Leistungen nicht mehr angeboten werden, weil sie wirtschaftlich nicht tragbar sind. Da empfinden Beschäftigte eine Diskrepanz zwischen ihrem alltäglichen Engagement und der ihnen entgegengebrachten Wertschätzung. Dass diese Aspekte thematisiert werden können, dass es nicht um Beschönigung geht, sondern um lebendige Diskussion, wird als Bereicherung erlebt und stößt Veränderungsprozesse an.

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert dieses Projekt. Die Programm-Fachkonferenz „Nah dran – Wir verbinden Ideen“ wurde im Oktober 2012 von der sächsischen AWO in Dresden ausgerichtet. 300 Teilnehmende tauschten sich zu verschiedensten Aspekten der Demo-

kratieförderung aus. Eine erfolgreiche Veranstaltung mit Tiefgang!

Weißes Gold für außergewöhnliches Engagement – Ehrenmedaille der Arbeiterwohlfahrt Sachsen

Die AWO-Landeskonferenz im März 2012 in Leipzig brachte beides: Kontinuität und Innovation. Unsere Landesvorsitzende Margit Wehnert wurde für die inzwischen dritte Amtszeit bestätigt. Auch ihre beiden Stellvertreter René Vits und Jens Krauß wurden mit deutlichen Ergebnissen wiedergewählt.

Neue Wege ging der Landesvorstand mit der ersten Vergabe der Ehrenmedaille der Arbeiterwohlfahrt Sachsen. Sie ist aus Meißner Porzellan gefertigt und trägt die Grundwerte der Arbeiterwohlfahrt Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Margit Wehnert: „Mit ihr sollen Personen ausgezeichnet werden, die die Grundsätze der Arbeiterwohlfahrt beispielhaft in die Lebenswirklichkeit der Menschen übersetzen und sich so um unseren Verband große Verdienste erworben haben. Zu Anfang haben wir jene Männer und Frauen geehrt, die sich in den letzten 20 Jahren besondere Verdienste für die AWO vor Ort, in den Kreis- oder Regionalverbänden erworben haben.“

Feierlich ausgezeichnet wurden: Dr. Dietmar Eckstein, Peter Fittig, Eugen Gerber, Klaus Glaubig, Brigitte Hahn, Dr. Frank Heltzig, Hellmut Herrmann, Gudrun Klein, Thomas Körner, Rosemarie Lange, Klaus Naumann, Dr. Helga Otto, Rudolf Paar, Hans-Günther Renger, Doris Renz und Heinz-Dieter Tempel.

| 01 *Schwerpunkt Ost: Die Wohnorte der Tagungsteilnehmenden.*

| 02 *Sachsens Innenminister Markus Ulbig als Schirmherr der Fachtagung „Nah dran“ mit dem AWO Landesgeschäftsführer Karlheinz Petersen.*

| 03 *Landesvorsitzende Margit Wehnert spricht zu den 300 Teilnehmenden der Fachtagung.*

| 04 *Aus Meißner Porzellan: Die Ehrenmedaille der Arbeiterwohlfahrt Sachsen.*



| AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Mitmachdatenbank der AWO-Ehrenamtsakademie in Sachsen-Anhalt

Mit unserer AWO-Ehrenamtsakademie haben wir 2012 ein Projekt entwickelt, das den Nerv der Zeit trifft. Auf der Landeskonferenz startete unsere Online-Projekt Datenbank für ehrenamtliches Engagement bei der AWO in Sachsen-Anhalt. Der Internetauftritt (www.AWO-LSA.de) zeigt auf, in welchen AWO-Projekten Ehrenamtliche ihre Ideen einbringen können. Interessierte haben die Möglichkeit, unkompliziert das für sie passende Ehrenamt zu finden. Wer sich ehrenamtlich bei uns engagieren will, kann die Angebote gezielt nach Ort, Tätigkeitsfeld und Zielgruppe durchsuchen. Außerdem werden Fortbildungen, Schulungen und Workshops angeboten, in denen ein offener Austausch möglich ist. Zielgruppen sind alle Menschen, die sich innerhalb unseres Verbandes ehrenamtlich engagieren oder mit ehrenamtlichen Kräften zusammenarbeiten.

Demokratiestammtische und Monitoring zum Einfluss der extremen Rechten

Intensiv haben wir uns 2012 dem Themenfeld Rechtsextremismus gewidmet. Im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ trug die AWO in Sachsen-Anhalt viel zur Demokratieförderung bei. Mit dem Projekt „Aktivieren. Motivieren. Bestärken. Demokratie ist, was du draus machst.“ konnten landesweit Impulse gesetzt werden, beispielsweise mit Demokratiestammtischen wie in der Multikulturellen Begegnungsstätte Weißenfels. Zudem startete der AWO Landesverband eine Qualifizierungsreihe zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Sozialen Arbeit, in der haupt- und ehrenamt-

liche Kräfte für antidemokratische Strukturen und Einstellungen sensibilisiert wurden. Am Ende des Projektes standen fachkompetente Mitarbeiter/innen, die Anzeichen für rechtsextreme Tendenzen und Einstellungen frühzeitig wahrnehmen und angemessen darauf reagieren können. Ein gemeinsam erarbeiteter Handlungsleitfaden kann Kolleginnen und Kollegen an den Projektergebnissen teilhaben lassen. Ferner erstellten wir ein Monitoring zu rechten und neonazistischen Strukturen im Land. Die 40-seitige Broschüre gibt einen Überblick zum Einfluss der extremen Rechten und analysiert das Wirken von Neonazis im Gemeinwesen. Die Broschüre kann unter presse@AWO-LSA.de bestellt werden.

Pflegehotline und Bündnis gegen Depression

Rund um die Uhr ist unsere kostenfreie Pflegehotline für Angehörige und Senioren unter 0800 6070110 erreichbar. Rund 300 Anrufer/innen haben im ersten Jahr dort Rat und Hilfe gesucht, meist aus einer aktuellen Pflegesituation heraus. Unter der Projektleitung der AWO Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH, einer hundertprozentigen Tochter des AWO Landesverbandes, und gefördert von der Aktion Mensch nahm 2012 das erste „Bündnis gegen Depression“ in Sachsen-Anhalt seine Arbeit auf. Institutionen, Organisationen, Vereine und Personen arbeiten zusammen, um die Öffentlichkeit für das Krankheitsbild Depression zu sensibilisieren sowie eine bessere Vernetzung und Schulung von Akteuren im Hilfesystem zu erreichen. Auch die Hilfe zur Selbsthilfe spielt eine wichtige Rolle. Schirmfrauen sind Sachsen-Anhalts ehemalige Sozial- und Gesundheitsministerin Dr. Gerlinde Kuppe und Kanu-Sportlerin Conny Waßmuth.

- |01 Interessierte können über den Internetauftritt der Ehrenamtsakademie ihr Wunsch-Ehrenamt finden.
- |02 Die Broschüre will im Bereich der Sozialen Arbeit gegenüber rechten Tendenzen sensibilisieren.
- |03 Durch Nachbarschaftsfeste und Gesprächsabende gelang es, Brücken zu schlagen und Menschen zusammenzubringen.



| AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Kampagne „Altersarmut bekämpfen – heute die Weichen für morgen stellen!“

Die AWO Schleswig-Holstein hat mit ihren Kooperationspartnern DGB Nord und Sozialverband Deutschland im Rahmen des Sozialen Bündnisses für Schleswig-Holstein im Juni 2012 eine landesweite Kampagne gegen Altersarmut ins Leben gerufen. Die Gefahr, persönlich von Altersarmut betroffen zu sein, steigt dramatisch an und betrifft verstärkt auch die kommenden Generationen. Die AWO Schleswig-Holstein und ihre Bündnispartner machen sich stark für einen neuen Kurs in der Rentenpolitik. Die sozial gerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung und armutsfeste Löhne sind eine Grundbedingung zur Verhinderung von Altersarmut. Begleitet wird die Kampagne von der Foto-Wanderausstellung „Altersarmut hat viele Gesichter“ der Fotografin Cynthia Rühmekorf. Landesweit finden Diskussionsrunden, Infoveranstaltungen und Aktionen rund ums Thema statt.

Projekt „Demokratie in der Heimerziehung“

„Zu Risiken und Nebenwirkungen der Heimerziehung ... fragen Sie Ihre Kinder, Jugendlichen und MitarbeiterInnen!“ – so heißt das beeindruckende Projekt des Fachbereichs Stationäre Jugendhilfe im Rahmen des Modellprojektes „Demokratie in der Heimerziehung“ des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit und des Landesjugendamtes. An dem Projekt beteiligen sich die Jugend- und Familienhilfe in Lübeck und Pinneberg mit vier anderen Trägern. Im Fokus der Arbeit stehen der Gedanke des Kinderschutzes und die Schaffung einer Beteiligungskultur in unseren Einrichtun-

gen. In Projektgruppen wurden nach einer Gefährdungsanalyse ein „Rechtekatalog“ und ein „Verhaltenskodex“ für die Kinder, Jugendlichen und Mitarbeiter/innen erarbeitet. Die „Charta der Rechte“ liegt als Broschüre vor. Besonders beeindruckt, teilweise überwältigt über die kritische, offene Form des Umgangs mit diesem sensiblen Thema waren ehemalige Heimbewohner/innen aus den 50er- und 60er-Jahren beim Ehemaligen-Treffen im März 2012. Ein Bericht zum Projekt findet sich unter www.awo-sh.de unter Jugend & Familie.

AWO-Pflege mit 5 Sternen für die Qualität der Unternehmensführung ausgezeichnet

Im November 2012 hat sich der Unternehmensbereich Pflege einem Audit unterzogen, durchgeführt von der Deutschen Gesellschaft für Qualität. Das Qualitätsmanagement-System EFQM (European Foundation for Quality Management) der AWO-Pflege hat sich seit 2007 stets aufs Neue bewährt, eine nachhaltige, innovative Qualitätsentwicklung etabliert und Standards definiert, die für die gesamte AWO Schleswig-Holstein richtungsweisend sind. Das EFQM-Modell beteiligt Mitarbeiter/innen sowie Kunden und Kundinnen gleichermaßen und stellt den Gedanken der Dienstleistungserbringung und der Transparenz in den Fokus. Mit 530 Punkten hat die AWO-Pflege das Audit sensationell gut abgeschlossen und mit 5 Sternen die höchste Stufe des 2. Levels erreicht. Die Überreichung der „Recognised for Excellence“-Urkunde erfolgt Anfang 2013 durch den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Qualität, Herrn Dr. Jürgen Varwig.

| 01 Kampagne „Altersarmut bekämpfen – heute die Weichen für morgen stellen“.

| 02 Projekt „Demokratie in der Heimerziehung“.

| 03 AWO Pflege mit 5 Sternen für die Qualität der Unternehmensführung ausgezeichnet.



| AWO Bezirksverband Schwaben e.V.

CD umgesetzt – Druck- und Onlineprodukte entsprechen AWO-Erscheinungsbild

Konsequent umgesetzt hat die bayerisch-schwäbische AWO inzwischen das 2007 beschlossene „Corporate Design“ (CD) der Arbeiterwohlfahrt. Sämtliche Druckprodukte und Internetseiten sowie die meisten Beschilderungen entsprechen den Richtlinien.

Präsidium neu gewählt – Bezirkskonferenz unterstreicht Satzungsregelung

Im Einvernehmen mit dem AWO Bundesverband organisierte sich die AWO Schwaben als eine der ersten AWO-Gliederungen bundesweit bereits im Jahr 2007 im Präsidiumsmodell. Dabei gibt das von der Bezirkskonferenz gewählte Präsidium zusammen mit einem aus diesem Gremium bestellten Verwaltungsrat die Leitlinien der verbandlichen und unternehmerischen Entwicklung vor und überwacht diese. Ein hauptamtlicher Vorstand führt und verantwortet die laufenden Geschäfte. Dieses Erfolgsmodell bestätigte im Berichtszeitraum nun die schwäbische „AWO-Eigentümerversammlung“ – die Bezirkskonferenz 2012 – mit einer in der überarbeiteten Satzung verankerten Stärkung des Vorstandes.

Nicht alles Gold, was glänzt – Sozialkonferenz lädt Unternehmer Ernst Prost ein

Zu ihrer traditionellen Sozialkonferenz empfing die schwäbische AWO den – als sozial engagierter Unternehmer bekannt gewordenen – Geschäftsführer der Ulmer Liqui Moly GmbH, Ernst Prost. Dieser kritisierte die zunehmende Ungleichheit in Deutschland und prangerte die Macht des Kapitals an. Prost, der aus einfachen Verhältnissen stammt, erinnerte sich daran, wie froh er war, als er als Bub in einem

Kinderverschickungsprogramm der AWO im Allgäu kostenlos Urlaub machen konnte. Heute unterstützt Prost Bedürftige mit einer Stiftung. Der bayerische AWO Landesvorsitzende und Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Dr. Thomas Beyer MdL, deckte im Rahmen der Konferenz Armutsrisiken auf und erklärte, warum das Risiko von Altersarmut in Bayern besonders hoch ist.

Jung und Alt – Demografie unterstreicht Unternehmensentwicklung

Mit einem Gutachten des Augsburger Instituts für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS) belegte die AWO Schwaben nun ihre unternehmerische Entwicklung. So ist nach den vorgelegten Zahlen in der Region der konsequente Ausbau von Kindertagesstätten und insbesondere von Kinderkrippen ebenso notwendig wie die Schaffung weiterer stationärer Altenpflegeplätze. Mit dem Neubau des Seniorenheims in der schwäbischen Kleinstadt Ichenhausen sowie der Eröffnung weiterer 200 Krippenplätze und zahlreicher neuer Angebote im Bereich der Jugendsozialarbeit an Schulen liegen die Schwaben „voll im Soll“!

Gegen Vergessen – Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau besucht

Als Mitglied des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ entsandte die schwäbische AWO im Rahmen ihres Engagements gegen Rechtsextremismus sowie im Gedenken an ihren im KZ ermordeten Gründer Clemens Högg eine Delegation in die KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Das hier dokumentierte Grauen der menschenverachtenden Nazi-Schreckensdiktatur darf nie in Vergessenheit geraten.

| 01 Das 2012 in Betrieb gegangene Alten- und Pflegeheim Ichenhausen.

| 02 Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau – Menschenverachtendes Unrecht darf nicht vergessen werden.

| 01



| 02



| AWO Landesverband Thüringen e. V.

Sozialpolitik gestalten

Die AWO Thüringen hatte in den Jahren 2011 und 2012 turnusgemäß den Vorsitz der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen inne. In diesem Zusammenhang hatte die AWO in den vergangenen beiden Jahren eine besondere Rolle bei der Gestaltung sozialpolitischer Rahmenbedingungen des Freistaates.

Unter der Federführung des Thüringer Sozialministeriums traf sich im vergangenen Jahr regelmäßig eine Arbeitsgruppe von Pflegeanbietern, Landesregierung und Pflegekassen, um die Pflegesituation in Thüringen zu bearbeiten und nachhaltig zu verbessern. Am Ende vieler Verhandlungen stand der „Thüringer Pflegepakt“ und damit eine gemeinsame öffentliche Willenserklärung aller Beteiligten, die Probleme in der Pflege in Thüringen anzugehen. Konkret werden darin höhere Pflegesätze, eine bessere Vergütung von Pflegemitarbeitenden und eine Verbesserung des Images der Altenpflege angestrebt. Ein erster gemeinsamer Schritt auf einem Weg, der in diesem Jahr nun mit Leben und weiteren Maßnahmen fortgesetzt werden muss.

Neben der Pflege spielten auch andere sozialpolitische Fragen, wie die Organisation einer strategischen Sozialplanung für Thüringen, die konkrete Ausgestaltung einer inklusiven Gesellschaft und die Fortschritte bei der Umsetzung des Kindertagesstättengesetzes, eine wichtige Rolle. Dazu fanden regelmäßige Arbeitstreffen, Spitzengespräche und Konferenzen zusammen mit der Thüringer Landesregierung statt.

Ein Schwerpunkt der AWO-Landeskonferenz im Juni war die bessere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen und Möglichkeiten der Mitbestimmung in der Gesellschaft allgemein, aber auch konkret in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen der AWO. Werner Griese, der langjährige Vorsitzende der AWO Thüringen wurde dabei von der Landeskonferenz im Amt bestätigt.

Auch die Ehrenamtsförderung spielte wieder eine große Rolle in der Arbeit des AWO Landesverbandes Thüringen. Neben einer intensiven Begleitung der Ehrenamtlichen vor Ort durch hauptamtliche Koordinatoren des AWO Landesverbandes und verschiedener Kreisverbände fand im September zum Beispiel ein landesweiter Aktionstag „Im besten Alter – freiwillig aktiv“ an insgesamt elf Standorten statt. Mithilfe ehrenamtlicher Helfer/innen wurden dabei zum Beispiel Ausflüge für Seniorinnen und Senioren eines Pflegeheimes organisiert, Außenanlagen von Kitas neu gestaltet oder ein Familiengarten für Menschen mit Behinderung angelegt. Werbung für das Ehrenamt und soziales Engagement war auch der Schülerfreiwilligentag, an dem Hunderte Schüler/innen in 66 AWO-Einrichtungen kamen, um dort Soziale Arbeit zu unterstützen. Im Oktober traf sich das Netzwerk „ppp Alumni“ mit rund 200 Teilnehmenden in Erfurt. Neben ihrer Tagung engagierten sich die ehemaligen deutsch-amerikanischen Austauschstudenten und -studentinnen in 14 sozialen Einrichtungen der AWO in und um Erfurt und setzten so ein Zeichen für ehrenamtliches und soziales Engagement.

| 01 Der AWO Landesvorsitzende Werner Griese (l.) und der neu gewählte Landesvorstand der AWO Thüringen.

| 02 Zahlreiche Spitzengespräche und Arbeitstreffen mit der Thüringer Landesregierung fanden im Rahmen des AWO-LIGA-Vorsitzes statt.

| 01



| 02



| AWO Bezirksverband Unterfranken e.V.

Mit der Fusion Kräfte bündeln

Zum 1. Februar hieß der Bezirksverband Unterfranken den neuen Geschäftsführer Martin Ulses willkommen. Seine erste Hauptaufgabe war es, die 2011 in die Wege geleitete Fusion mit einem Kreisverband durchzuführen. Die Fusion sowie diverse Großveranstaltungen, wie die Bezirkskonferenz, die AWO-Landeskonferenz in Schweinfurt, wo die AWO Unterfranken Gastgeber war, oder die Bundeskonferenz des AWO-Jugendwerkes in Würzburg, nahmen den neuen Geschäftsführer ebenso in Beschlag wie das Fortführen bereits begonnener Bauprojekte im Bereich Seniorenhilfe.

Der Kreisverband Würzburg-Stadt und der Bezirksverband Unterfranken, beide mit gesunden Strukturen, verschmolzen 2012 miteinander. Das bedeutet, dass der Bezirksverband das operative Geschäft aller 10 Einrichtungen des Kreisverbandes sowie dessen Mitarbeiter/innen übernommen hat. Der ehemalige Kreisverband, jetzt Stadtverband, bleibt als Mitgliederverband mit seinem breiten Netz an ehrenamtlicher Arbeit weiterhin bestehen. Damit ist der Bezirksverband mit über 2.000 Beschäftigten in rund 90 Einrichtungen der viertgrößte Arbeitgeber mit Rechtssitz in Würzburg. Mit dem Verschmelzen unter einem Dach erhoffen sich alle Beteiligten zudem wirtschaftlichen Nutzen und Synergieeffekte.

Mehr Power fürs Ehrenamt

Seit April 2012 leitet Sandra Thren das „Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement“, das den Namen „WirkT“ trägt, im Landkreis Kitzingen. Träger des Anlaufpunktes für alle, die sich für eine ehrenamtliche Tätigkeit interessieren und sich zuvor beraten lassen wollen, ist die AWO Unterfranken. Zusätzlich können alle Vereine, Gemeinden

und Institutionen über das Koordinierungszentrum gezielt nach Ehrenamtlichen suchen bzw. ihre Ehrenamtsangebote einbringen. WirkT, von anderen Trägern gefördert, erhält ebenso Unterstützung durch den Landkreis und das Bayerische Staatsministerium (www.ehrenamt-wirkt.de).

Neu in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes ist seit 1. September Brigitte Limbeck. Die Referentin für den Fachbereich Ehrenamt fungiert als Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Ehrenamt. Egal ob im Ortsverein, im Kreisverband, im Bezirk oder in einer der zahlreichen AWO-Einrichtungen, alle, die eine Frage zum Ehrenamt haben, Hilfe brauchen oder einfach neue Ideen umsetzen möchten, sind bei ihr willkommen. Der Bezirksverband möchte damit die Vernetzung im ehrenamtlichen Bereich, zwischen dem Bezirk, den Einrichtungen und den Gliederungen verstärken und gleichzeitig die Anerkennungskultur ausbauen.

Inklusion neu interpretiert

Das „Hofcafé“ in Miltenberg bietet seit Juni 2012 seinen Gästen leckere Kaffee- und Teevariationen und frisch gebackenen Kuchen in gemütlicher Atmosphäre. Gleichzeitig gibt es chronisch psychisch kranken Menschen die Möglichkeit, in einem geschützten Rahmen einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen.

Im November 2012 eröffnete die AWO in Zusammenarbeit mit der Supermarktkette „tegut“ einen Dorfladen in Leinach bei Würzburg. Verkauft werden in den Dorfläden tegut-Waren. Der „AWO-tegut-Marktleiter“ wird unterstützt von drei Integrationskräften. Sieben Arbeitskräfte, so hofft AWO-Bereichsleiter Thomas Geuppert, werden es einmal sein.

| 01 Seit Februar 2012 im Amt: Bezirksgeschäftsführer Martin Ulses.

| 02 Mit dem Betrieb eines Dorfladens geht die AWO neue Wege.



| AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

5 Jahre erfolgreiche Arbeit:

Eltern- und SeniorenService AWO

Im vergangenen Jahr konnte der Eltern- und SeniorenService AWO in Weser-Ems sein fünfjähriges Bestehen feiern. Zum Jubiläum wurden die regionalen Partnerunternehmen zu einem Empfang eingeladen, allen voran die Landessparkasse zu Oldenburg (LzO), die als erster regionaler Kunde seit 2007 die Unterstützung für Eltern sowie pflegende Angehörige in ihrer Belegschaft über den Eltern- und SeniorenService AWO in Anspruch nimmt. Ein Vortrag zum Thema „Zeit für Familie“, gehalten von Dr. Bettina Rainer vom Zukunftsforum Familie (ZFF), ergänzte den feierlichen Vormittag. Nachmittags standen dann die Familien bei einem großen Fest im und am Elisabeth-Frerichs-Haus auch aktiv im Mittelpunkt.

Besonders erfolgreich ist der Eltern- und SeniorenService AWO in Weser-Ems in der Akquise regionaler Kunden. Zu den regionalen Partnerunternehmen gehören unter anderen die Landessparkasse zu Oldenburg (LzO), die Nordwest-Zeitung, das Pius Hospital Oldenburg, die Uni Vechta, CEWE Color und die Oldenburgische IHK. Damit beläuft sich die Zahl der regionalen „Endkunden“ auf insgesamt 14.000 Mitarbeiter/innen, die sich im Bedarfsfall an den Eltern- und SeniorenService AWO in der Region Weser-Ems wenden können – eine beeindruckende Bilanz.

Verbandsentwicklung – spannend und innovativ

Der Prozess der Verbandsentwicklung innerhalb der AWO Weser-Ems konnte 2012 fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Im Rahmen der Projektgruppe „Unternehmen“ wurde das Konzept einer gliederungsübergreifenden Service- und Betreuungsgesellschaft weiterverfolgt und intensiv

mit den Kreisverbänden erörtert. Einige Leuchtturmprojekte der unternehmerischen Zusammenarbeit wurden umgesetzt und beflügeln den weiteren Prozess. Als besonderer Erfolg ist zu verzeichnen, dass mit diesen Kooperationsmodellen sowohl eine Diversifizierung als auch eine Ausweitung des Portfolios mit Schwerpunkt auf ambulante Dienstleistungen erreicht werden konnte.

Der Bereich „Verbandliches“ hat sich – ebenfalls gliederungsübergreifend – intensiv mit dem Einsatz von Freiwilligen in den Einrichtungen und Diensten beschäftigt. Hier wurde als Basis für die Arbeit mit Freiwilligen – gemäß den Anforderungen des Tandemzertifikats – ein eigenes Kapitel für die QM-Handbücher erarbeitet.

Die Arbeitsgruppe Mitglieder hat unter Beteiligung zahlreicher Kreisverbände und Vertreter/innen des Bezirksverbandes verschiedene Arbeitsaufträge definiert. Anstatt einer großen Kampagne soll eine niedrigschwellige Struktur zur Mitgliederwerbung und -bindung in den Ortsvereinen verankert werden.

Ideenschmiede: Inklusion gelebt

Die AWO Trialog Weser-Ems GmbH geht in ihrer Öffentlichkeitsarbeit neue Wege. Alle Werbematerialien werden nicht mehr nur von den dafür zuständigen Mitarbeitenden in Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur erstellt, sondern unter aktiver Einbeziehung der Menschen mit seelischer Behinderung. Das Projekt wird von der Aktion Mensch gefördert. Es stellt alle Beteiligten vor neue Herausforderungen, zum Beispiel in der Verwendung der „Leichten Sprache“, was durch das gleichnamige Büro „Leichte Sprache“ der Bundesgeschäftsstelle unterstützt wird.

| 01 Das Team vom Eltern- und SeniorenService mit Dr. Bettina Rainer, ZFF (3.v.r.), und Martin Grapentin, Vorstandsvorsitzender der LzO (r.), sowie Dr. Harald Groth, Bezirksvorsitzender (2.v.r.), und Thomas Elsner (l.), Verbandsgeschäftsführer der AWO Weser-Ems.

| 02 Interessante Gespräche zu vielfältigen Themen beim großen Familienfest.

| 03 Weiteres Kapitel der Verbandsentwicklung: Qualitätszirkel „Freiwilligenmanagement“ erarbeitet umfassende Instrumente zum Bürgerschaftlichen Engagement in den Einrichtungen und Diensten der AWO in Weser-Ems.



| AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Landhaus Fernblick – Urlaub für Demenzkranke und Angehörige

Das Landhaus Fernblick in Winterberg ist die einzige Einrichtung in Nordrhein-Westfalen, und eine der wenigen in Deutschland, die „Tandem-Urlaub“ anbietet. Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen können hier in einem Umfeld und einer Umgebung Ferien machen, die ihren besonderen Bedürfnissen entsprechen.

2005 hat die AWO Westliches Westfalen die Einrichtung mit großer Unterstützung der Stiftung Wohlfahrtspflege und der Deutschen Fernsehlotterie in Betrieb genommen.

Der Bedarf für eine solche Einrichtung war unstrittig gegeben, doch bedurfte es enormer Anstrengungen, das Haus „am Markt zu platzieren“.

2011 gelang es erstmals, ein positives Ergebnis zu erwirtschaften. Mit gut 18.000 Verpflegungstagen hat das Landhaus Fernblick eine Belegungsquote von über 70 % erreicht. Die Anstrengungen, Multiplikatoren wie Pflegekassen, Pflegeberatungsstellen sowie Ärztinnen und Ärzte zu informieren und zu überzeugen, und die Teilnahme an den wesentlichen Leitmessern der Branche zeitigten nun den gewünschten Effekt. Über die Grenzen des AWO-Bezirks Westliches Westfalen hinaus hat sich das Landhaus Fernblick mittlerweile in der Wahrnehmung der relevanten Bezugsgruppen festgesetzt. Dies ist nicht zuletzt auch an der verstärkten Medienpräsenz ablesbar. So berichtete das WDR-Fernsehen bereits mehrfach über die AWO-Einrichtung im Sauerland.

Somit hat sich das Landhaus Fernblick im Laufe weniger Jahre von einem Modellprojekt zu einer

Vorzeigeeinrichtung und einem Zukunftsmodell entwickelt.

Altenpflegeausbildung – das Lucy-Romberg-Haus in Marl

1953 zog die Schwesternschule der Arbeiterwohlfahrt in das damals neu errichtete Lucy-Romberg-Haus des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt nach Marl. 1958 starteten dort die bundesweit ersten Ausbildungslehrgänge für Altenpflege.

Der Bezirk Westliches Westfalen übernahm 1988 die Trägerschaft der Schule.

Aktuell befinden sich jährlich mehr als 500 Schüler/innen in den Kursen. Neben der Hauptstelle in Marl existieren Fachseminar-Dependancen in Gevelsberg, Kamen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und seit Kurzem in Münster, letztere ist in einem AWO-Seniorenzentrum untergebracht. Theoretische und praktische Ausbildung sind somit optimal verbunden.

Die AWO im westlichen Westfalen hofft, dem drohenden Pflegenotstand grundsätzlich durch Qualifizierung vor Ort entgegenzuwirken und nicht durch Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Altenpflege beinhaltet immer auch gute Kenntnisse der Sprache in Wort und Schrift sowie das Wissen um die Kultur, aus der die zu Pflegenden kommen. Der Bezirksverband geht davon aus, dass eine Neuordnung der Pflegeausbildung auch gezielt Bedarfe der Altenpflege berücksichtigt und nicht zu kliniklastig wird. Der Zugang zu einer solchen Ausbildung muss auch in Zukunft mit einem Hauptschulabschluss oder vergleichbarer Qualifikation möglich sein.

| 01 Landhaus Fernblick in Winterberg.

| 02 1953–2013 – 60 Jahre Lucy-Romberg-Haus in Marl.

| 03 Urlaub für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen – das Landhaus Fernblick in Winterberg im Sauerland.



| AWO Bezirksverband Württemberg e.V.

Bezirkskonferenz in Ulm wählt neuen Vorstand

Die Bezirkskonferenz in Ulm wählte am 12. Mai einen neuen Vorstand. Marianne Beck schied nach 17-jähriger Amtszeit als Vorsitzende aus. Für ihre Verdienste wurde sie von Wilhelm Schmidt mit der Marie-Juchacz-Plakette ausgezeichnet. Nils Opitz-Leifheit wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Stefan Oetzel und Valerie Nübling.

Zweite Zukunftswerkstatt erfolgreich

Die zweite Zukunftswerkstatt widmete sich der Situation der ehrenamtlich geführten Gliederungen und entwarf Perspektiven für eine erfolgreiche Weiterentwicklung. Ziel muss für die AWO sein, noch attraktiver zu werden für Menschen, die sich engagieren wollen. Mit den erarbeiteten Vorschlägen beschäftigt sich eine Steuerungsgruppe Verbandsentwicklung.

Bundeskonzferenz wählt Vorsitzenden der AWO Württemberg in das Präsidium

Nils Opitz-Leifheit, Vorsitzender des AWO Bezirksverbandes Württemberg e.V., wurde auf der Bundeskonferenz der AWO in Bonn in das Präsidium gewählt.

Die AWO Württemberg setzte sich auf der Bundeskonferenz erfolgreich mit zwei Anträgen durch:

Das Jugendwerk erhält ab sofort das Leserecht in der Zentralen Mitglieder- und Adressverwaltung für die Mitglieder unter 30.

Im Bereich Markenrecht wurde beschlossen, gewerblichen Unternehmen der AWO die Nutzung des AWO-Logos und das Führen der Begriffe „AWO“ und „Arbeiterwohlfahrt“ in der Firmen- oder Organisationsbezeichnung zu gestatten, sofern AWO-Gliederungen oder -Unternehmen über eine sat-

zungsändernde Mehrheit in diesen gewerblichen Unternehmen verfügen.

Auch der Antrag, dass Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres auch Mitglieder des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt sind, sofern sie der Jugendwerksmitgliedschaft nicht widersprechen, wurde angenommen.

Spezialisierte Wohnbereich für Menschen mit Demenz

Eine deutliche Nachfrage nach einem Angebot für Menschen mit Demenz führte dazu, in unserer stationären Pflegeeinrichtung in Remshalden einen Erweiterungsbau vorzunehmen. Im Anbau entstand eine beschützte Wohngruppe für 24 Menschen mit Demenz. Das besondere an der Konzeption ist, dass sich die Wohngruppe über zwei Etagen erstreckt – in der oberen Etage sind die Schlafzimmer und in der unteren Etage die Aufenthaltsräume mit Wohnzimmer, Küchenbereich, Ruhezimmer etc. Baulich orientiert sich die Konzeption an „Wohnen wie zu Hause: oben schlafen – unten wohnen“. Eine weitere Besonderheit ist ein spezieller Demenzgarten, der wie ein erweitertes „grünes Wohnzimmer“ von der unteren Etage aus barrierefrei zugänglich ist.

Die Betreuung und Pflege setzt bei den Fähigkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner an, die sie ungeachtet ihrer Einschränkungen noch haben. Prägende Lebensereignisse und positiv besetzte frühe Erinnerungen werden in die individuelle Planung der Pflegeziele aufgenommen. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen anstelle einer defizitorientierten Pflege immer wieder Bestätigung erfahren. Hierzu zählt auch eine verlässliche Tagesstruktur mit wiederkehrenden Aktivitäten unter Berücksichtigung der individuellen Wünsche.

| 01 Marianne Beck, scheidende Vorsitzende, Reinhold Schimkowski, Geschäftsführer, Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Präsidiums (v.l.n.r.).

| 02 Teilnehmer/innen der Zukunftswerkstatt.



| Statistische Daten der AWO in den Bundesländern

	Anzahl der Mitglieder	Hauptamtlich Beschäftigte	Ehrenamtliche Mitarbeitende
Baden-Württemberg	27.774	12.060	5.850
Bayern	67.601	23.745	14.131
Berlin	6.756	5.457	432
Brandenburg	11.391	8.119	730
Bremen	1.943	2.949	3.335
Hamburg	2.840	1.359	840
Hessen	26.801	9.693	3.088
Mecklenburg-Vorpommern	5.963	6.009	1.075
Niedersachsen	37.314	15.144	4.334
Nordrhein-Westfalen	106.774	52.834	20.064
Rheinland-Pfalz	23.208	5.204	3.196
Saarland	13.871	6.502	2.700
Sachsen	6.645	11.986	1.771
Sachsen-Anhalt	4.849	4.575	3.000
Schleswig-Holstein	18.264	4.216	2.800
Thüringen	9.671	9.155	4.200
Gesamt	371.665	179.007	71.546



**Mitglieder, Einrichtungen,
Beteiligungen und Mitgliedschaften**

I Mitglieder, Einrichtungen, Beteiligungen und Mitgliedschaften

Mitglieder des AWO Bundesverbandes als juristische Personen sind die Landes- und Bezirksverbände der AWO sowie korporativ angeschlossene Mitglieder:

Bezirksverband Baden e.V.

Hohenzollernstr. 22
76135 Karlsruhe

Landesverband Bayern e.V.

Edelsbergstr. 10
80686 München

Landesverband Berlin e.V.

Blücherstraße 62
10961 Berlin

Landesverband Brandenburg e.V.

Kurfürstenstr. 31
14467 Potsdam

Bezirksverband Braunschweig e.V.

Peterskamp 21
38108 Braunschweig

Landesverband Bremen e.V.

Auf den Häfen 30-32
28203 Bremen

Landesverband Hamburg e.V.

Witthöfftstr. 5-7
22041 Hamburg

Bezirksverband Hannover e.V.

Körtingsdorfer Weg 8
30455 Hannover

Bezirksverband Hessen-Nord e.V.

Wilhelmshöher Allee 32 A
34117 Kassel

Bezirksverband Hessen-Süd e.V.

Kruppstr. 105
60388 Frankfurt/M.

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Wismarsche Str. 183-185
19053 Schwerin

Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Rhonestr. 2a
50765 Köln

Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz e.V.

Brennesstr. 2
93059 Regensburg

Bezirksverband Niederrhein e.V.

Lützowstr. 32
45141 Essen

Bezirksverband Oberbayern e.V.

Edelsbergstr. 10
80686 München

Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.

Karl-Bröger-Str. 9/I
90459 Nürnberg

Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.

Detmolder Str. 280
33605 Bielefeld

Bezirksverband Pfalz e.V.

Maximilianstr. 31
67433 Neustadt/Wstr.

Bezirksverband Potsdam e.V.

August-Bebel-Str. 86
14482 Potsdam

Bezirksverband Rheinland e.V.

Dreikaiserweg 4
56068 Koblenz

Landesverband Saarland e.V.

Hohenzollernstr. 45
66117 Saarbrücken

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Klausenerstr. 17
39112 Magdeburg

Landesverband Sachsen e.V.

Georg-Palitzsch-Str. 10
01239 Dresden

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Sibeliusweg 4
24109 Kiel

Bezirksverband Schwaben e.V.

Sonnenstr. 10
86391 Stadtbergen

Landesverband Thüringen e.V.

Pfeiffersgasse 12
99084 Erfurt

Bezirksverband Unterfranken e. V.

Kantstr. 45 a
97070 Würzburg

Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Klingenbergstr. 73
26133 Oldenburg

Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.

Kronenstr. 63–69
44139 Dortmund

Bezirksverband Württemberg e. V.

Kyffhäuserstr. 77
70469 Stuttgart-Feuerbach

| Korporative Mitglieder

AWO International

Markgrafenstr. 11
10969 Berlin
Aufgaben: Entwicklungszusammenarbeit,
humanitäre Hilfe, globales Lernen

Naturfreunde Deutschlands e. V.

Warschauer Straße 58a
10243 Berlin
Aufgabe: Verwaltung und Beratung der Natur-
freunde Häuser, Rückgewinnung von Immobilien
in den neuen Bundesländern

**Förderverein der Gehörlosen
der neuen Bundesländer e. V.**

Schönhauser Allee 36
10435 Berlin
Eckturm – 1. Etage
Aufgabe: Beratungs- und Betreuungsarbeit
für Gehörlose in den neuen Bundesländern

**gos – Gesellschaft für Organisationsberatung
in der Sozialen Arbeit mbH**

Brachvogelstr. 1
10961 Berlin
Aufgabe: Organisationsberatung,
interne Trainingsmaßnahmen,
Leistungsberatung/Supervision für Führungskräfte

**Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
(ISS)**

Zeilweg 42
60439 Frankfurt/Main
Aufgabe: Wissenschaftliche Begleitung,
Praxisforschung, Beratung/Planung,
Organisationsentwicklung, Gutachten/Expertisen,
Fort- und Weiterbildung

Marie-Schlei-Verein

Grootiushof, Grootruhe 4
20537 Hamburg
Aufgabe: Unterstützung von Frauenprojekten
in der Dritten Welt

M.S.K. e. V.

Initiative Selbsthilfegruppe
Multiple Sklerose Kranker
Schelmengrubenweg 29
69198 Schriesheim
Aufgabe: Kontakte, Informationen,
Erfahrungsaustausch MS-Kranker

Pädal-pädagogik aktuell e. V.

Mainstraße 11
14612 Falkensee
Aufgabe: Lernwerkstatt Kita-Museum,
Kulturangebot und Erzieherinnenfortbildungs-
programm

SoVD Sozialverband Deutschland e. V.

Stralauer Str. 63
10179 Berlin
Aufgabe: Hilfe und Fürsorge für Behinderte,
Sozialrentner, Hinterbliebene, Kriegs- und
Wehrdienststopfer, Arbeitsunfallverletzte,
Sozialhilfeempfänger und jugendliche Behinderte

Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF)

Markgrafenstr. 11
10969 Berlin
Aufgaben: Bekämpfung von Kinderarmut
und Forderungen nach einer sozial gerechten
Familienpolitik, Familienbildung, Gleichstellung
der Geschlechter, bessere Vereinbarkeit von
Familie und Beruf, Zeitpolitik für Frauen

| Einrichtungen des Bundesverbandes

- Marie-Juchacz-Stiftung
- Tagungszentrum Haus Humboldtstein

| Beteiligungen und Genossenschaftsanteile des Bundesverbandes

- gos – Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH
- ElternService AWO
- GesundheitsService AWO
- Bank für Sozialwirtschaft (BFS)
- GLS Bank
- WIBU – Wirtschaftsbund sozialer Einrichtungen e.G.

| Mitgliedschaften und Kooperationen des Bundesverbandes

- AFET Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe
- AGEF Bundesarbeitsgemeinschaft für Familienbildung und –beratung
- AGJ Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
- AG SBV – Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände
- AK Deutscher Bildungsstätten
- Aktionsbündnis seelische Gesundheit
- Arbeitskreis Migration und öffentliche Gesundheit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- AWO Arbeitgeberverband
- AWO International

- BAG Kinder- und Jugendschutz
- BAG Straffälligenhilfe e. V. (BAGS)
- BAG Wohnungslosenhilfe e. V. (BAGW)
- Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste u. Wohlfahrtspflege, BGW
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung
- Bundesarbeitsgemeinschaft Familienmediation, BAFM, Berlin
- Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation, BAR
- Bundesarbeitskreis FSJ
- Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, bvpg
- Bündnis für gute Pflege

- Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung
- Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS)
- Deutsche IPA-Sektion
- Deutsche Krankenhausgesellschaft, DKG
- Deutsche Welthungerhilfe, DWH
- Deutscher Landesausschuss der Internationalen Konferenz für Sozialarbeit
- Deutscher Verein
- Deutsches Jugendinstitut e. V., DJI

- eLearning in der Pflege e. V.
- Elly Heuss-Knapp-Stiftung, MGW
- Europäische Akademie für Elementarerziehung (EAFE)

- Europäische Koordination für d. Recht v. Migranten
- European Anti-Poverty Network (EAPN)
- European Council on Refugees und Exiles (ECRE)
- European Network on Intercultural Elderly Care (ENIEC)
- European Social Network (ESN)

- Familienferien- und Häuserwerk der Deutschen Naturfreunde
- Förderverein der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)
- Frauenhauskoordinierung

- Gemeinsamer AK für Familienerholung
- Gesellschaft für Datenschutz
- Gesellschaft für sozialen Fortschritt, GSF

- Informationsverbund Asyl
- Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, IFIAS
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, ISS
- Internationaler Rat für Hauspflagedienste – International Council of Homehelp Services

- Konferenz Zentraler Fortbildungsinstitutionen für Jugend- und Sozialarbeit
- Kooperationsverbund Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
- Kuratorium Deutsche Altershilfe, KDA

- Nationale Armutskonferenz, nak
- NGO Group for the Convention on the Rights of the Child

- Pro Asyl

- SOLIDAR, Brüssel
- SPD-Parteirat

- Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv)
- Versorgungsverband VBLU



**„Für einander
da sein.“**

Jeder hat ein Ziel.

Die GlücksSpirale unterstützt die Freie Wohlfahrt
bislang mit mehr als 500 Millionen Euro.

Die Rentenlotterie, die Gutes tut.

www.gluecksspirale.de



GlücksSpirale

VON  **LOTTO®**

Inklusion heißt: Schmetterlinge im Bauch.

Alle Menschen sollen gleichberechtigt am Leben teilnehmen – mit oder ohne Behinderung.
Damit gemeinsames Lernen selbstverständlich wird.

www.aktion-mensch.de



Exklusion



Integration



Inklusion

DAS WIR GEWINNT

**AKTION
MENSCH**

Mitwirkung professionelle Dienstleistungen
mit Gerechtigkeit für alle Kontrolle vor Ort
Qualität ehrenamtliches Engagement
sorgsam Zukunft
Qualitätsmanagement Sozialpolitik Qualität Teil
Gesellschaft Mitarbeiterinnen Mitarbeiter eigenständig
Aufbruch Menschen praktizierte So
hauptamtlich Arbeit professionelle Dienstleist
Gleichheit Gerechtig
ehrenamtlich praktizierte Solidar
Verantwortung fördert
praktizierte